

Anträge

Inhaltsverzeichnis

AP - Arbeitsprogramm

Bezeichner	Titel · Antragsteller/in · Empfehlung	Seite
AP01	Die Welt muss uns gehören – Arbeitsprogramm der Jusos Bayern 24/25 Landesvorstand <i>angenommen</i>	18

Ini - Initiativanträge

Bezeichner	Titel · Antragsteller/in · Empfehlung	Seite
INI01	BayernSPD - Wir nehmen die Zukunft selbst in die Hand! Landesvorstand <i>angenommen</i>	43

A - Arbeit und Ausbildung

Bezeichner	Titel · Antragsteller/in · Empfehlung	Seite
A01	Solidarität mit studentischen Beschäftigten, her mit dem Tarifvertrag! Jusos Oberfranken <i>angenommen</i>	16

B - Bildung

Bezeichner	Titel · Antragsteller/in · Empfehlung	Seite
B01	Ausbildungshürden umstoßen Landesvorstand <i>angenommen</i>	26
B02	Resolution - ChatGPT und KI in der Bildung Landesvorstand <i>angenommen</i>	29

D - Demokratie, Innen- und Sicherheitspolitik

Bezeichner	Titel · Antragsteller/in · Empfehlung	Seite
D09	Einführung einer Bargeldobergrenze in Deutschland zur Bekämpfung von Geldwäsche Jusos Mittelfranken <i>angenommen</i>	32
D10	Ersatzfreiheitsstrafe zur Ausnahme machen – Armut entkriminalisieren Jusos Mittelfranken <i>angenommen</i>	33

E - Europa

Bezeichner	Titel · Antragsteller/in · Empfehlung	Seite
E01	Diese EU muss unser sein – Wir machen NEUropa Landesvorstand <i>angenommen</i>	34
E03	Korruption – Nicht mit EU Jusos Oberbayern <i>angenommen</i>	39

G - Gesundheit

Bezeichner	Titel · Antragsteller/in · Empfehlung	Seite
G01	Einweg-E-Zigaretten (sog. „Vapes“) verbieten Jusos Mittelfranken <i>angenommen</i>	41
G02	Rechtsanspruch auf Dolmetscher*innen bei der psychologischen Beratung und in der Psychotherapie Jusos Mittelfranken <i>angenommen</i>	42

K - Kampf gegen Rechts

Bezeichner	Titel · Antragsteller/in · Empfehlung	Seite
K02	Stabil Links gegen Rechts! Landesvorstand <i>angenommen</i>	53

M - Migration und Integration

Bezeichner	Titel · Antragsteller/in · Empfehlung	Seite
M01	Gesundheitskarte für Geflüchtete in allen Bundesländern Jusos Oberbayern <i>angenommen</i>	66
M03	Leben im rechtsfreien Raum Jusos Niederbayern <i>angenommen</i>	67

O - Organisationspolitik

Bezeichner	Titel · Antragsteller/in · Empfehlung	Seite
001	Auch Landeskonferenzen sind Strukturarbeit! Landesvorstand <i>angenommen</i>	72

P - Partei

Bezeichner	Titel · Antragsteller/in · Empfehlung	Seite
J01	Wir Jusos Bayern – Selbstverortung der Jusos Bayern Landesvorstand <i>angenommen</i>	45
P02	„Antifaschismus kennt keine Grenzen – Solidarität mit dem Osten für die Landtagswahlen 2024!“ Jusos Oberfranken <i>angenommen</i>	73

S - Soziales

Bezeichner	Titel · Antragsteller/in · Empfehlung	Seite
S01	Sozialpädagogisches Einführungsjahr vergüten, Einstieg gerechter machen! Jusos Oberfranken <i>angenommen</i>	75

Z - Anträge vergangener Landeskonferenzen

Bezeichner	Titel · Antragsteller/in · Empfehlung	Seite
Z00	Umgang mit den Anträgen vergangener Landeskonferenzen Landesvorstand <i>angenommen</i>	81
Z01	Die Mindestlohnkommission – ist das eine Kommission oder kann die weg Jusos Oberbayern <i>angenommen</i>	83
Z02	Digitalisierung an Bayerns Schulen ernst nehmen: Mebis ausbauen Jusos Oberbayern <i>angenommen</i>	84
Z03	Verbot von Wettanbieter- und Casinowerbungen Jusos Oberbayern <i>angenommen</i>	86
Z05	Clearingstellen für Menschen ohne Krankenversicherung Jusos Oberbayern <i>angenommen</i>	88
Z06	Solidarität für Betroffene von Long COVID und ME / CFS Jusos Oberbayern <i>angenommen</i>	89
Z09	Wasserversorgung sicherstellen Jusos Oberbayern <i>angenommen</i>	91
Z10	Trainees for the future Landesvorstand <i>angenommen</i>	95
Z11	Keine Dresscodes an Schulen! Landesvorstand <i>angenommen</i>	96
Z12	Sexualkunde reformieren, "Tag des Lebens" abschaffen Landesvorstand <i>angenommen</i>	98
Z13	Betroffene polizeilicher Maßnahmen schützen – Body-Cam Einsatz nicht in Ermessen der Polizei legen! Landesvorstand <i>angenommen</i>	100
Z14	Verfassungsschutz abschaffen- und dann? Landesvorstand <i>angenommen</i>	104
Z15	Wasserzugang im öffentlichen Raum Jusos Oberpfalz <i>angenommen</i>	110
Z16	Natur für alle- Schwammerlparagraph ausweiten! Jusos Oberpfalz <i>angenommen</i>	111

Bezeichner	Titel · Antragsteller/in · Empfehlung	Seite
Z17	Bildungsabzocke beenden: KfW-Studienkredite zinsfrei gestalten Jusos Schwaben <i>angenommen</i>	112

SAT - Richtlinienändernde Anträge

Bezeichner	Titel · Antragsteller/in · Empfehlung	Seite
SAT01	FLINTA-Kongress Landesvorstand <i>angenommen</i>	77
SAT02	Arbeitskongress Landesvorstand <i>angenommen</i>	78
SAT03	Änderung des Vorstandsmodells Landesvorstand <i>angenommen</i>	79
SAT04	Zuständigkeiten Landesvorstand <i>angenommen</i>	80

Antrag A01: Solidarität mit studentischen Beschäftigten, her mit dem Tarifvertrag!

Antragsteller/in:	Jusos Oberfranken
Status:	angenommen
Sachgebiet:	A - Arbeit und Ausbildung

Die Versammlung möge beschließen:

1 Adressat*innen: Landesparteitag BayernSPD

2

3 Wir solidarisieren uns mit der Tarifinitiative studentischer Beschäftigter („TVStud“)
4 und unterstützen die Forderung nach einem Tarifvertrag für studentische Beschäftigte.

5

6 Denn die Beschäftigungsverhältnisse studentischer Hilfskräfte sind bis auf wenige
7 Ausnahmen nicht vom TV-L umfasst und führen insbesondere in ihrer Situation zu hohen
8 Machtasymmetrien im Arbeitsverhältnis. Ihre Arbeitsbedingungen sind von viel zu
9 geringer Bezahlung, fehlenden Mitbestimmungsrechten und Kettenbefristungen geprägt.
10 Im Bundesgebiet werden nach der Studie „Jung, akademisch, prekär.“ u.a. studentische
11 Hilfskräfte zu einer überproportional stark ausgebeuteten Beschäftigungsgruppe,
12 bekommen häufig den Mindestlohn und arbeiten teilweise unbezahlt und über
13 Vertragslaufzeiten hinaus. Ein Tarifvertrag könnte diese Bedingungen entschieden
14 verbessern.

15

16 Ein gelungenes Beispiel für einen entsprechenden Tarifvertrag ist TV Stud III in
17 Berlin. Schon seit den 1980er Jahren gibt es in Berlin (als einziges Bundesland)
18 einen Tarifvertrag, dessen Überarbeitung zwischen 2015 und 2018 erstreikt wurde. Das
19 Ergebnis sind insbesondere ein höherer Lohn und ein gesteigener Urlaubsanspruch.

20

21 Auch wenn es in 40 Jahren nicht gelungen ist, die Tarifierung aus TV Stud Berlin auf
22 weitere Bundesländer auszuweiten: In zehn Bundesländern gibt es mittlerweile
23 Koalitionsverträge mit der Absichtserklärung zu einem Tarifvertrag oder zumindest zu
24 einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen studentischer Beschäftigter, gleichzeitig
25 konnte sich TV Stud bundesweit weiter organisieren. Die Tarifgemeinschaft deutscher
26 Länder („TdL“) hat den Gewerkschaften bereits Gespräche über eine Bestandsaufnahme zu
27 den Arbeitsbedingungen studentischer Beschäftigter zugesagt.

28

29 **Begründung:**

30 Unsere Forderung und Solidarisierung fußen auf dem aktuellen Forschungsergebnis von
31 Hopp, Hofmann, Zielke, Leslie und Seeliger. Die Schrift ist unter „Jung, akademisch,

32 prekär. Studentische Beschäftigte an Hochschulen und Forschungseinrichtungen: eine
33 Ausnahme vom dualen System regulierter Arbeitsbeziehungen." beim Institut für Arbeit
34 und Wirtschaft veröffentlicht worden.

35

36 Der TVStud ist eine Initiative der Gewerkschaften ver.di (Vereinte
37 Dienstleistungsgewerkschaft) und GEW (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft), die
38 das Ziel verfolgt, einen bundesweiten Tarifvertrag für studentische Hilfskräfte
39 analog zu TV-L für den öffentlichen Dienst der Länder auszuhandeln.

40

41 Der TV-L ist der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder, geltend in
42 allen Bundesländern mit der Ausnahme von Hessen, das seit 2009 über einen eigenen
43 Tarifvertrag verfügt

Antrag AP01: Die Welt muss uns gehören – Arbeitsprogramm der Jusos Bayern 24/25

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	angenommen
Sachgebiet:	AP - Arbeitsprogramm

Die Versammlung möge beschließen:

1 Adressat*innen: Juso-Landeskonferenz

2 Bei der letzten Landtagswahl haben mehr als $\frac{1}{3}$ der bayerischen Bevölkerung nicht-linke
3 Parteien gewählt. Wir alle spüren, dass die gesellschaftliche Stimmung aktuell zu
4 kippen droht. Wir können uns nicht mehr darauf verlassen, dass das, was unsere
5 Vorgänger*innengeneration immer begleitet hat weiterhin gilt: Wir können nicht mehr
6 davon ausgehen, dass die Zukunft besser werden wird. Deshalb müssen wir umso mehr
7 kämpfen für eine bessere Zukunft. Wir kämpfen für den demokratischen Sozialismus.
8 Gerade jetzt, mehr als je zuvor. Es kommt jetzt auf uns an. Wir alle machen einen
9 Unterschied, jede*r von uns.

10 Vielfach wurden die multiplen Krisen und politischen Herausforderungen – Krieg,
11 Klimakrise, Ungleichheit, Rechtsruck – des aktuellen Jahrzehnts in den vergangenen
12 Jahren beschrieben – auch von uns. Vielfach wurde auch der Beitrag der
13 Sozialdemokratie zur aktuellen politischen Gemengelage herausgearbeitet. Doch
14 Resignation und Aufgabe ist keine Option. Gerade jetzt, mehr als je zuvor. Gerade
15 wir, mehr als alle anderen, haben die Kraft, die politische Vision und die
16 Verantwortung, um eine gerechte Welt für die Vielen, um das gute Leben für alle zu
17 erkämpfen.

18 **Wir werden uns fokussieren und Schwerpunkte setzen!**

19 Wir kämpfen immer noch mit den Nachwirkungen der Corona-Pandemie, die unsere
20 Strukturen enorm unter Druck gesetzt hat und auch innerverbandliche Entwicklungen der
21 letzten Jahre wirken noch nach. Unsere Mitgliederzahlen entwickeln sich nach unten
22 und wir merken, dass es immer schwieriger wird, die vielen Positionen in unserem
23 Verband, die wir für wichtig halten, zu besetzen und all die Aufgaben, die wir uns
24 als Jusos vornehmen, gleichermaßen zu erfüllen. Wir verschließen davor nicht die
25 Augen, sondern nehmen diese Entwicklung ernst und reagieren darauf: Wir verkleinern
26 unseren Landesvorstand, wir fokussieren uns und versuchen bewusst, uns auch in
27 bestimmten Bereichen nicht zu engagieren, um Kräfte zu sparen.

28 Wir werden im nächsten Jahr unseren Fokus auf die Struktur- und Bildungsarbeit legen
29 und die Jusos von unten nach oben stärken. Dabei ist die inhaltliche Arbeit die beste
30 Strukturarbeit. Menschen werden Mitglied der Jusos, weil sie Lust auf Politik und
31 Lust auf Inhalte haben. Wir werden den Verband repolitisieren und stärker inhaltlich
32 arbeiten. So werden wir beispielsweise zu tagespolitischen Veranstaltungen vermehrt

33 Online-Veranstaltungen anbieten und auf der Webseite der Jusos Bayern politische
34 Einordnungen veröffentlichen, um den Verband inhaltlich zu stärken.
35 Wie bereits oben beschrieben, wollen wir unsere Kräfte bündeln und uns fokussieren.
36 Deshalb werden die Jusos Bayern im nächsten Jahr vor allem zwei Schwerpunkte
37 bearbeiten, an denen sich der gesamte Landesvorstand beteiligt und bei denen wir
38 versuchen werden, den ganzen Landesverband einzubeziehen.

39 **Diese Welt muss uns gehören – Projekt Vermögen**

40 Vermögen oder kein Vermögen, das ist hier die Frage. Die Ungleichheit in unserer
41 Gesellschaft wird immer größer. Viele unserer politischen Debatten beziehen sich auf
42 Einkommen und Löhne, auf Steuern und Sozialabgaben. Dabei übersehen wir aber oft,
43 welche Bedeutung bereits vorhandenes Vermögen für die Ungleichheit in unserem Land
44 hat. Wir wollen uns daher als Verband ganzheitlich mit dem Thema beschäftigen,
45 Ursachen beleuchten, Gegenmaßnahmen entwickeln und vor allem einen positiven
46 Vermögensbegriff für uns definieren.

47 Wir laden alle Themenwerkstätten, alle Bezirke und alle Untergliederungen dazu ein,
48 einen Teilaspekt herauszugreifen und diesen intensiv zu diskutieren. Mit dem
49 Seminarwochenende vom 21. bis 23. Juni werden wir außerdem ein zentrales
50 Diskussionsangebot anbieten. Zentrale Online-Diskussionsveranstaltungen, die von der
51 Themenwerkstatt Wirtschaft, Transformation und Sozialpolitik organisiert werden,
52 sollen weitere Mitglieder ansprechen. Wir freuen uns über alle Anträge, Inputs und
53 Diskussionsanstöße, die uns bis zum 11. August erreichen. Diese werden wir
54 zusammenfassen und zur Landeskonzferenz im Herbst am 15. September einen Leitantrag
55 einbringen, den wir dann auch auf dem Bundeskongress einbringen werden.

56 Wir werden aktiv auf all unsere Gliederungen zugehen und in einer Aufgabenteilung
57 eine ganzheitliche Perspektive auf das Thema Vermögen entwickeln. Diese Welt muss uns
58 gehören!

59 **Die Jusos Bayern sind stark, wenn die Untergliederungen stark 60 sind – Projekt Mitgliederaktivierung**

61 Wir wollen die Arbeit des Landesvorstands wieder besser mit der Arbeit der
62 Untergliederungen verzahnen. Unser Ziel ist es, im nächsten Jahr explizit auch die
63 Untergliederungen zu unterstützen und zu stärken, um daraus in der Zukunft wieder
64 mehr Kraft für die Arbeit auf Landes- und Bundesebene schöpfen zu können.

65 Wir nehmen uns vor, **jedes unserer über 5.000 Mitglieder im nächsten Jahr persönlich
66 zu erreichen**. Die Basis unserer Arbeit bilden unsere Mitglieder. Dafür werden wir auf
67 die Bezirke und Unterbezirke zugehen und in einer zentral koordinierten Telefonaktion
68 alle Mitglieder persönlich ansprechen, um mehr Aktive für unsere Arbeit zu
69 aktivieren. Der Landesvorstand entwickelt innerhalb der ersten drei Monate nach der
70 Landeskonzferenz einen Leitfaden, wie diese Telefongespräche durchgeführt werden
71 können.

72 Wir werden unsere Kommunikation verbessern, um als Landesverband wieder näher an

73 unsere Mitglieder zu kommen. Das schließt mehrere Aktionen ein:

74 1. Wir werden einen

75 **monatlichen Newsletter**

76 verschicken, in dem die verschiedenen

77 Möglichkeiten sich einzubringen dargestellt werden. Wir wollen damit, anders als

78 bisher, nicht nur partiell für einzelne Aktionen mobilisieren, sondern den

79 Mitgliedern einen besseren Gesamtüberblick über den Verband geben. Außerdem

80 werden wir den Telegram-Channel (<https://t.me/jusosby>) stärker bewerben und zu

81 einer bilateralen Kommunikationsplattform weiterentwickeln. Mit Videobotschaften

82 und Sprachnachrichten personalisieren wir dort die Ansprache.

83 2. Innerhalb unserer Bezirke und Unterbezirke passiert wertvolle Arbeit, die

84 Unterbezirksvorstände verfügen über einen großen Ideen- und Erfahrungsschatz.

85 Wir wollen eine

86 **Austauschplattform zur Vernetzung der Unterbezirksvorsitzenden**

87 in Form einer Telegram-Gruppe schaffen, in der die Synergien in der Arbeit

88 geschaffen und Wissen weitergegeben werden kann. Diese Gruppe richten wir

89 innerhalb der ersten vier Wochen nach der Wahl des Landesvorstands ein.

90 3. Im Bereich Social Media und Kampagnen wollen wir eine ähnliche Vernetzung

91 erreichen und bieten den Bezirken und Unterbezirken an, für vorab planbare

92 Postings zum Beispiel an Gedenktagen und Aktionstagen Kachelvorlagen der Jusos

93 Bayern mit dem eigenen Logo zu versehen und auf den eigenen Accounts zu posten.

94 Hierfür richten wir innerhalb der ersten vier Wochen nach der Wahl des

95 Landesvorstands ebenfalls eine Telegramgruppe zur Vernetzung der verschiedenen

96 Social Media Verantwortlichen ein. Sofern es hierfür bei den Bezirken und

Unterbezirken einen entsprechenden Bedarf gibt, werden wir Corporate Design

Vorlagen auch für individuelle Posts zur Verfügung stellen, um deutlich zu

machen, dass die Jusos Bayern mehr sind als nur der Landesvorstand.

97 Wir wollen persönlich auf **neugewählte Vorstände in den Bezirken und Unterbezirken**

98 zugehen und ihnen Informationen und Hilfestellungen für ihre Arbeit zukommen lassen,

99 um sie an der Arbeit im Landesverband beteiligen.

100 Wir wollen für außergewöhnliche Aktionen in den Unterbezirken und Bezirken auch die

101 Reichweite des Jusos Bayern Instagram-Accounts nutzen und mit **Collaboration-Posts**

102 zeigen, wie vielfältig die Arbeit unserer Untergliederungen ist.

103 Wir werden eine Liste mit Expert*innen zu den unterschiedlichen Themen erstellen, die

104 bereit sind **Rufseminare** vor Ort oder online zu teamen, um alle Untergliederungen an

105 der Expertise im gesamten Landesverband teilhaben zu lassen. Diese Liste werden wir

106 innerhalb der ersten zwei Monate nach der Wahl des Landesvorstands erstellen, unser

107 Ziel ist es, im nächsten Jahr in jedem Bezirk mindestens zwei Rufseminare durch

108 dieses Angebot zu vermitteln.

109 Wir nehmen uns vor, daran zu arbeiten, die verschiedenen Seminare und

110 **Seminarmaterialien besser zu dokumentieren** und sie für die Untergliederungen

111 wiederverwendbar zu machen. Hierfür entwickeln wir innerhalb der ersten zwei Monate

112 nach der Wahl des Landesvorstands einen Standard-ZIM-Plan für die Jusos Bayern, um

113 die Seminarplanung zu professionalisieren. Außerdem wollen wir mit Blick auf die
114 Bildungsarbeit in 2025 auch in einer Trainer*innen-Ausbildung unseren Pool an
115 Teamer*innen vergrößern.

116 Wir wollen, um die Zusammenarbeit zwischen den Ebenen zu verbessern – sofern es
117 finanziell darstellbar ist – zusätzlich zu unserem bereits geplanten Jahresprogramm
118 einen **Unterbezirks-Bezirks-Landesvorstände-Kongress** abhalten, um eine weitere
119 Austauschplattform zur Wissensweitergabe und zur gemeinsamen Entwicklung unseres
120 Landesverbands zu schaffen.

121 Wir werden neben den Schwerpunktprojekten auch die folgenden Projekte angehen:
122 Wir werden regelmäßig ausführliche Kommentare und Einordnungen zum aktuellen
123 Geschehen und Berichte über unsere Arbeit in einem “Blog” auf unserer Webseite
124 veröffentlichen.

125 Wir werden entsprechend unseres Selbstverständnisses die **Bundestagswahl 2025 und die**
126 **Kommunalwahlen 2026 vorbereiten**. Dabei werden wir bei der Bundestagswahl unseren
127 Schwerpunkt auf die inhaltliche Arbeit legen und die Kandidat*innenfindung in den
128 Bezirken begleiten. Für die Kommunalwahl wollen wir explizit junge Menschen auf die
129 Listen bringen. Wir werden voneinander lernen, best practice Beispiele identifizieren
130 und unsere kommunalpolitische Vernetzung untereinander stärken. Dafür werden wir eine
131 generelle Austauschplattform für kommunalpolitisch Interessierte entwickeln. Hierin
132 soll das bereits bestehende Großstädtenetzwerk integriert und für alle
133 weiterentwickelt werden. In diesem Rahmen wollen wir uns auch gezielt mit
134 grundlegenden Rahmenbedingungen der Kommunalpolitik auseinandersetzen. Wir
135 brauchen

136 sozialistische Antworten für die drängendsten Fragen, wie sinnvoll die aktuell bei
137 den Kommunen liegenden Aufgaben zugeteilt sind und wie wir die Kommunen, gerade im
138 ländlichen Raum, endlich aus dem finanziellen Schraubstock heraushieven können. Wir
139 wollen gerade in den weniger städtisch geprägten Regionen klarmachen, was
140 jungsozialistische Politik ausmacht und vor allem junge FLINTA*s(Frauen, Lesben,
141 inter, nicht-binäre, trans und agender Personen) zur Kandidatur für die SPD in 2026
142 motivieren.

143 Wir werden ein **Alumni-Netzwerk** aufbauen. Hierfür werden wir innerhalb der ersten zwei
144 Monate nach der Landeskonferenz eine Gruppe mit derzeitig und ehemals aktiven Jusos
145 einrichten, die dazu dienen soll, Wissen und Material aus früheren Zeiten erfragbar
146 zu machen und ehemalige Jusos an einzelnen Stellen für konkrete Unterstützung unserer
147 Arbeit anzufragen – zum Beispiel als Teamer*innen für Seminare und Veranstaltungen.

148 Wir werden einen **regelmäßigen Austausch zwischen dem Juso Landesvorstand und den**
149 **progressiven Abgeordneten** in Landtag und Bundestag einrichten, um einerseits
150 frühzeitig für unsere Arbeit relevante politische Projekten der Fraktionen auf dem
151 Schirm zu haben und andererseits auch eigene politische Initiativen und Projekte
152 voranzutreiben.

153 Wir werden unsere Richtlinien auf deren Aktualität überprüfen und Änderungen unter
154 Einbeziehung der Bezirke erarbeiten, nachdem sich in den letzten Jahren einige
155 Impulse zur Satzungsänderung angesammelt haben. Eine Vorlage der aktualisierten

155 Satzung erfolgt bis spätestens zur Landeskonferenz 2025.

156 Wir haben noch mit dem alten Landesvorstand zum ersten Mal seit längerem wieder ein

157 **Bildungsprogramm veröffentlicht, das alle Veranstaltungen des Jahres im Blick hat.**

158 Wir werden die Inhalte der unterschiedlichen Veranstaltungen und Bildungsangebote

159 entlang dieses Arbeitsprogramms ausrichten. Wir wollen verstärkt Ehemalige als

160 Teamer*innen ansprechen, um die aktuell aktive Generation zu entlasten. Konkrete

161 Veranstaltungen, die wir im aktuellen Jahr auf jeden Fall anbieten werden sind:

162 • 01.06.2024: Antifaschismuskongress

163 • 21. bis 23.06.2024: Seminarwochenende "Diese Welt muss uns gehören"

164 • 05. bis 07.07.2024: Neumitglieder- und Interessiertenseminar

164 • 14.09.2024: FLINTA*-Kongress

165 • 24.09.2024: Online-Lesekreis "Das ABC des Kapitalismus"

166 • 28.09.2024: Antirassismuskongress

167 • 12.10.2024: Arbeitskongress

168

169 Der Landesvorstand wird bis Ende Juli das Bildungsprogramm für 2025 – mindestens für

170 die erste Jahreshälfte – auflegen, um eine gute Finanzierbarkeit sowie Umsetzbarkeit

171 sicherzustellen und eine langfristige Terminplanung zu ermöglichen.

172 Wir werden für die entscheidenden und harten Wahlkämpfe in den ostdeutschen

173 Bundesländern die Landesverbände vor Ort unterstützen. Hierfür werden wir unsere

174 eigenen Mitglieder ansprechen, mobilisieren und organisieren. Wir werden uns auf drei

175 Wochenenden fokussieren. Darüber hinaus wollen wir prüfen, ob eine Delegationsreise

176 nach Kuba mittelfristig umsetzbar ist

177 **Die Jusos Bayern als Verband für alle**

178 Wir wollen noch mehr als bisher ein Verband für alle werden. In politischen Debatten

179 ist es wichtig, verschiedene Perspektiven einzubeziehen. Hier müssen wir besser

180 werden.

181 Wir wollen das **Empowerment von FLINTA*s** (Frauen, Lesben, inter, nicht-binäre, trans

182 und agender Personen) weiterentwickeln und dabei auch nochmal konkreter darauf

183 eingehen, welche spezifischen Angebote die einzelnen Gruppen innerhalb der FLINTA*s

184 sich wünschen und brauchen. Wir wollen den feministischen Kampf an so vielen Stellen

185 wie möglich zusammen denken und deshalb auch nicht nur für Frauenrechte, sondern für

186 die Rechte aller kämpfen, die durch patriarchale Strukturen unterdrückt und

187 ausgebeutet werden. Das wollen wir auch in unserer Sprache sichtbar machen.

188 Gleichzeitig müssen wir jedoch anerkennen, dass der FLINTA*-Begriff auch innerhalb

189 unserer Zielgruppen oft nicht bekannt ist und für Verwirrung sorgt. Wir werden uns

190 damit beschäftigen, wie wir unsere Kommunikation einerseits inklusiv gestalten und

191 andererseits nach außen anschlussfähig machen können.

192 Wir werden uns bis zur Landeskonferenz II / 2024 konkret damit beschäftigen, wie wir

193 als Verband strukturell mit Personen in Delegationen und auf Redelisten umgehen
 194 wollen, die die Möglichkeit nutzen, in unserer Mitgliederdaten eine nicht-binäre
 195 Geschlechtsidentität anzugeben.

196 Wir müssen in Bayern im Hinblick auf die **Beteiligung und Repräsentation von Personen**
 197 **mit Migrationsgeschichte und BIPOCs** dringend mehr tun. Wir werden hierfür im nächsten
 198 Landesvorstand eine zentrale Ansprechperson und Zuständigkeit benennen. Teil dieser
 199 Zuständigkeit wird sein, Austausch und Vernetzung unter den Genoss*innen zu
 200 ermöglichen. Wir wollen von anderen Landesverbänden und migrantischen Organisationen
 201 innerhalb der Arbeiter*innenjugendbewegung lernen und auch mit deren Erfahrungen ein
 202 konkretes Empowerment-Programm entwickeln. Wir werden insbesondere den
 203 Antirassismuskongress nutzen, um auch *weiße* Mitglieder bei den Jusos für diese
 204 wichtige Arbeit zu sensibilisieren. Entsprechend unseres Selbstverständnisses
 205 verstehen wir diese Arbeit auch als inhaltliches Projekt, wir wollen materielle
 206 Politik mit individuellen Perspektiven verknüpfen.

207 Wir wollen noch stärker als bisher junge Menschen in Ausbildung auch außerhalb des
 208 Studiums erreichen. Hierfür werden wir bei Veranstaltungen wie dem Basis- oder dem
 209 Arbeitskongress explizit auch **Angebote für Schüler*innen und Auszubildende** machen und
 210 diese dafür auch gezielt ansprechen.

211 Wir werden einen **quartalsweisen Austausch zwischen den Koordinierenden der**
 212 **Hochschulgruppen und dem geschäftsführenden Vorstand** anstoßen, um zu sehen, wie wir
 213 als Landesvorstand die Arbeit der HSGen in Bayern unterstützen und mit unserer Arbeit
 214 besser verzahnen können. Wir wollen sicherstellen, dass auch Bayern beim
 215 Bundeskoordinierungstreffen der HSGen vertreten sein wird.

216 **Werkstätten als offene Mitmachorte**

217 Wir wollen auch im nächsten Jahr mit den Themenwerkstätten wieder inhaltliche
 218 Mitmachorte im Landesverband anbieten. Dabei werden wir uns im nächsten Jahr auf die
 219 folgenden Themen konzentrieren, auch hier soll die Fokussierung und Reduzierung
 220 Kräfte bündeln:

- 221 • Wirtschaft, Transformation und Sozialpolitik
- 222 • Antifaschismus
- 223 • Feminismus
- 224 • Internationalismus

225 Wir werden die derzeit existierende Redaktionswerkstatt zu einer **Kampagnenwerkstatt**
 226 weiterentwickeln. Dort wollen wir das vielfältige Wissen zu Kampagnen aus dem
 227 gesamten Verband bündeln und konkrete Kampagnen zum 1. Mai, zum 8. März und zum
 228 Ausbildungs- und Semesterstart organisieren. Wir trennen damit die langfristig
 229 planbare Kampagnenarbeit von der kurzfristigen Kommunikationsarbeit. Auch bei der
 230 Verbandskommunikation (Newsletter, Verbandsmagazin) soll die Kampagnenwerkstatt sich
 231 einbringen können. Die Kampagnenwerkstatt wird auch Vorbereitungsarbeit für die
 232 Bundestagswahl 2025 leisten.

233 Wir werden für alle Werkstätten eine Ansprechperson zur Anbindung an den
234 Landesvorstand benennen. Alle Werkstätten werden ein Leitungsteam bekommen, das sich
235 aus dessen Mitte rekrutiert und dessen Einsetzung durch den Landesvorstand bestätigt
236 wird.

237 **Allgemeine Vorstandsarbeit**

238 Wir werden die Zuständigkeiten im neuen Landesvorstand gemeinsam festlegen, nachdem
239 die Vorstandsmitglieder in Zukunft nicht mehr durch die Wahl vorgegebene
240 Verantwortlichkeiten haben. Konkret werden wir zwischen der Landeskonferenz und der
241 Landesvorstandsklausur die Wünsche der neu gewählten LaVo-Mitglieder abfragen und im
242 geschäftsführenden Vorstand einen Vorschlag entwickeln, den wir auf der Klausur
243 diskutieren und verabschieden werden. Dabei ist uns wichtig, dass es für **jede**
244 **Zuständigkeit eine zentrale Ansprechperson** gibt, die verantwortlich ist und andere
245 Personen einbezieht, die in der Zuständigkeit mitarbeiten. Die Zuständigkeiten
246 orientieren sich dabei einerseits am Arbeitsprogramm und andererseits an unserer
247 alltäglichen politischen Arbeit. Die Zuständigkeiten werden zeitnah nach der
248 Festlegung im Landesvorstand im Verband veröffentlicht, sodass alle Mitglieder die
249 für ihre Anliegen zuständigen Personen niederschwellig ansprechen können.

250 Der Landesvorstand wird nach Möglichkeit ungefähr alle 6 Wochen in Präsenz und
251 dazwischen 14-tägig online tagen.

252 Der geschäftsführende Vorstand wird die Arbeit des Landesvorstands koordinieren und
253 strukturieren.

254 Wir wollen als Vorstand für und mit den Mitgliedern der Jusos Bayern arbeiten.
255 Transparenz und Mitbestimmung sind für uns handlungsleitend in unserer Arbeit.

256 **Die Jusos Bayern in der BayernSPD**

257 Wir halten daran fest: die BayernSPD ist die einzige politische Kraft, die soziale
258 Gerechtigkeit in Bayern erkämpfen kann, dies ist weiterhin bitter nötig. Die
259 BayernSPD ist nach der letzten Landtagswahl an einem historischen Tiefpunkt. Wir
260 **kämpfen um unser politisches Überleben in Bayern**. Wir arbeiten kritisch-solidarisch
261 in und mit der Sozialdemokratie in Bayern.

262 Wir haben bereits nach der Landtagswahl mit *Neustart BayernSPD* deutlich gemacht, dass
263 sich dringend einiges ändern muss in unserer Partei. Die Probleme sind
264 grundsätzlicher und nicht nur in der Kampagne zur Landtagswahl 2023 zu suchen. Wir
265 werden **unsere Vorstellung der Partei weiterhin lautstark einbringen** und auch in der
266 BayernSPD noch mehr Verantwortung übernehmen. Der aktuelle Aufarbeitungsprozess der
267 BayernSPD ist ungenügend.

268 Wir kämpfen dafür, dass die BayernSPD ihre Mitglieder ins Zentrum ihrer Arbeit
269 stellt. Viele der Parteimitglieder resignieren. Trotz des unfassbaren Engagements vor
270 Ort scheint es nicht möglich, Boden gut zu machen. **Wir wollen allen Hoffnung machen,**
271 **die sich der bayerischen Sozialdemokratie zugehörig fühlen**. Gemeinsam können wir uns
272 aus der scheinbar immer desolater werdenden Situation der Partei herausarbeiten,

273 gemeinsam können wir wieder Stärke und Wahlen gewinnen.
274 Wir tragen diese Hoffnung in die Partei und auch auf Parteitage. Wir werden die Jusos
275 auf Parteitagen **noch besser als bisher koordinieren** und werden uns auch im
276 Landesvorstand der BayernSPD weiterhin sowohl mit den ehemaligen Jusos als auch mit
277 progressiven Kräften über die Jusos hinaus vernetzen und mit ihnen für unsere Vision
278 der Partei kämpfen.

279 **Die Jusos Bayern auf Bundesebene**

280 Wir müssen uns unsere Ressourcen einteilen. Die Arbeit auf Bundesebene hat im letzten
281 Jahr großen Raum in unserer Arbeit eingenommen. Politik auf der Bundesebene der Jusos
282 ist ein Marathon und kein Sprint. Die Jusos sind nach der polarisierenden
283 Vorsitzendenwahl im letzten Jahr weiterhin nicht so geeint, wie sie sein müssen, um
284 erfolgreich jungsozialistische Politik durchzusetzen. Wir werden uns als
285 Landesverband an der **Zusammenführung der Jusos** konstruktiv beteiligen.

286 Wir wollen mit den **anderen Inhaltlich wie verbandspolitisch klar linken**
287 **Landesverbänden** der Jusos enger zusammenarbeiten, um von den Erfahrungen und
288 Expertisen sowohl auf inhaltlicher als auch auf struktureller Ebene zu lernen.
289 Hierfür wollen wir besonders auf Online-Formate setzen, die wir kosten- und
290 ressourcengünstig umsetzen können.

291 Wir werden mit unserem Vermögensprojekt einen **materialistischen Schwerpunkt**
292 einbringen. Auch an einer Erneuerung des Juso-Selbstverständnisses auf Bundesebene
293 wollen wir weiter festhalten, wir werden die Debatte, die wir im letzten Jahr im
294 Landesverband geführt haben zum Beispiel in den Prozess rund um das Juso-Jubiläum
295 einbringen.

296 Wir werden ähnlich wie im letzten Jahr die Delegierten für den Juso-Bundeskongress so
297 früh wie möglich an der Vorbereitung des Bundeskongresses beteiligen.

Antrag B01: Ausbildungshürden umstoßen

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	angenommen
Sachgebiet:	B - Bildung

Die Versammlung möge beschließen:

1 Adressat*innen: Juso Landeskonferenz, Juso Bundeskongress

2 Seit Jahrzehnten steuert die Wirtschaft, ausgelöst durch den demografischen Wandel
 3 und eine unzureichende Politik, auf einen massiven Fachkräftemangel zu. Schon jetzt
 4 können sowohl viele Arbeitsstellen, aber auch Lehrstellen nicht besetzt werden. Trotz
 5 der scheinbaren Notwendigkeit, so viele Menschen wie möglich in Ausbildung zu
 6 bringen, haben über 2 Millionen junge Menschen nach wie vor keinen Berufsabschluss
 7 und jede dritte Person findet keine Ausbildungsstelle. Diese irrationale und paradoxe
 8 Situation ist den vielen Ausbildungshürden geschuldet, die nach wie vor unser
 9 Ausbildungssystem prägen und hemmen. Für uns ist völlig klar, dass es einen aktiven
 10 staatlichen Eingriff braucht, die Hürden abzubauen, um allen jungen Menschen eine
 11 Ausbildung zu ermöglichen.

12 **Finanzielle Hürden**

13 Finanzielle Hürden sind bedeutende Barrieren für eine Ausbildung. Der Weg zur
 14 beruflichen Qualifikation ist oft mit diversen Kosten verbunden, die sich auf
 15 verschiedene Lebensbereiche erstrecken. Diese finanziellen Herausforderungen können
 16 einen entscheidenden Einfluss auf die Motivation, den Zugang und den Erfolg in der
 17 Ausbildung haben. Zu den primären finanziellen Hürden zählt in vielen Fällen die
 18 Bildungsinstitution selbst. Studiengebühren, Materialkosten und Prüfungsgebühren
 19 können für viele angehende Fachkräfte zu einem erheblichen finanziellen Druck führen.
 20 Aber nicht nur die direkten Kosten der Ausbildung sind von Bedeutung. Viele
 21 Auszubildende sehen sich mit zusätzlichen finanziellen Herausforderungen
 22 konfrontiert, darunter Lebenshaltungskosten und Transportkosten. Darüber hinaus
 23 können auch indirekte Kosten wie die Anschaffung von Lernmaterialien, Fachliteratur
 24 oder spezieller Ausrüstung für die Ausbildung den finanziellen Druck erhöhen.

25 Wir fordern daher:

- 26 • zusätzliche finanzielle Förderungen nach dem Vorbild eines elternunabhängigen
- 27 BAföG, egal ob Erst- oder Zweitausbildung
- 28 • Kostenlosen ÖPNV für alle Azubis
- 29 • bayernweite Azubiwerke zur Schaffung von Wohnraum

30 **Vorbildung**

31 Die Vorbildung spielt eine entscheidende Rolle nicht nur beim Zugang, sondern auch
 32 bei der Bewältigung der Ausbildung. Die oft genannte Forderung nach
 33 Bildungsgerechtigkeit spiegelt sich derzeit nicht im Bildungssystem wider. Ein Aspekt
 34 dabei sind die Ausbildungsordnungen, die derzeit nicht sicherstellen, dass alle
 35 Auszubildenden unabhängig von ihrem Hintergrund gleiche Chancen auf eine erfolgreiche
 36 Ausbildung haben. Darüber hinaus werden bestehende Ungleichheiten im schulischen
 37 Bildungssystem auf die Ausbildung übertragen. Das geschieht alleine dadurch, dass
 38 Schulabschlüsse und das gelernte Vorwissen in der Schule stark mit dem
 39 Ausbildungserfolg verbunden sind. Gegenwärtig sehen wir auch, dass der
 40 Lehrkräftemangel insbesondere denjenigen schadet, die ohnehin die meiste Förderung
 41 bräuchten und damit auch bei denjenigen die Chancen einer erfolgreichen Ausbildung
 42 schmälert. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Schüler*innen eine angemessene
 43 Vorbereitung erhalten, um den Anforderungen der Ausbildung gerecht zu werden. Dies
 44 umfasst auch die Unterstützung von Schüler*innen mit besonderen Bedürfnissen und die
 45 Förderung von Bildungsprogrammen, die auf individuelle Lernbedürfnisse eingehen.
 46 Zusätzlich fordern wir die Implementierung von Programmen, die den Übergang von der
 47 Schule in die Arbeitswelt erleichtern. Dabei können die Schüler*innen praktische
 48 Erfahrungen sammeln und sich frühzeitig auf den Arbeitsmarkt vorbereiten.

49 Praktika spielen ebenfalls eine wichtige Rolle bei der Vorbereitung auf die
 50 Ausbildung. Wir setzen uns dafür ein, dass Praktika für alle Auszubildenden
 51 zugänglich sind und als wertvolle Lernerfahrung anerkannt werden. Damit alle ein
 52 Praktikum unabhängig von ihrer sozialen Herkunft absolvieren können, braucht es eine
 53 angemessene Vergütung anhand des Mindestlohns.

54 Wir fordern daher:

- 55 • Änderung der Ausbildungsordnungen hinsichtlich der Chancengleichheit
- 56 • Mehr Programme (Übergang Schule-Arbeit)
- 57 • Mindestlohn für Praktika
- 58 • Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems
- 59 • Lehrkräfteoffensive in Schule und Berufsschule
- 60 • Zusätzliche Stellen für Sozialarbeiter*innen und Schulpsycholog*innen

61 Sprachliche Hürden

62 Die Fähigkeit, effektiv zu kommunizieren und die Unterrichtsinhalte zu verstehen, ist
 63 von entscheidender Bedeutung für den Bildungserfolg. Diese sprachlichen
 64 Herausforderungen können verschiedene Formen annehmen und sich auf unterschiedliche
 65 Aspekte der Ausbildung auswirken. Ein grundlegendes Hindernis besteht in der
 66 Beherrschung der Unterrichtssprache. Für Menschen, deren Muttersprache nicht die
 67 Sprache ist, in der die Ausbildung angeboten wird, kann der Lernprozess erheblich
 68 erschwert werden. Dies betrifft nicht nur den mündlichen Austausch, sondern auch das
 69 Verständnis von Fachterminologie, schriftlichen Anweisungen und Lehrmaterialien. Des

70 Weiteren kann der Umgang mit einer spezifischen Fachsprache in bestimmten
 71 Berufsfeldern eine zusätzliche Herausforderung darstellen. Berufe, die eine
 72 fachspezifische Terminologie verwenden, wie beispielsweise in der Medizin, Technik
 73 oder Recht, erfordern nicht nur allgemeine sprachliche Kompetenzen, sondern auch die
 74 Beherrschung von speziellen Fachbegriffen, um die Ausbildungsinhalte erfolgreich zu
 75 erfassen. Die sprachlichen Hürden können auch sozialer Natur sein.
 76 Kommunikationsfähigkeiten sind entscheidend für die Zusammenarbeit im Team, das
 77 Verständnis von Anweisungen des Ausbilders oder Vorgesetzten und die erfolgreiche
 78 Integration in den Arbeitskontext. Fehlt es an sprachlichen Kompetenzen, kann dies zu
 79 Unsicherheiten, Missverständnissen und Frustration führen, was wiederum den
 80 Lernerfolg beeinträchtigen kann.

81 Deshalb fordern wir

- 82 • Kostenlose Sprachkurse für alle
- 83 • Programme für die Ausbildung einer höheren Sprachsensibilität
- 84 • Die Möglichkeit, Abschluss- und Zwischenprüfungen in Muttersprache abzulegen

85 **Aufenthaltsstatus**

86 Obwohl hinlänglich bekannt ist, dass dem deutschen Arbeitsmarkt in den nächsten
 87 Jahren Millionen von Fachkräften fehlen werden, ist es nach wie vor gängige Praxis,
 88 Menschen ohne dauerhaften Aufenthaltsstatus nach der Ablehnung eines Verfahrens
 89 direkt aus der Berufsschule oder dem Betrieb abzuschieben. Diese Vorgehensweise ist
 90 nicht nur ökonomisch unklug, sondern auch menschenverachtend. Wir stehen zum Recht
 91 auf Arbeit für alle Menschen unabhängig von ihrer Herkunft und möchten die Ausbildung
 92 als Mittel der Integration nutzen und für alle öffnen.

93 Wir fordern daher:

- 94 • eine Staatsangehörigkeitsreform mit langfristiger Bleibeperspektive für Menschen
 95 in Ausbildung
- 96 • Leichtere Vergabe der Arbeitserlaubnis unabhängig vom Aufenthaltsstatus

97 **Arbeitsmarktsituation**

98 Mittlerweile bildet nur noch jeder fünfte Betrieb aus. Dieser Trend ist verheerend
 99 und muss umgekehrt werden. Dazu braucht es eine Ausweitung der eingeführten
 100 Ausbildungsplatzgarantie, um jungen Menschen, unabhängig vom Angebot, ihre
 101 Wunschausbildung zu ermöglichen. Außerdem braucht es verstärkt finanzielle
 102 Unterstützung für Betriebe, die bereits ausbilden bzw. ausbilden möchten. Finanzieren
 103 sollen die Hilfen diejenigen Betriebe, die nicht ausbilden, da sie auch von mehr
 104 ausgebildeten Fachkräften profitieren.

105 Wir fordern daher:

- 106 • eine Ausweitung der Ausbildungsplatzgarantie
- 107 • eine Umlage für die Finanzierung der betrieblichen Ausbildung

Antrag B02: Resolution - ChatGPT und KI in der Bildung

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	angenommen
Sachgebiet:	B - Bildung

Die Versammlung möge beschließen:

1 Adressat*innen: Juso Landeskonferenz

2 Mit dem Erscheinen von ChatGPT als Chat-Bot ist das Thema der künstlichen Intelligenz
3 (KI) Gegenstand der öffentlichen Debatte geworden. So kann man anhand dieser KI
4 erahnen, dass künstliche Intelligenz in Zukunft eine bedeutende Rolle spielen wird,
5 auch in der Bildung. Vor allem Chat-KI's wie ChatGPT lassen sich jetzt schon
6 vielfältig in der Schule nutzen.

7 Dabei nutzt die KI ChatGPT maschinelles Lernen, um mit einer riesigen Datenmenge an
8 einer Vielzahl an Themen trainiert zu werden. Damit ist es möglich, kontextbezogene
9 und fundierte Konversationen zu führen.

10 Kritisch ist zu betrachten, dass KI's Fehler machen und auf Grundlage ihrer
11 zugrundeliegenden Datenbanken auch falsche Informationen bereitstellen können. So
12 können KIs auch unbewusst in Form von Bias oder Fake News manipuliert werden. Dazu
13 kommt, dass durch die Fütterung von Daten mit damit einhergehenden Sichtweisen,
14 Diskriminierungen jeglicher Art seitens der jeweiligen KI ausgeübt und reproduziert
15 werden können. Auch besteht die Gefahr, dass die Technologie der KI nach
16 kapitalistischen Maßstäben zu einer Ware wird, welche nach den Regeln der
17 Profitmaximierung ausgerichtet und nicht nach Maßstäben des Allgemeinwohls gehandhabt
18 wird. Wir stellen uns dem klar entgegen und fordern, dass jegliche KI-Technologie
19 nach Maßstäben des Gemeinwohls ausgerichtet wird. Hierbei ist uns auch die Kontrolle
20 ethischer, moralischer, datenschutzrechtlicher und umweltschutztechnischer Kriterien
21 wichtig. KI soll den Interessen vieler Menschen dienen, nicht den Profiten weniger.

22

23 Schule

24 Auch auf die Schule hat und wird die KI massive Auswirkungen haben. So bedarf es
25 eines reflektierten Umgangs auch im Unterricht. Dazu müssen Lehrkräfte durch Fort-
26 und Weiterbildungen in der Lage sein, KI in didaktische Konzepte zu integrieren.
27 Selbige Anforderungen gilt es für die zukünftige Lehrkräfteausbildung zu
28 berücksichtigen. Dabei ist es wichtig den Schüler*innen umfangreiche
29 Medienkompetenzen zu vermitteln. Hierbei muss ein Bewusstsein dafür geschaffen
30 werden, dass KI von Menschen instruiert wurde und dementsprechend auch Fehler bzw.
31 bewusst falsche Informationen reproduziert. Außerdem sollte betrachtet werden, wozu
32 KI imstande ist - und wozu nicht. So ist KI nicht im menschlichen Sinn intelligent
33 und nicht in der Lage, unbegrenzt kreativ zu sein, sondern ist immer durch die

34 Grenzen der zugrundeliegenden Datensätze limitiert. Auch grundlegendes Wissen über
35 Datenschutz und den verantwortungsvollen und ethischen Umgang mit eigenen Daten muss
36 den Schüler*innen vermittelt werden.

37 Die Einsetzbarkeit von KI im Unterricht ist stets im Wandel, weshalb es ein
38 dauerhafter Auftrag sein muss zu erörtern, inwieweit sich mit dem Einsatz von KI im
39 Unterricht Wissen und Kompetenzen fördern lassen. So kann KI beispielsweise ein
40 Recherchetool darstellen und Projektunterricht ermöglichen. Außerdem kann die KI als
41 digitale Lehrkraft Übungsaufgaben von Schüler*innen korrigieren und Vergleichswerte
42 generieren.

43 Auch kann KI viele bisherige Probleme und Hürden abbauen. So können mit KI
44 Sprachbarrieren auf verschiedenste Art und Weise überwunden werden. Wie bereits
45 erwähnt, befindet sich die KI und deren Nutzung durch ständige Forschung im Wandel.
46 Es gilt dabei weiter zu erörtern, inwieweit KI Lehrkräfte bei ihren Aufgaben
47 entlasten kann. So gibt es viel Potential insbesondere bei der Individualisierung und
48 Anpassung des Unterrichts an die Bedürfnisse der Schüler*innen. Hierbei setzen wir
49 uns für eine Weiterentwicklung rund um das Thema Nachteilsausgleich ein, um einen
50 inklusiveren Unterricht in Zukunft leichter gewährleisten zu können. Um die KI
51 einsetzen zu können, muss neben der didaktischen Notwendigkeit die Kompetenz bei den
52 Lehrkräften für den Einsatz vorliegen. Dazu braucht es fortschreitende Entwicklungen
53 der KI für die Schulen auf der einen Seite und Fortbildungen für Lehrkräfte in dem
54 Bereich auf der anderen Seite.

55 Ebenfalls stellt KI die bisherigen Leistungsnachweise grundsätzlich in Frage. So gilt
56 es generell das Prinzip der Leistungszielorientierung hin zu einer Lernziel- und
57 Kompetenzorientierung zu transformieren. Es gilt zu erörtern, inwieweit
58 Leistungsnachweise in Form von Abgaben künftig zu stellen sind, um sicherzustellen,
59 dass es sich auch tatsächlich um die individuelle Leistung des*r Schüler*in handelt.
60 Aber auch einfache Hausaufgaben, so die Befürchtung, können in Zukunft von der KI
61 verrichtet werden, sodass die Übung für viele wegfällt. Hausaufgaben werden von uns
62 Juros seit jeher kritisch gesehen, weil sie einen Teil des Lernprozesses ins Private
63 verlagern und so die Auswirkung sozialer Ungleichheiten auf die schulischen
64 Leistungen vergrößern. Die Antwort auf derartige Ungleichheiten und die neuen
65 Herausforderungen im Rahmen der KI ist und bleibt die Verlagerung des Lernprozesses
66 und der Hausaufgaben vom privaten ins öffentliche mit einem Ganzttag für alle.

67

68 **Künstliche Intelligenz im Hochschulbereich**

69 Hochschulen leisteten durch vertiefte Forschung initiale Pionier*innen-Arbeit, um KI-
70 gestützte Anwendungen auf den Stand zu versetzen, der heute Tools wie ChatGPT möglich
71 macht. Die zunehmende Popularität KI-gestützter Anwendungen bringt auch für den
72 Hochschulalltag gleichermaßen Herausforderungen und Chancen mit sich.

73 Wir fordern einen reflektierten und verantwortungsvollen Umgang mit KI-gestützter
74 AnalyseTextverarbeitungs- und Texterzeugungstechnologie. Im Kontext

75 wissenschaftlicher Arbeiten kann Software wie ChatGPT als Inspiration für Form und
76 Stil dienen, eine direkte Verwendung von KI-generierten Texten wird den Standards
77 wissenschaftlicher Arbeit aber zum heutigen Stand nicht gerecht. Anders sieht es bei
78 KI-gestützter Datenverarbeitung aus. Schon heute bieten beispielsweise KI-gestützte
79 Mustererkennungsverfahren einen immensen Mehrwert bei der Auswertung großer
80 Datensätze. Durch die steigende Popularität von KI und die Etablierung KI-gestützter
81 Applikationen wird sich der Anwendungsbereich in vielen Bereichen der Hochschule
82 weiter ausweiten. Dem begegnen wir offen und konstruktiv.

83 Kritisch betrachten wir jedoch die Etablierung KI-gestützter Analysetools zur
84 Leistungsbewertung von Studierenden. Neben datenschutzrechtlichen Bedenken sehen wir
85 die Gefahr einer Steigerung des Leistungsdruck. Darüber hinaus erachten wir die
86 menschliche Komponente als wichtigen Teil jeder Leistungsauswertung. Sollte jedoch
87 eine Auswertung mithilfe von KI Einzug in die Hochschulen finden, so soll dies nur
88 geschehen, wenn die zugrundeliegenden Rechtsordnungen aller Ebenen von
89 Prüfungsordnungen bis hin zum Hochschulgesetz studierendenfreundlich ausgearbeitet,
90 sowie die Rechte Studierender gestärkt werden.

Antrag D09: Einführung einer Bargeldobergrenze in Deutschland zur Bekämpfung von Geldwäsche

Antragsteller/in:	Jusos Mittelfranken
Status:	angenommen
Sachgebiet:	D - Demokratie, Innen- und Sicherheitspolitik

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 **Adressat*innen:** Juso Landeskonferenz, Juso Bundeskongress, SPD Landesparteitag,
- 2 SPD Bundesparteitag
- 3 **Antrag:**
- 4 Wir fordern in Deutschland eine Bargeldobergrenze in Höhe von 5.000 € einzuführen.
- 5 Dies würde bedeuten, dass Zahlungen nur noch bis zu diesem Betrag in bar getätigt
- 6 werden dürften. Die Implementierung einer Bargeldobergrenze soll dazu beitragen,
- 7 Geldwäscheaktivitäten in Deutschland zu erschweren.
- 8

Antrag D10: Ersatzfreiheitsstrafe zur Ausnahme machen – Armut entkriminalisieren

Antragsteller/in:	Jusos Mittelfranken
Status:	angenommen
Sachgebiet:	D - Demokratie, Innen- und Sicherheitspolitik

Die Versammlung möge beschließen:

1 Adressat*innen

2 Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz, SPD-

3 Bundesparteitag, BayernSPD-Landesparteitag

4

5 **Antrag:**

6 Wir fordern eine Anpassung der Ersatzfreiheitsstrafe entsprechend dem skandinavischen

7 Vorbild, wonach eine Ersatzfreiheitsstrafe grundsätzlich nur bei

8 Zahlungsunwilligkeit, nicht hingegen bei bloßer Zahlungsunfähigkeit angeordnet wird.

9 Nach 5 Jahren andauernder Zahlungsunfähigkeit hat hinsichtlich der Geldstrafe

10 Verjährung einzutreten. In außergewöhnlichen Fällen, in denen eine unterlassene

11 Strafreaktion nicht vermittelbar ist, soll eine Umwandlung auf Antrag der

12 Staatsanwaltschaft hin unter Richtervorbehalt in eine Ersatzfreiheitsstrafe weiterhin

13 möglich bleiben. Hierfür ist de:r Angeklagte:n ein Rechtsbeistand zu gewähren sowie

14 die Möglichkeit, vor Gericht angehört zu werden.

15

Antrag E01: Diese EU muss unser sein – Wir machen NEUropa

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	angenommen
Sachgebiet:	E - Europa

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Europa betrifft uns alle - die EU betrifft uns alle. Sie soll unser Leben
- 2 unkomplizierter und offener machen, Frieden sichern und Verständigung und gemeinsame
- 3 Problemlösung erreichen. Europa begegnet einem in beinahe jeder politischen Frage und
- 4 das ist auch gut so: In Zeiten globaler Herausforderungen und Krisen braucht es ein
- 5 geschlossen auftretendes Europa, das für die Menschen da ist - keine Nationalstaaten,
- 6 die untereinander statt Zusammenarbeit Konkurrenz heraufbeschwören. Denn wir wissen:
- 7 Gemeinsam kann Europa mehr erreichen. Nur mit einem antifaschistischen,
- 8 feministischen und sozialistischen Europa können wir eine lebenswerte Zukunft für
- 9 alle garantieren.
- 10 Aber einfach nur "Europa!" zu rufen kann jede*r. Einfach nur die EU für ihre bloße
- 11 Existenz zu feiern und alle fünf Jahre einmal mit Europaflaggen durch die Straßen zu
- 12 ziehen, kann jede*r. Wir Jusos Bayern stehen darüber hinaus für ein progressives
- 13 Europa und rufen nicht nur "Europa!", sondern geben Antworten auf die Fragen, die
- 14 sich aus diesem Europa ergeben. Wir begründen unsere Forderungen mit der
- 15 Verantwortung, die mit der Existenz der EU einhergeht, und wir sorgen dafür, dass die
- 16 EU-Flagge wieder für Völkerverständigung und das gute Leben für alle steht und nicht
- 17 v.a. mit Abschottung, Frontex und fadenscheinigen Bürokratie-Kompromissen zwischen
- 18 Berlin und Paris in Verbindung gebracht wird. Wir wollen ein Europa, das sich über
- 19 Solidarität, Frieden, Demokratie und Vielfalt definiert. Die EU ist kein abstraktes
- 20 Irgendwas, sie ist unsere große Chance für einen gerechteren Kontinent und eine
- 21 gerechtere Welt.
- 22 Einfach nur die EU feiern kann jede*r - doch wir denken sie progressiv, wir machen
- 23 sie neu, wir machen NEUropa!
- 24 Für die Europawahl wollen wir deshalb mit klaren Forderungen zeigen, wie wir Europa
- 25 reformieren bzw. revolutionieren wollen, damit es nicht nur Selbstzweck ist, sondern
- 26 zu unserem Europa wird. Dabei fokussieren wir uns auf die drei Bereiche Arbeit und
- 27 Bildung, sozial-ökologische Transformation und Geflüchtetenpolitik.

28 **Wir wollen ein demokratisches und offenes Europa**

- 29 Die EU existiert aktuell in veralteten Konzepten gefangen vor sich hin. Dabei hat die
- 30 Staatengemeinschaft ein riesiges Potenzial, das Leben von Hunderten Millionen von
- 31 Menschen besser zu machen. Bevor das möglich ist, müssen grundlegende Reformen
- 32 erfolgen. Nur so können wir die EU zu einer ziel- und menschenorientiert arbeitenden
- 33 Gemeinschaft ausbauen. Das sind unsere Forderungen für eine funktionierende EU:

- 34 • Ein Ende des Einstimmigkeitsprinzips im Europäischen Rat und im Rat der
35 Europäischen Union. In der Vergangenheit kam es nicht selten vor, dass wichtige
36 Entscheidungen verzögert und verhindert werden, da einzelne Mitgliedsstaaten die
37 Eigeninteressen vor den Interessen der Gemeinheit stellten. Die Macht der
38 Manipulation mit dem Einstimmigkeitsprinzip darf keinem Mitgliedsstaat zur
39 Verfügung gestellt werden, stattdessen sollen die Entscheidungen, für die bisher
40 die Einstimmigkeit erforderlich war, nach dem Prinzip der qualifizierten
41 Mehrheit getroffen werden.
- 42 • Ein echtes Initiativrecht für das Europäische Parlament. Bisweilen hat im
43 Europäischen Parlament lediglich die Europäische Kommission ein ordentliches
44 Initiativrecht. Das eingeschränkte Initiativrecht des Parlaments wollen wir zu
45 einem umfassenden Recht erweitern, Gesetzgebungsverfahren aus der Mitte des
46 Parlaments zu bewirken.
- 47 • Eine Europäische Verfassung. Diese soll die bestehenden Verträge über die
48 Zusammenarbeit innerhalb der EU sowie ihren völkerrechtlichen Status (insb.
49 Vertrag von Lissabon) ersetzen und auf Grundlage des 2004 unterzeichneten, aber
50 nicht in Kraft getretenen Vertrags über eine Verfassung für Europa (VVE)
51 erarbeitet werden.
- 52 • Die konsequente Durchsetzung aller europäischen Standards und Normen in den EU-
53 Mitgliedsländern, insbesondere im Hinblick auf die Rechtsstaatlichkeit und
54 Menschenrechte.
- 55 • Den Ausbau des Gerichtshofs der Europäischen Union zu einem echten
56 Verfassungsgericht.

57 Unser Europa muss aber nicht nur demokratisch, sondern auch offen für alle sein.
58 Deshalb muss sich innerhalb der Europäischen Union gegen rechtsautoritäre und
59 national-konservative Regierungen in den Mitgliedsländern stark gemacht werden. Wir
60 sehen hierbei die Verantwortung der EU insbesondere darin, die Rechte von Frauen,
61 Lesben, intersexuelle, nicht-binäre, trans und agender Personen (FLINTA*) und queeren
62 Menschen zu schützen sowie gleichwertige Lebensstandards für alle zu schaffen.

63 **Wir wollen grenzenlos gute Arbeit und Ausbildung**

64 Anders als es viele Konservative gerne hätten, darf die EU kein Instrument sein, das
65 allein für die Wahrung und Befriedigung von wirtschaftlichen und nationalen
66 Bedürfnissen besteht. Eines der großen Ziele der Europäischen Union muss es sein,
67 gleiche Arbeits- und Bildungschancen und -verhältnisse für alle zu schaffen. Deswegen
68 fordern wir:

- 69 • Einen verbindlichen europäischen Mindestlohn. Die aktuell geltende Richtlinie
70 2022/2041 ist zu schwach - sie gibt lediglich den Ländern, in denen bereits ein
71 Mindestlohn besteht, Vorgaben über Höhe und genaue Ausgestaltung. Wir fordern
72 einen EU-weiten Mindestlohn, der den Menschen ein selbstbestimmtes und
73 würdevolles Leben überall in der EU ermöglicht. Dieser soll angepasst sein an

74 die jeweiligen Arbeits- und Lebensverhältnisse. Arbeitnehmer*innen müssen dabei
 75 nach dem Mindestlohn des Landes bezahlt werden, indem sie arbeiten/angestellt
 76 sind. Im gleichen Zuge werden durch die Überarbeitung der Richtlinie, die
 77 europaweit umgesetzt werden muss, bestehende und auszubauende nationale
 78 Strukturen zur Festlegung von Tarifverträgen und Mindestlohn durch die drei
 79 Sozialpartner Gewerkschaften, Staat und Arbeitgeberverbände gefördert.

- 80 • Den kostenlosen und garantierten Zugang zur ersten Hochschul- oder
 81 Berufsausbildung bzw. zum Abschluss in der gesamten EU. Studiengebühren und
 82 ähnliche Konstrukte stehen einer echten Bildungsgerechtigkeit in der EU im Weg -
 83 sie müssen abgeschafft werden.
- 84 • Die finanzielle Stärkung von europäischen Austausch- und Auslandsprogrammen,
 85 insbesondere für Studierende aus Süd- und Osteuropa. Unter anderem durch eine
 86 lebenswirkliche Anpassung der Erasmus-Stipendien für die Ländergruppen 1 und 2.
- 87 • Die Stärkung und den Ausbau einer europaweiten Vermittlung von Arbeits- und
 88 Ausbildungsplätzen unter gemeinsamen Arbeits- und Bildungsstandard.

89 **Angleichung der Sozialstandards**

90 Wir fördern eine europaweite, verbindliche und umfangreiche Angleichung der
 91 Sozialstandards in allen Mitgliedstaaten sowie eine Ergänzung der Europäischen
 92 Erweiterungspolitik mit einem verstärktem Fokus auf dem sozialen Ausgleichsprozess
 93 bei Staaten, die Beitrittskandidaten für die EU sind. Fortschritt der Angleichung
 94 soll alle 24 Monate überprüft werden.

95 Damit aber die Europäische Union eine soziale Union wird benötigen wir eine
 96 Neuverhandlung des Lissaboner Vertrages, die der Union größere Kompetenzen im Bereich
 97 Sozialpolitik zur Verfügung stellt und statt den sog. Mindeststandards auch
 98 weitreichende Maßnahmen europäisch umgesetzt werden.

99 Kurzfristig möchten wir ein höheres Budget für die Europäische Kommission und ein
 100 höheres Anteil des Budgets, das für den Kohäsionsfond bzw. Europäischen Sozial Fond
 101 bereit gestellt wird.

102 **Stärkung der Macht der Gewerkschaften**

103 Die grenzübergreifende Arbeit der Unternehmen muss von einer grenzübergreifenden
 104 Austausch der Arbeitnehmer*innen und Angestellten gefolgt werden. Die von der
 105 Kommission vorgelegte Anpassung der Betriebsräte Richtlinie muss im Trilog bearbeitet
 106 werden und mit viel stärkeren Sanktionen bei Rechtsverstößen durch den Arbeitgeber
 107 ausgestattet werden. Außerdem verlangen wir dass die Zuständigkeit des Europäischen
 108 Betriebsrates für alle mögliche Szenarien der grenzübergreifender Umstrukturierung
 109 erweitert wird.

110 **Streikrecht nicht gegen die Freizügigkeit ausspielen**

111 Das Streikrecht darf nicht mit der Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit
 112 ausgespielt werden. Die beide Aspekte gehen Hand in Hand. Streikrecht ist ein
 113 Grundrecht und die EU muss den EU – weiten Recht auf Streik und politischen Streik
 114 einführen. Außerdem soll die EU durch eine Richtlinie das die Mitgliedsstaaten

115 verpflichtet, auch Beamt*innen das Grundrecht auf Arbeitskampf zu gewähren.

116 **Ausweitung des sozialen Dialogs in der EU**

117 Die Sozialpartner müssen in die Politikgestaltung und alle Vorhaben der EU
118 Kommission, die Auswirkungen auf die Beschäftigung haben, einbezogen werden. Der
119 Sozialdialog muss mit einer ausreichenden technischen und finanziellen Unterstützung
120 seitens der EU begleitet werden.

121 **Wir wollen eine klimaneutrale und demokratische europäische**

122 **Wirtschaft**

123 Es ist kein Geheimnis, dass die Armut in der Europäischen Union alarmierende Ausmaße
124 erreicht und dass die Klimakrise eine riesige Herausforderung ist. Die öffentliche
125 Infrastruktur wurde in vielen Ländern kaputtgespart - insbesondere unter dem sozialen
126 Gesichtspunkt ist das desaströs. Die neoliberale Sparpolitik, die von vielen
127 europäischen Akteur*innen in den letzten Jahren so intensiv propagiert und angewandt
128 wurde, stellte beinahe ausnahmslos die Interesse der Konzerne über die der Menschen.
129 Das dürfen wir nicht weiter dulden. Die nächsten Jahre und Jahrzehnte der
130 Europäischen Union müssen daher unter dem Zeichen der sozial-ökologischen,
131 nachhaltigen Transformation aller Wirtschafts- und Gesellschaftsbereiche in ganz
132 Europa stehen. Hierbei muss der Fokus insbesondere auf die EU-weite Energiewende hin
133 zu erneuerbaren Energien sowie auf die Mobilitätswende gelegt und eine soziale
134 Verträglichkeit aller Maßnahmen sichergestellt werden. Konkret fordern wir eine
135 Abschaffung der EU-Subventionen für fossile, nukleare und klimaschädliche
136 Energieträger, eine europäische CO2-Steuer und das Investieren von mindestens 60% des
137 Budgets der EU in den Klimaschutz.

138 Die Freizügigkeit ist einer der größten Vorteile der EU, den die Menschen täglich
139 selbst spüren können, und sie gehört für uns zum guten Leben in der EU dazu. Damit
140 auch wirklich alle Menschen von ihr profitieren können, ist es essentiell, in den
141 grenzübergreifenden und intensiven Ausbau insbesondere des europäischen
142 Schienennetzes zu investieren. Darüber hinaus fordern wir für alle 18-Jährigen in der
143 EU ein kostenloses Interrail-Ticket, mit dem sie bis zum 21. Lebensjahr sechs Monate
144 lang kostenlos mit dem Zug durch die EU und den EU Beitrittskandidatenfahren können.
145 Zudem soll auf ein europäisch einheitliches und transparentes Ticketpreis-System
146 hingearbeitet werden, das die Mobilität in der EU durch niedrigere Preise auch für
147 sozial benachteiligte Menschen ermöglicht und ebenso das Buchen bei ausländischen
148 Anbietern oder grenzübergreifenden Fahrten vereinfacht.

149

150

151 Die Landwirtschaft dürfen wir bei der sozial-ökologischen Transformation nicht außen
152 vor lassen. Wir fordern daher eine Umstrukturierung der EU-Agrarpolitik und der
153 Agrarsubventionen hin zu mehr solidarischer und ökologischer Landwirtschaft, die
154 genossenschaftliche Strukturen und Projekte in öffentlicher Hand fördert. Für uns
155 gehört hierbei das Ende von Spekulation mit landwirtschaftlichen Ressourcen dazu.

156 Damit soll die Nahrungsmittelproduktion in der EU gestärkt und die Abhängigkeit von
157 Importen reduziert werden. Außerdem fordern wir von dem Europäischen Parlament eine
158 Revision der Entscheidung der Lockerung des Nutzens der Gentechnik in der
159 Landwirtschaft, wir wollen klare Risikokontrolle und Rückverfolgbarkeit von
160 genveränderten Pflanzen. Durch die Regulierungen der Neuen Gentechnik möchten wir
161 unsere Ökosysteme sowie die ökologische Landwirtschaft schützen. Das kürzlich
162 verabschiedete EU-Lieferkettengesetz muss im Sinne der Arbeiter*innen überarbeitet
163 und gestärkt werden.

164 **Wir wollen die Festung einreißen - für eine humane** 165 **Geflüchtetenpolitik**

166 Mit uns gibt es keine Festung Europa. Das Konzept einer abgeschotteten und
167 abgeschlossenen EU ist populistisch, inhuman, gefährlich und verkennt die
168 Lebensrealitäten und Bedürfnisse der Menschen auf der ganzen Welt. EU-Politik darf
169 nie bewirken, dass wir uns als Staatengemeinschaft in der Hoffnung, hier ein
170 "geregeltes" Leben nach nationalistischen Vorstellungen zu führen, einzäunen.
171 Gleichzeitig braucht es eine europäische Integration der Asyl- und
172 Einwanderungspolitik. Europa muss für Schutzsuchende und Migrant*innen ein Raum des
173 Rechts, der Freiheit und der Sicherheit sein - kein Albtraum. Deswegen lehnen wir die
174 Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) in ihrer aktuell bestehenden
175 Form sowie die Einrichtung von Lagern an EU-Außengrenzen und jegliche Abkommen mit
176 Drittstaaten, die Migration abwehren sollen, weiterhin entschieden ab. Zudem sprechen
177 wir uns für eine vollständige Abschaffung der EU-Grenzschutzagentur Frontex ab.
178 Stattdessen müssen europaweit sichere Fluchtrouten geschaffen und legale
179 Fluchtmöglichkeiten für Schutzsuchende eingerichtet werden. Darüber hinaus muss ein
180 einheitliches, europäisch organisiertes und finanziertes Seenotrettungssystem auf-
181 und ausgebaut werden, das die Sicherheit aller Flüchtenden gewährleistet und
182 solidarisch eingerichtet ist. Nur so kann das tägliche Sterben an den EU-Außengrenzen
183 und im Mittelmeer gestoppt werden. Die Lüge von "irregulärer Migration" lehnen wir
184 entschieden ab. Erstaufnahmeeinrichtungen müssen in der gesamten EU humane und
185 gerechte Lebensstandards und Unterstützung bieten; dies schließt das Recht auf Arbeit
186 und Bildung ein. Jede*r darf leben, wo er*sie will - das muss in der EU bedingungslos
187 gelten. Dafür muss das Recht auf Asyl und Schutz vor Verfolgung gestärkt werden.
188 Geflüchtete sollen solidarisch und gerecht auf die Mitgliedsländer aufgeteilt werden,
189 kein Mitgliedsland darf die Möglichkeit haben, sich von der Aufnahme von Geflüchteten
190 "freizukaufen". Dafür muss im gleichen Zuge für die aufnehmenden Kommunen eine
191 angemessene finanzielle und logistische Unterstützung bereitgestellt werden.

Antrag E03: Korruption – Nicht mit EU

Antragsteller/in:	Jusos Oberbayern
Status:	angenommen
Sachgebiet:	E - Europa

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Korruption stellt nach wie vor eine erhebliche Herausforderung für die EU dar, wie
- 2 aus den Daten der EU-Kommission hervorgeht. Die wirtschaftlichen Auswirkungen sind
- 3 beträchtlich, wobei die Kosten zwischen EUR 179 Milliarden und EUR 990 Milliarden pro
- 4 Jahr liegen, was etwa 6% des gesamten BIP der EU entspricht. Die Ernsthaftigkeit des
- 5 Problems wird weiter durch die Einschätzungen von Unternehmen verdeutlicht. 59% der
- 6 Unternehmen in der EU sind der Meinung, dass persönliche Beziehungen und die Zahlung
- 7 von Schmiergeldern oft der einfachste Weg sind, Geschäfte innerhalb der EU zu führen.
- 8 Trotz regelmäßig vorgeschlagener Antikorruptionsmaßnahmen, wie von Transparency
- 9 International berichtet, bestehen nach wie vor erhebliche Lücken in ihrer Umsetzung.
- 10 Die bisherigen Maßnahmen konzentrieren sich hauptsächlich auf Richtlinien für
- 11 geregelte Korruptionsbekämpfung auf Mitgliedsstaatsebene. Allerdings mangelt es an
- 12 klaren Vorgaben, was die Effektivität dieser Maßnahmen beeinträchtigt.
- 13 Die Einführung des Standards der gemeinsamen Zuständigkeit für die
- 14 Korruptionsbekämpfung ermöglicht der EU Ermittlungen und Sanktionen, jedoch
- 15 fehlen noch institutionalisierte Strukturen auf EU-Ebene. Das wissenschaftliche
- 16 Monitoring zur Korruptionsbekämpfung bedarf weiterer Institutionalisierung, um
- 17 regelmäßig und automatisch stattzufinden.
- 18 Im Kampf gegen Korruption sticht insbesondere das Beispiel Georgiens positiv hervor.
- 19 In den letzten 25 Jahren konnte das Land im Korruptionswahrnehmungsindex von
- 20 Transparency International um beeindruckende 40 Plätze aufsteigen. Dieser Erfolg ist
- 21 maßgeblich auf die Umsetzung zahlreicher Maßnahmenvorschläge der Istanbul-Kommission
- 22 zurückzuführen, einer Organisation der OECD und des Europäischen Rates, die sich mit
- 23 der Bekämpfung von Korruption im ehemaligen Ostblock befasst.
- 24 In Anlehnung daran stellen wir folgende Forderungen für eine gemeinsame europäische
- 25 Korruptionsbekämpfung:
- 26 Institutionelle Organisation der Antikorruptionsmaßnahmen:
- 27 • Unabhängige Kommission zur Korruptionsbekämpfung mit der Befugnis, der
- 28 Europäischen Kommission Gesetze vorzuschlagen.
- 29 Status.
- 30 Umgang mit Vermögenswerten und Interessenskonflikten:
- 31 • Proaktive Rechenschaftsablege von Besitztümern für Personen in relevanten,
- 32 Effektiver Schutz von Whistleblowern, inklusive Anonymität.
- 33 Antikorruptionsstellen.

- 34 • Öffentliche Deklaration von Interessenskonflikten, auch von Unternehmen
35 • Grobe Interessenkonflikte sind Ausschlusskriterium für die Vergabe von
36 Aufträgen an Unternehmen und Ämter an Personen .
- 37 Methodik der Korruptionsbekämpfung:
- 38 • Gesetzmäßig festgelegte Methodik zum Aufarbeiten bekannt gewordener Korruption.
39 • Reorganisation von betroffenen Behörden, Institutionen und Firmen.
40 • Vorrübergehende Amtsfreistellung verdachtsmäßig korrupter Amtsinhaber.
41 • Sofortiges Einfrieren von Vermögen, das direkt in Beziehung zu korrupten
42 Akten stehen könnte.
43 • Regelmäßige, wissenschaftliche und unabhängige Evaluation von Fortschritten
44 in der Korruptionsbekämpfung.
- 45 Aufbau effektiver und allgemeingültiger Definitionen über Korruption und
46 ihre Bekämpfung:
- 47 • Praktisch anwendbare EU-weite Rechtslage darüber, wer und wie eine Person
48 von Interesse für Korruption sein kann.
49 • Kriminalisierung von Korruption auf systemischer Ebene, inklusive
50 strafbarer Handlungen für Unternehmen.
51 • Klare Definition von Einflussnahme und Versuch der Einflussnahme.
52 • Besondere Beachtung von korrupter Einflussnahme ausländischer Akteure auf
53 Länder/ Organisationen / Unternehmen mit klaren Definitionen dazu.
54 • Klare und effektive Gesetzgebung zu "corporate governance" und deren Anwendung.
- 55 Handhabung von Rechtsschutz bei Korruptionsermittlungen:
- 56 • Ausreichender Rechtsschutz für Ermittler*innen.
57 • Möglichkeit der Aufhebung des Rechtsschutzes für Ermittler*innen, um
58 Missbrauch zu verhindern

Antrag G01: Einweg-E-Zigaretten (sog. „Vapes“) verbieten

Antragsteller/in:	Jusos Mittelfranken
Status:	angenommen
Sachgebiet:	G - Gesundheit

Die Versammlung möge beschließen:

1 **Adressat*innen:** Juso-Landeskonferenz Bayern, SPD-Landesparteitag Bayern,

2

3 **Antrag:**

4 Seit einiger Zeit verbreiten sich Einweg-E-Zigaretten („Vapes“) zunehmend auf dem
5 deutschen Markt. Dabei geht es nicht um „klassische“ wiederaufladbare E-Zigaretten
6 oder Verdampfer, die sich auch zur Rauchentwöhnung etabliert haben, sondern explizit
7 um Einweg-Geräte.

8 Der durch die Herstellung, einmalige Verwendung und anschließend (oft nicht
9 fachgerechte) Entsorgung entstehende Ressourcenverbrauch und die dadurch verursachte
10 Umweltbelastung ist für uns im Vergleich zu E-Zigaretten nicht zu rechtfertigen.

11 Deshalb fordern wir:

12 1. Ein Verbot von nicht wiederverwendbaren Einweg-E-Zigaretten in der EU.

13 2. Außerdem bestärken wir die Forderung nach einem vollständigen und konsequent
14 durchgesetzten Werbeverbot für Tabak-Produkte.

Antrag G02: Rechtsanspruch auf Dolmetscher*innen bei der psychologischen Beratung und in der Psychotherapie

Antragsteller/in:	Jusos Mittelfranken
Status:	angenommen
Sachgebiet:	G - Gesundheit

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 **Adressat*innen:** Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskonferenz
- 2
- 3 **Antrag:**
- 4 Bei Vorliegen eines Anspruches auf psychologische bzw. psychotherapeutische Beratung
- 5 und Behandlung besteht ein Rechtsanspruch für Personen, deren Deutschkenntnisse nicht
- 6 ausreichend sind, diese in deren Muttersprache oder unter Beisein einer Dolmetscherin
- 7 oder eines Dolmetschers zu erhalten, dessen Kosten übernommen werden.

Antrag INI01: BayernSPD - Wir nehmen die Zukunft selbst in die Hand!

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	angenommen
Sachgebiet:	Ini - Initiativanträge

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Adressat*innen: Juso Landeskonferenz
- 2 Die katastrophale Landtagswahl, bei der die BayernSPD nicht nur erneut ihr historisch
- 3 schlechtestes Ergebnis erhalten hat, sondern auch im Wahlkampf selbst weiter an
- 4 Bedeutung verloren hat, steckt der Partei weiterhin in den Knochen.
- 5 Viele Mitglieder sind frustriert, es fehlt ihnen eine Perspektive, wo und wie sie
- 6 sich einbringen können, um die Trendumkehr in der BayernSPD mitzugestalten. Immer
- 7 noch werden die Mitglieder in der Partei viel zu wenig beteiligt, diese mangelnde
- 8 Beteiligung schafft immer größer werdende Unzufriedenheit. Dies führt einerseits zu
- 9 einem Rückzug in die regionalen Gliederungen und andererseits zu einer Entkopplung
- 10 vom Landesverband - beides mit schwerwiegenden Folgen für die Kampagnenfähigkeit der
- 11 BayernSPD.
- 12 Am schwersten wiegt jedoch die wahrgenommene Lethargie und Perspektivlosigkeit. Statt
- 13 uns aus unserer prekären Situation mit einer Perspektive nach vorne herauszuarbeiten,
- 14 findet interne Schuldzuweisung statt. Statt aufeinander zuzugehen, werden
- 15 Genoss*innen, die konstruktiv Kritik üben, angegriffen. Wir Jusos haben sowohl
- 16 öffentlich als auch intern versucht, Veränderung herbeizuführen, sind damit aber in
- 17 der Vergangenheit nicht erfolgreich gewesen und müssen auch deshalb neu überlegen,
- 18 was wir daraus lernen und wie wir uns in Zukunft einbringen wollen.
- 19 Die progressiven Kräfte innerhalb der Partei nehmen wir als sehr fragmentiert wahr.
- 20 Viele fühlen sich selbst alleine gelassen. Als Jusos sehen wir es als unsere Aufgabe,
- 21 die Linken in der SPD zusammenzubringen und zu vernetzen sowie diesen eine Plattform
- 22 zu bieten, auf der sie ihre Themen und ihre Ideen einbringen können.

23 **Aufarbeitung sieht anders aus**

- 24 Die BayernSPD hat auf dem kleinen Landesparteitag beschlossen, eine Kommission
- 25 einzusetzen, um diese Wahlniederlage aufzuarbeiten. Wir haben uns bereits auf dem
- 26 Parteitag kritisch gegenüber der Kommission geäußert und einen umfangreicheren
- 27 Neustart-Prozess gefordert, haben sie letztlich aber mitgetragen.
- 28 Der Bericht, den die Kommission vorgelegt hat, spiegelt dabei unsere Befürchtungen
- 29 wider: Er setzt sich nur mit Analysen auseinander, schlägt aber keine Perspektive
- 30 nach vorne vor. Er versucht die Verantwortung an vielen Stellen abzuladen, statt
- 31 konkret zu benennen, was wir als Partei zur Wahlniederlage beigetragen haben und vor

32 allem, was wir daraus ableiten, was wir beim nächsten Mal besser machen wollen. Der
33 Bericht wirft teilweise die richtigen Fragen auf, gibt aber keine ausreichenden
34 Antworten. Der Fokus ausschließlich auf die Kampagne verdeckt den Blick auf die
35 Hausaufgaben, die wir als Partei strukturell zu lösen hätten. Deshalb haben wir als
36 Jusos in der Kommission den Bericht abgelehnt.

37 Die Regionalkonferenzen sollen dazu dienen, die Mitglieder der BayernSPD in den
38 Aufarbeitungsprozess einzubinden und gemeinsam über eine Vision für die Partei zu
39 sprechen. Zentrale Fragen, deren Antworten im Aufarbeitungsprozess hätten gefunden
40 werden müssen, bleiben offen. Nach wie vor fehlt eine echte Zukunftsvision für die
41 Partei. Die Unzufriedenheit und schlechte Stimmung innerhalb der Mitglieder ist
42 spürbar, insbesondere beim Thema Transparenz und Einbeziehung. Als Jusos haben wir
43 uns aktiv inhaltlich beim Gallery-Walk eingebracht und unsere Punkte für einen
44 Neustart BayernSPD eingebracht.

45 **Unsere Perspektive auf die BayernSPD der Zukunft**

46 Doch wie geht es jetzt weiter? Wir wollen uns als Jusos Bayern weiterhin konstruktiv
47 in der BayernSPD einbringen. Wir wollen den Blick jedoch nach vorne richten. Wir
48 haben konkrete Ideen; sowohl inhaltlich als auch organisatorisch. Das haben wir mit
49 *Neustart BayernSPD* bereits im Herbst klargemacht.

50 Wir laden alle progressiven Kräfte innerhalb der BayernSPD ein, sich über eine
51 Perspektive für die BayernSPD auszutauschen und diese mit uns gemeinsam zu
52 beschreiben. Wir werden dafür auf die verschiedenen Gremien und Strukturen zugehen.
53 Das Ergebnis dieses Austausches werden wir als konkrete Perspektive auf dem kleinen
54 Landesparteitag der BayernSPD im Herbst einbringen.

55 Unsere zentralen Positionen leiten sich dabei aus unserer Kampagne *Neustart BayernSPD*
56 ab. Darüber hinaus sind wir davon überzeugt, dass die BayernSPD inhaltliche
57 Hausaufgaben zu machen hat. Die BayernSPD braucht einen Prozess für ein
58 Grundsatzprogramm und nicht nur für ihre Kampagnenfähigkeit.

59 Für uns ist klar, dass wir unter Zeitdruck stehen. Bereits jetzt wirft die
60 Bundestagswahl ihre Schatten voraus, die Kommunalwahlen müssen vorbereitet werden.
61 Für beides brauchen wir eine funktionale und eine geschlossene Partei. Diese
62 Geschlossenheit ist nicht Ergebnis einer Forderung nach Geschlossenheit, sondern
63 lässt sich nur durch gute politische Prozesse und Aushandlungen sowie eine echte
64 Einbindung der Mitglieder und Gremien herbeiführen. Dazu fordern wir die Spitze der
65 BayernSPD nach wie vor auf. Wir sind bereit für Dialog und unsere Tür steht allen
66 offen, die ein Interesse an einer echten Veränderung in der BayernSPD haben.

67 Wir bekräftigen unsere Position, dass die Auseinandersetzung mit der Zukunft der
68 Partei auch eine Debatte über personelle Veränderungen beinhaltet. Für uns Jusos gilt
69 aber: Zuerst die Inhalte, dann das Personal. Wir wollen zuerst eine Perspektive für
70 die Partei und werden dann diskutieren, ob die aktuelle Spitze in der Lage ist, diese
71 Perspektive auch umzusetzen.

Antrag J01: Wir Jusos Bayern – Selbstverortung der Jusos Bayern

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	angenommen
Sachgebiet:	P - Partei

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Adressat*innen: Juso Landeskonferenz
- 2 *Wir Jusos Bayern sind wie alle politischen Organisationen immer wieder aufgefordert,*
- 3 *unsere Strategien und handlungsleitenden Gedanken neu festzulegen. Unterschiedliche*
- 4 *Zeiten werfen unterschiedliche Fragen auf und bringen andere Herausforderungen mit*
- 5 *sich.*
- 6 *Mit dem vorliegenden Programm wollen wir deshalb eine erneuerte Selbstverortung*
- 7 *vornehmen. Es soll für uns und unsere Untergliederungen für die nächsten Jahre*
- 8 *handlungsweisend sein und sich damit beispielsweise auf unsere Arbeitsprogramme und*
- 9 *die konkreten Projekte, die wir umsetzen, auswirken.*
- 10 *Diesem Beschluss ist ein mehr als einjähriger Diskussionsprozess mit dem ganzen*
- 11 *Verband vorausgegangen. In allen Bezirken haben wir basierend auf 13 Thesen die*
- 12 *Inhalte dieses Programms vorbereitet und mit Mitgliedern der Basis diskutiert. Dabei*
- 13 *wird ein Programm, dessen Anspruch es ist, kurz und knapp zu sein, niemals alle*
- 14 *Fragen und Konflikte adressieren können. Wir wollen uns positionieren zu den Fragen,*
- 15 *die wir derzeit als kritisch wahrnehmen.*
- 16 Wir Jusos Bayern sind ein eigenständiger politischer Richtungsverband.
- 17 Wir Jusos Bayern stehen zur Vision des demokratischen Sozialismus als Wirtschafts-
- 18 und vor allem als Gesellschaftsform.
- 19 Wir Jusos Bayern stellen die Auseinandersetzung um materielle Fragen für eine von
- 20 allen gemeinsam erkämpfte Zukunft in den Fokus unserer Arbeit, unser Sozialismus ist
- 21 immer zuerst materialistisch. Materialismus bedeutet für uns, Fragen der Verteilung
- 22 von Macht und Ressourcen ins Zentrum zu stellen und politische Fragen zunächst immer
- 23 vor dem Hintergrund der Produktionsverhältnisse zu betrachten. Unser Ziel ist die
- 24 Überwindung des Kapitalismus als Basis für einen demokratischen Sozialismus der
- 25 Freien und Gleichen.
- 26 Wir erarbeiten und vertreten unsere Positionen in kritischer Solidarität zur
- 27 Sozialdemokratie in Bayern und Deutschland. Unsere Positionen leiten wir stets aus
- 28 unserer Utopie ab. Wir tragen sie in unseren Verband, in die SPD und nach außen.
- 29 Unser Ziel ist es, die Menschen im Dialog von unseren Ideen zu überzeugen und den
- 30 Diskurs in der Gesellschaft zu verschieben.
- 31 Wir Jusos Bayern sehen den Weg zum Sozialismus nicht geradlinig. Es wird immer Fort-
- 32 und Rückschritte geben. Es gibt nicht ein Patentrezept, sondern vielmehr

33 unterschiedliche Herangehensweisen, die alle für sich genommen nicht ausreichend
34 sind, sondern ineinandergreifen müssen, um gemeinsam Kraft zu entwickeln.

35 Wir Jusos Bayern ringen sowohl um unsere theoretische Grundlage und Analyse, als auch
36 um unsere langfristige Vision sowie tagesaktuelle und kurzfristige politische Ziele.

37 Wir Jusos Bayern sehen uns als Reformsozialist*innen. Wir glauben, dass Veränderungen
38 hin zu einer sozialistischen Gesellschaft durch parlamentarische Prozesse erkämpft
39 werden können und erkämpft werden müssen. Gleichzeitig ist uns bewusst, dass
40 Veränderungen auch in und durch die Gesellschaft notwendig sind. Die Gesellschaft hat
41 die Macht, politische Themen in den Fokus zu rücken und ihren Parlamentarier*innen
42 politische Schwerpunkte mitzugeben. Daraus leitet sich für uns die Doppelstrategie
43 ab.

44 Wir Jusos Bayern sehen den Staat sowohl als Mittel zur Durchsetzung unserer
45 politischen Ziele als auch in seiner aktuellen Form als stabilisierendes Element des
46 Kapitalismus. Das bedeutet, dass wir innerhalb des Staates Reformen erwirken wollen
47 und ihn gleichzeitig als Schutzmechanismus für kapitalistische Interessen kritisch
48 sehen. Dieser Dualismus ist seit vielen Jahren Bestandteil linker Theorie und
49 Bildungsarbeit, weshalb wir auf eine umfangreichere Ausführung hier verzichten. Diese
50 Staatskritik wird aber an dieser Stelle trotzdem erwähnt, weil sie die theoretische
51 Grundlage für unsere Doppelstrategie und damit zentral für die Debatte über die
52 Erreichung unserer gesellschaftlichen Vision ist.

53 Wir Jusos Bayern sehen unsere Aufgabe nicht nur in parlamentarischen Prozessen und
54 staatlichen Institutionen sowie daraus abgeleitet den Parteigremien, sondern auch auf
55 der Straße und im direkten Kontakt mit den Menschen.

56 Wir Jusos Bayern sind in beide Richtungen – trotz enger Zusammenarbeit und
57 Verbundenheit – eigenständig. Wir sind weder die „Werbeagentur“ der SPD in den
58 sozialen Bewegungen und auf der Straße noch die „Lobbyorganisation“ ebendieser
59 sozialen Bewegungen: unsere Aufgabe liegt nicht darin, Anliegen der Bewegungen zu
60 sammeln und in Anträge zu überführen. Vielmehr wollen wir Anknüpfungspunkte finden,
61 um andere in ihrer jeweiligen Lebensrealität und in ihrem politischen Engagement vom
62 demokratischen Sozialismus zu überzeugen.

63 **Wir Jusos Bayern und Linke Bewegungen**

64 Wir Jusos Bayern betrachten uns als entscheidender Antreiber politischer Bündnisse
65 links der Mitte und wollen diese Rolle wieder stärker wahrnehmen. Unser Engagement
66 erstreckt sich über verschiedene Themenfelder, entscheidend bleibt aber das Ziel des
67 demokratischen Sozialismus. Dabei spielen antifaschistische Werte eine zentrale Rolle
68 für uns. Wir wollen uns gemeinsam mit anderen - vordergründig mit unseren engen
69 Bündnispartner*innen - aktiv gegen jede Form von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und
70 rechter Gewalt einsetzen. Auch in anderen demokratischen Bündnissen beteiligen wir
71 uns, wenn wir dort neue Verbündete finden und für linke Positionen in der Breite der
72 Gesellschaft werben können.

73 Wir Jusos Bayern möchten damit auch etwas dagegen tun, dass wir uns möglicherweise in

74 Echo-Kammern bewegen, in denen unsere Ideen und Ansichten nur unter Gleichgesinnten
 75 verstärkt werden, anstatt sie durch weitere Perspektiven zu schärfen und zu
 76 verbessern. Deshalb ist es wichtig, eigene Multiplikator*innen zu haben, die unsere
 77 Botschaften durch verschiedene Kanäle und Plattformen über unsere bestehende
 78 Zielgruppe hinaus verbreiten. Auch als eigenständiger linker Richtungsverband sind
 79 wir der Überzeugung, dass es entscheidend ist, den politischen Diskurs *gemeinsam* zu
 80 verändern. Durch Zusammenarbeit und Solidarität können wir unsere Stimme stärken und
 81 wirkungsvoller für progressive Veränderungen eintreten.

82 Wir Jusos Bayern verfolgen in Bündnissen nicht das Ziel, ein größeres Stück vom
 83 linken Kuchen abzubekommen. Das oberste Ziel unserer Beteiligung in Bündnissen und
 84 unseres Engagements auf der Straße und in Bewegungen ist es, dazu beizutragen, dass
 85 der linke Kuchen größer wird. Wir wollen in der Gesellschaft – insbesondere bei
 86 jungen Menschen – Klassenbewusstsein schaffen. Die Leute müssen nicht sofort mit
 87 roten Fahnen durch die Straßen ziehen, aber erste Schritte sind auch Ausdrücke von
 88 Solidarität mit Streikenden oder ein Bewusstsein für gemeinsame Kämpfe um
 89 Klimagerechtigkeit und Verteilungsgerechtigkeit.

90 Wir Jusos Bayern erkennen an, dass die Willensbildung innerhalb linker Bewegungen und
 91 in unserem Verband ein dynamischer Prozess ist. Es ist wichtig, dass alle Mitglieder
 92 die Möglichkeit haben, ihre Meinungen und Ideen einzubringen und dass diese dann
 93 gemeinsam diskutiert und entschieden werden. Für die Beachtung der vielfältigen
 94 Perspektiven muss es unser Ziel sein, dass auch Mitglieder verschiedener linker und
 95 befreundeter Bewegungen sich an Debatten in unserem Verband beteiligen.

96

Wir Jusos Bayern und die Gewerkschaften

97 Wir Jusos Bayern sehen uns Teil der Arbeiter*innenbewegung und besonders der
 98 Arbeiter*innenjugend und haben deshalb eine historisch gewachsene Nähe zu den
 99 Gewerkschaften und besonders der Gewerkschaftsjugend.

100 Wir Jusos Bayern blicken auf Gewerkschaften in ihren unterschiedlichen Rollen. Wir
 101 unterscheiden sie in ihrer Rolle als Sozialpartner*in und in ihrer Rolle als
 102 Organisationsort der Interessen der Arbeiter*innen. Durch die Einbettung ersterer in
 103 die Zwänge des kapitalistischen Systems können sich die Arbeiter*innen nicht mehr
 104 darauf verlassen, dass sich durch Kompromisslösungen in der Tarifpartner*innenschaft,
 105 im Modus der Austragungsweise kapitalistischer Gegensätze, ihre Lebensverhältnisse
 106 verbessern. Gleichzeitig führt eine zunehmend individualisierte Gesellschaft zu einer
 107 Entpolitisierung der Arbeitsverhältnisse und bedingt damit schwindende Organisations-
 108 Grade und einen Mangel an Durchsetzungskraft.

109 Wir Jusos Bayern erkennen, dass sich die unterschiedlichen progressiven Akteur*innen
 110 in der Arbeiter*innenbewegung zukünftig wieder stärker aufeinander beziehen müssen,
 111 statt ihre Unterschiede vor sich her zu tragen. Da uns eine organisierte Basis in der
 112 Partei und in der Bevölkerung fehlt, orientieren wir uns an der Praxis sozialer
 113 Bewegungen, um für linke Politik zu mobilisieren und Arbeiter*innen zu organisieren.

114 Dabei spielen Gewerkschaften eine große Rolle, weil sie in den Betrieben vor Ort
 115 präsent sind und damit auch die Lebensrealität junger Arbeiter*innen gut kennen.

116 Wir Jusos Bayern erkennen an, dass ohne die Verankerung der arbeitenden Bevölkerung
 117 in der SPD der Druck von unten verschwindet, sozialdemokratische, sozialistische
 118 Politik zu machen und damit auch bei Wahlen erfolgreich zu sein. Gleichzeitig
 119 verlieren die Gewerkschaften an Mitgliedern. Durch politische Organisationshilfe
 120 werden diese und damit ihre Verhandlungsmacht wieder stärker. Die Sozialdemokratie
 121 verlor an Einfluss, als die Gewerkschaften schwächer wurden.

122 Wir Jusos Bayern sehen den Zusammenhang und die daraus resultierende notwendige
 123 Kooperation zwischen uns und den Gewerkschaftsjugenden bzw. der SPD und den
 124 Gewerkschaften. Starke Gewerkschaften und eine starke Linke sind die Grundlage dafür,
 125 dass die Sozialdemokratie wieder an Bedeutung gewinnt.

126 Wir Jusos Bayern unterstützen die Gewerkschaften nicht nur durch Aufrufe, Mitglied zu
 127 werden, und Selfies mit Mitgliedsausweisen sondern vor allem, indem wir die
 128 gesetzlichen Rahmenbedingungen in Richtung Demokratisierung aller Lebensbereiche
 129 ausdehnen wollen. Hierzu zählen wirtschaftsdemokratische Ziele genauso wie das
 130 politische Streikrecht.

131 **Wir Jusos Bayern und die SPD**

132 Wir Jusos Bayern sehen die Sozialdemokratie und damit vor allem die
 133 Sozialdemokratische Partei Deutschlands als Verbündete im Kampf für den Sozialismus.
 134 Dass unsere Utopie nicht in der Breite der SPD getragen wird, steht dazu nicht im
 135 Widerspruch: Innerhalb des Parteienspektrums ist die SPD für uns die beste Option, da
 136 sie unseren Standpunkten am nächsten kommt und am ehesten in dieselbe Richtung geht.
 137 Da wir als einen Teil der Doppelstrategie Veränderungen in parlamentarischen
 138 Prozessen anstreben, macht es Sinn, auf die SPD einzuwirken und sie durch
 139 solidarische Kritik und Initiativen immer wieder auf den richtigen Kurs zu führen.
 140 Wir erkennen an, dass die SPD stärker als wir Zwängen ausgesetzt sind, die es in
 141 vielen Punkten schwerer machen, an der Durchsetzung sozialistischer Ziele zu
 142 arbeiten.

143 Wir Jusos Bayern gewichten unsere Arbeit für den demokratischen Sozialismus höher als
 144 zur Wählbarkeit der SPD beizutragen, die vermeintlich durch Geschlossenheit der
 145 Partei und Zurückhaltung in der Radikalität unserer Forderungen entsteht.

146

147 **Wir Jusos Bayern in Verantwortung in Partei und Parlament**

148 Wir Jusos Bayern haben über viele Generationen hinweg den Marsch durch die
 149 Institutionen in Partei und Parlamenten als konkreten Weg zur Erreichung unserer
 150 Ziele gesehen. Daraus entstand in der Vergangenheit der heute vielfach genutzte
 151 Leitgedanke "Jusos in die SPD und Jusos in die Parlamente". Doch aktuell sehen wir,
 152 dass die pure Anwesenheit von Jusos in Vorständen und Fraktionen nicht mit einer

153 direkten Verbesserung der Regierungspolitik oder gesteigertem Einfluss für unsere
154 Positionen einhergeht. Das hat zwei Gründe: Einerseits unterliegen auch explizit
155 sozialistisch sozialisierte Abgeordnete und Gremienmitglieder den Zwängen des
156 Kapitalismus. Und zweitens fehlt uns eine gesamtverbandliche Strategie, wie wir
157 konkret mit denen umgehen, die aus unseren Reihen mehr Verantwortung übernehmen.

158 Wir Jusos Bayern beobachten, dass der starke Fokus auf die Verantwortungsübernahme
159 von Jusos in Partei und Fraktionen auch eine Schwächung des Verbandes insbesondere
160 auf Bundesebene zur Folge hatte. Deshalb kann diese Strategie immer nur eine neben
161 anderen sein und die Ressourcen, die wir insbesondere in der Breite des Verbandes auf
162 die Verantwortungsübernahme aufwenden, müssen sehr kritisch abgewogen werden. Wir
163 wollen unsere Bildungsarbeit und unsere Utopiefähigkeit sowie unsere
164 Grundsätzlichkeit behalten und diese nicht durch den parlamentarischen Betrieb und
165 Sachzwänge verlieren, außerdem sind wir nicht die Mandatsträger*innenschmiede der
166 SPD. Dennoch sehen wir Potential in progressiven Kandidaturen und Mandaten. Diese
167 dienen als Projektionsfläche, schaffen Aufmerksamkeit für unsere Inhalte nach außen
168 und erlangen Ressourcen und Zugänge für die Bewegung. Deshalb werden wir auch
169 weiterhin Jusos und generell überzeugte linke Personen unterstützen, die für Mandate
170 kandidieren.

171 Wir Jusos Bayern wollen auf allen Ebenen, von der Kommune bis nach Europa, am
172 demokratischen Sozialismus arbeiten. Auch die Kommunalpolitik bietet Potential für
173 jungsozialistische Perspektiven. Deshalb wollen wir potentielle Kandidat*innen
174 empowern, aber sie auch gleichzeitig weiterbilden und vernetzen, um das meiste aus
175 der Kommunalpolitik rauszuholen.

176 Wir Jusos Bayern sind uns bewusst, dass die Jusos, die im Bundestag oder in den
177 Landtagen sitzen, Teil der SPD-Fraktionen sind und den damit einhergehenden Zwängen
178 unterliegen. Dem freien Mandat des*r Abgeordneten steht die Fraktionsdisziplin
179 entgegen, ohne die keine Koalitionsregierung bestehen kann und die oft zum
180 Fraktionszwang werden kann. Dennoch besitzen Abgeordnete die Möglichkeit, auf
181 Debatten Einfluss zu nehmen und haben Zugang zu Ressourcen und Diskussionsräumen
182 innerhalb der Partei.

183 Wir Jusos Bayern unterstützen diejenigen von uns – auch über die Grenzen der Jusos
184 hinaus – die Verantwortung übernehmen. Wir melden ihnen – auch regelmäßig und
185 institutionalisiert – Perspektiven aus dem Verband zurück. Wir halten ihnen auch an
186 der Stelle in der Partei den Rücken frei, wo sie sich im Sinne unserer Grundwerte
187 organisieren und die Meinungsbildung in den Fraktionen und Vorständen auch gegen den
188 Mainstream dort beeinflussen. Wir fordern sie dazu auf, diese Debattenräume zu
189 nutzen. Es kann an einzelnen Punkten, die unseren Grundwerten fundamental
190 entgegenstehen, auch sinnvoll sein, Abstimmungen der Fraktion nicht mitzutragen.
191 Damit wir sie unterstützen können, müssen wir aber frühzeitig in Vorhaben und
192 Debatten einbezogen werden.

193 Wir Jusos Bayern wollen, dass diejenigen, die von ihrem Engagement bei den Jusos und
194 von der Unterstützung durch die Jusos auf ihrem Weg zu Amt oder Mandat profitiert
195 haben sich gegenüber den Jusos erkenntlich zeigen und die gewonnen Ressourcen für die

196 Unterstützung der Juso-Arbeit nutzen.

197 Wir Jusos Bayern erwarten von Jusos, die Mitarbeiter*innen von Abgeordneten oder
 198 Partei sind, Transparenz und damit einhergehend die eigene kritische Reflexion der
 199 verschiedenen Rollen. Das schließt mit ein, sich darüber bewusst zu sein, dass damit
 200 ein erweiterter Informationszugang einhergeht, Abhängigkeiten entstehen, und
 201 gleichzeitig der konkrete Parlamentsbetrieb dazu führen kann, dass die eigenen
 202 Einstellungen weniger grundsätzlich sozialistisch sind. Arbeitsverhältnisse dürfen
 203 keine Auswirkung darauf haben, weiterhin kritisch-solidarisch mit der Partei
 204 umzugehen.

205 Wir Jusos Bayern halten ein Juso-Amt für nicht mit einem hauptamtlichen Mandat
 206 vereinbar. Das gilt für alle Ebenen.

207 **Wir Jusos Bayern im Verhältnis zu Materialismus und** 208 **Identität**

209 Wir Jusos Bayern sehen uns als Teil der feministischen und antifaschistischen
 210 Bewegung. Wir kämpfen für die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen und stellen
 211 uns damit gegen Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, der sexuellen Identität,
 212 der Religion sowie rassistischer Diskriminierung.

213 Wir wollen den Unterdrückten und Diskriminierten eine Stimme geben und einen
 214 möglichst diskriminierungsfreien Verband für alle schaffen, um die Ungleichheit und
 215 Diskriminierung in unserer Gesellschaft sichtbar zu machen. Als Jusos Bayern legen
 216 wir dabei einen Fokus auf den Zusammenhang zwischen Produktions- und
 217 Besitzverhältnissen und Ausbeutung sowie zwischen Diskriminierung und strukturellen
 218 und systemischen Ursachen. Unser Ziel ist eine Solidarisierung verschiedener
 219 unterdrückter gesellschaftlicher Gruppen.

220

221 Wir Jusos Bayern stehen damit unverrückbar allen rechten und rechtsradikalen und
 222 faschistischen Kräften entgegen, die einzelne Individuen aufgrund einer
 223 vermeintlichen Nicht-Zugehörigkeit zu einer normativen Gruppe aus unserer
 224 solidarischen Gesellschaft ausschließen wollen. Das betrifft uns alle. Sie müssen mit
 225 unserem erbitterten Widerstand rechnen.

226 Diskriminierung und ökonomische Ausbeutung hängen eng zusammen. Historisch betrachtet
 227 entstand moderner Rassismus im Zusammenhang der Kolonialisierung, um sich die
 228 Naturgüter und die Arbeitskraft der Menschen in den kolonialisierten Gebieten
 229 aneignen zu können. Das Patriarchat resultiert historisch aus der Sesshaftigkeit der
 230 Menschen, die zu einer veränderten Rolle der Frau aufgrund der körperlichen
 231 Reproduktion geführt hat. Der Kapitalismus hat Diskriminierung also nicht erfunden,
 232 jedoch verfestigt er heute zum Erhalt von Macht und der Möglichkeit von Ausbeutung
 233 die bestehenden Diskriminierungsformen. Nicht alle Diskriminierungen - gerade im
 234 zwischenmenschlichen Miteinander - beinhalten zwangsläufig immer diese materielle
 235 Dimension. Wer wie wir Diskriminierung aber auf einer gesellschaftlichen Ebene
 236 bekämpfen will, kommt analytisch um den Zusammenhang mit dem Kapitalismus nicht

237 herum. Die Abschaffung des Kapitalismus löst nicht automatisch alle
238 Diskriminierungsfragen, Diskriminierungsfragen lassen sich aber auch nicht ohne die
239 Abschaffung des Kapitalismus lösen.

240 Wir Jusos Bayern beobachten eine zunehmende Individualisierung der Gesellschaft. Nach
241 langwierigen emanzipatorischen Kämpfen erhalten Menschen mit unterschiedlichen
242 Identitätsmerkmalen endlich wachsende Anerkennung. Dies hat zur Folge, dass zum einen
243 Identitätsfragen einen wachsenden Raum im politischen Kurs einnehmen. Zum anderen
244 werden politische Positionen zunehmend aus persönlicher Betroffenheit heraus bezogen
245 und verargumentiert. Das Kollektiv als handelndes Subjekt rückt damit zunehmend in
246 den Hintergrund und spaltet sich auf.

247 Wir Jusos Bayern sehen in diesem Zuge das große Potential, dass Zugehörigkeit zu der
248 Gruppe von Menschen, die auf ihre Arbeit angewiesen sind, um den Lebensunterhalt zu
249 bestreiten, ebenfalls Identität schaffen kann – beziehungsweise vielmehr wieder
250 schaffen muss. Es ist zu sehr in den Hintergrund gerückt, dass es der Kapitalismus
251 ist, der versucht uns zu spalten: Menschen werden aufgrund von Geschlecht, Herkunft
252 oder ihrem Nachnamen gezielt abgewertet, um sie zu unterdrücken und ökonomisch
253 ausbeutbar zu machen. Diese Gemeinsamkeit, allein im Besitz der eigenen Arbeitskraft
254 zu sein – welche mehr oder weniger ausgebeutet wird – werden wir Jusos Bayern wieder
255 vermehrt ins Zentrum identitärer Fragestellungen rücken, um so das Kollektiv wieder
256 zu stärken und handlungsfähiger zu machen. Aus diesem Grund werden wir in unserer
257 (Bildungs-) Arbeit die materialistische Dimension von Identitätsfragen verdeutlichen
258 und betonen, wie der Zusammenhang zum kapitalistischen System ist, also wie der
259 Kapitalismus durch Individualisierung entlang von Identitätsmerkmalen die Menschen
260 spaltet und eine Verbesserung ihrer Lebenssituation verhindert. Den Menschen, die mit
261 individuellen Erfahrungen zu uns kommen, wollen wir durch kapitalismuskritische
262 Bildungsarbeit Analysewerkzeuge an die Hand geben, um strukturelle Bedingungen zu
263 kritisieren.

264 Wir Jusos Bayern werden gleichzeitig aber auch weiterhin engagiert Lösungen und
265 Forderungen für die Emanzipation verschiedener Identität erarbeiten und erkämpfen.
266 Dies ist für uns nicht nur eine Frage von Solidarität, sondern essentieller
267 Bestandteil, um im materiellen Kollektiv überhaupt aktiv werden zu können: Alle
268 Menschen müssen sich sicher und frei im politischen Diskurs äußern und einbringen
269 können. Das ist im aktuellen System und den damit verbundenen gesellschaftlichen
270 Rahmenbedingungen nicht für alle Individuen möglich – und muss zuerst innerhalb
271 unseres Verbands und unserer Partei gewährleistet werden. In letzter Konsequenz ist
272 unser Ziel, den demokratischen Sozialismus der Freien und Gleichen zu schaffen, nicht
273 allein durch materielle Freiheit und Gleichheit erreicht. Wir müssen auch
274 sicherstellen, dass auf dem Weg dahin alle Formen von Hass und Unterdrückung, die
275 durch den Kapitalismus und das Patriarchat aus Eigennutzen hervorgebracht und
276 verfestigt werden, beseitigt werden: Jede*r muss auch frei in ihrer*seiner Identität
277 sein. Für unsere (Bildungs)Arbeit bedeutet dies, dass Wir Jusos Bayern unseren Kampf
278 für Feminismus, Antirassismus und gegen andere Formen der Unterdrückung fortführen,
279 Identität aber stets auch im systematischen Kontext des Kapitalismus betrachten
280 werden.

281 Wir Jusos Bayern kämpfen dementsprechend als Kollektiv für die Anerkennung
282 unterschiedlicher Lebensrealitäten. Dabei wissen wir, dass wir Menschen überzeugen
283 und mitnehmen müssen. Das bedeutet Anstrengungen und viel Aufklärungsarbeit, um alle
284 in ihrer jeweiligen Lebensrealität von unserer Vision der Freien und Gleichen zu
285 überzeugen. Diese Arbeit leisten wir alle gemeinsam und überlassen sie nicht denen,
286 denen sie aufgrund ihrer Identität zugeschrieben wird.

Antrag K02: Stabil Links gegen Rechts!

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	angenommen
Sachgebiet:	K - Kampf gegen Rechts

Die Versammlung möge beschließen:

1 Stabil links gegen Rechts

2 Die Landtagswahlen in Bayern und Hessen im Oktober 2023 haben gezeigt, dass rechtes
3 Gedankengut nie weg war und sich jetzt wieder in großen Teilen der Gesellschaft
4 verankert hat. Die Folge ist eine sich immer weiter verändernde politische Landschaft
5 in allen Teilen des Landes. Die "AfD", eine rechtsradikale, rassistische und
6 faschistische Partei, hat es in den letzten Jahren geschafft, die Themen großer
7 gesellschaftlicher Debatten zu bestimmen und den Fokus besonders auf die Themen
8 Migration und Flucht zu lenken. Dabei hat sich auch der Ton in der Debatten extrem
9 verschärft: Dinge, die vor wenigen Jahren noch als „unsagbar“ und abscheulich
10 gegolten haben und einen breiten gesellschaftlichen Aufschrei zur Folge hatten,
11 werden mittlerweile stumm zur Kenntnis genommen oder erhalten sogar noch Zustimmung.

12 Der radikalen Rechten gelingt, woran linke Bewegungen seit Jahrzehnten scheitern: von
13 "Querdenken" und Reichsbürgern über Identitäre Bewegung und völkische Nationalisten
14 bis hin zu Republikfeinden mit Umsturzplänen findet internationale Vernetzung statt.
15 Dieser Austausch wird immer strukturierter und organisierter. Der viel beschriebene
16 Rechtsruck ist längst vollzogen. Parteien der politischen Linken folgen verstärkt dem
17 Trend hin zu protektionistischem Nationalismus, anstatt diesem eine
18 internationalistische Perspektive entgegenzusetzen. Auch jenseits der linksliberalen
19 Parteien vollzieht sich in neuen Gruppierungen ein deutlicher Rechtsschwenk.
20 Vermeintlich linke Wirtschaftspolitik gepaart mit nationalistischer und konservativer
21 Gesellschaftspolitik ergibt jedoch kein sozialistisches Programm für die arbeitende
22 Klasse.

23 Auch in unserer eigenen Partei bemerken wir zunehmend, dass rechte Narrative um sich
24 greifen. Gerade aus Angst vor dem Erfolg der "AfD" wird teilweise der Kurs der
25 dänischen Sozialdemokratie gefordert, die eine harte Migrationspolitik mit einer
26 sozialen Wirtschaftspolitik zu verknüpfen versucht. Auf diese Weise werden
27 migrationsfeindliche und strukturell rassistische Positionen vertreten, um
28 vermeintlich Wähler*innen (zurück) zu gewinnen. Dem müssen wir uns deutlich und
29 inhaltlich begründet entgegenstellen.

30 Denn die Umfragen und die Wahlen der letzten Monate haben eindeutig gezeigt, dass die
31 Übernahme von rechtem Sprech und der Fokus auf die vermeintlich relevanten Themen der
32 „AfD“ nur zur zusätzlichen Polarisierung der Gesellschaft führt und nur rechte und
33 rechtsradikale Parteien stärkt - allen voran die „AfD“.

34 Große Demonstrationen gegen rechts, wie nach der Correctiv-Recherche zu
35 Deportationsplänen von "AfD"- und CDU-Politiker*innen Anfang des Jahres,
36 verdeutlichen immer wieder die gesellschaftliche Anschlussfähigkeit
37 antifaschistischer Positionen. Anspruch dieser Demos ist jedoch keine langfristige
38 politische Organisationsarbeit. Hier liegt unsere Aufgabe als sozialistischer
39 Jugendverband. Wir müssen spontanes Engagement in langfristige politische
40 Organisation umwandeln. Nur langfristig angelegte sozialistisch-politische
41 Organisation schafft eine dauerhafte Verankerung antifaschistischer Einstellungen in
42 der Gesellschaft.

43 Eine gesellschaftliche Debatte um ein "AfD"-Verbot entfachte. Für uns ist klar: Egal
44 ob die "AfD" verboten wird oder nicht, Rechtsradikalismus ist viel mehr als die
45 "AfD". Rechtsradikale Positionen oder gar Strukturen begegnen uns in allen Bereichen
46 des Lebens: Aussagen in der Schule, auf der Arbeit, im Verein oder am Stammtisch,
47 rechtsradikale Akteure in der Wirtschaft und Politik sowie Strukturen und Netzwerke
48 in unseren Behörden. Wir brauchen neue Strategien im Umgang mit dem aktuellen
49 Rechtsruck, vor allem im Hinblick auf die "AfD". Es bedarf eines stärkeren Aktivismus
50 auf der Straße, den Fokus auf materielle Forderungen und Verteilungskämpfe für die
51 arbeitende Klasse und die Unterstützung von strukturschwachen Regionen im Kampf gegen
52 Rechts. In einer Zeit eines umsichgreifenden Rechtsrucks als größte Gefahr für unsere
53 Demokratie, muss unser Fokus konsequent auf der Bekämpfung rechtsradikaler Parteien
54 unserer Strukturen, die Organisation der arbeitenden Klasse und die Demokratisierung
55 unserer Gesellschaft fokussieren.

56 Alle zusammen gegen den Faschismus!

57 **Alle zusammen gegen den Faschismus**

58 Für uns ist Antifaschismus ein gelebter Grundwert. Unsere Gesellschaft ist eine
59 offene und tolerante. Rassismus, Sexismus, Antisemitismus und Diskriminierung alle
60 Art lehnen wir entschieden ab. Für uns gilt immer noch die Devise: Nie wieder
61 Faschismus! Wir haben die Geschichte nicht vergessen! Mit uns wird es keinen Schritt
62 weiter nach rechts geben! Wir bekämpfen Rechtsradikalismus mit aller Kraft – auf
63 allen Ebenen!

64 Als sozialistischer Jugendverband steht im Mittelpunkt unserer Analyse, dass der
65 Kapitalismus bereit ist, dem Faschismus billigend den Weg zu bereiten. Die Antwort
66 auf den Rechtsruck muss also eine systemische sein und die kapitalistische
67 Organisation unserer Gesellschaft überwinden.

68 Der Kapitalismus fördert die Konkurrenz in der Gesellschaft und ist damit eine
69 Grundlage für die Ausgrenzung und Abwertung anderer Menschen, um die eigene
70 ökonomische Position zu sichern oder auszubauen. Die Überwindung des Kapitalismus
71 führt nicht automatisch zur Überwindung des Rechtsrucks aber wer den Rechtsruck
72 verhindern will, muss den Kapitalismus als Mitursache zentral in den Blick nehmen.

73 **Mit der SPD stabil gegen rechts!**

74 Mit einer erstarkenden "AfD", die in Umfragen zeitweise mit über 22% auf dem zweiten

75 Platz liegt, müssen wir uns wappnen. Auch bei jungen Menschen gewinnt die
 76 Rechtsaußen-Partei an Zustimmung. Keine andere Partei ist so eng mit dem
 77 Antifaschismus verbunden wie die SPD. Die aktuelle Performance der SPD-geführten
 78 Bundesregierung reicht aber nicht aus und lässt nicht erkennen, dass die
 79 Sozialdemokratie alles dafür tut, sich dem Rechtsruck entschieden entgegenzustellen –
 80 in vielen Fällen trägt sie zur Diskursverschiebung nach Rechts bei und setzt selbst
 81 sogar Politik um, die von den Rechten gefordert wird.

82 Klar: Immer wieder stellt sich - auch die SPD - gegen Rechtsaußen durch Redebeiträge
 83 im Bundestag, durch Social-Media-Posts, Interviews oder Ähnliches. Doch es fehlt an
 84 dem antifaschistischen Aktivismus. Den Kampf auf die Straße zu bringen, staatliche
 85 Präventionsmaßnahmen, Projekte zum Erhalt unserer Demokratie; all das fehlt. Wir
 86 Jusos verstehen unsere Mutterpartei als eine, die gerade jetzt ihrer großen
 87 antifaschistischen Geschichte wieder gerecht werden muss.

88 Denn Menschen im gesamten Bundesgebiet leiden direkt unter Rechtsradikalismus -
 89 häufig unmittelbar durch so motivierte Gewalt. Gerade mit einem sozialdemokratischen
 90 Bundeskanzler Olaf Scholz brauchen wir jetzt eine Bundesregierung, die sich ihrer
 91 Verantwortung im Bezug auf diese Gefahr bewusst ist. Wir brauchen eine
 92 sozialdemokratisch geführte Bundesregierung, die die Demokratie ihrer Republik, ihre
 93 freiheitlich demokratische Grundordnung, aber auch jeden einzelnen Menschen, der*die
 94 unter Diskriminierung leidet, verteidigt!

95 Wir fordern:

- 96 • Der SPD Parteivorstands soll eine antifaschistische Kampagne entwickeln, um den
 97 Populismus der Rechten zu entzaubern. Diese Kampagne soll aufgebaut sein durch
 98 klare Positionen gegen Rechts, die Richtigstellung von Halb-& Falschwahrheiten
 99 über politische Themen, Aktionen gegen Rechts, sowie Argumentationshilfen gegen
 100 "Stammtischparolen". All dies soll anschließend jeder Gliederung zugänglich
 101 gemacht werden, um antifaschistische Genoss*innen im gesamten Bundesgebiet
 102 auszubilden.
- 103 • Die SPD muss sich ganz klar gegen rechte Rhetorik wehren. Rechte Erzählungen zu
 104 übernehmen oder gar rechte Forderungen umzusetzen ist für uns eine absolute Rote
 105 Linie, die nicht mehr überschritten werden darf!

106 **Konservative haben eine besondere Verantwortung - Die Brandmauer**

107 Manche Politiker*innen – gerade aus dem konservativen und liberalen Spektrum – blasen
 108 immer wieder erneut in das Horn rechter Faschist*innen. Durch rechtspopulistische
 109 Aussagen über die Zahnarztbesuche von Geflüchteten, Angstmacherei über eine
 110 sogenannte „Masseneinwanderung illegaler Flüchtlinge“ – die es rein faktisch nicht
 111 einmal gibt -, Polarisierung über „Wokeness“ und „Genderwahn“ oder weiterer Hetze
 112 werden Alltagsrassismus und Hass gegen marginalisierte Gruppen befeuert. Wozu? Um
 113 ihre politische Macht zu erhalten und Wahlen zu gewinnen.

114 Bei ihrem Populismus ist auch die betroffene Gruppe immer die selbe: die "Schwachen"
 115 und die, die sowieso wenig haben. Gerade im Bereich Asyl und Migration können wir

116 dieses Phänomen seit Jahren beobachten. Dabei werden Schutzsuchende oft als
117 Sündenböcke hergenommen für politisches Versagen in anderen Themenbereichen. So wird
118 proklamiert, dass die seit Jahren bestehende Wohnungsnot durch Abschiebungen gelöst
119 würde. Oder dass „die Deutschen“ mehr Geld für „die Deutschen“ – gemeint sind Renten,
120 Sanierungen für Schwimmbäder, Schulen und weitere sozialstaatlichen Ausgaben und
121 ähnliche Investitionen – haben würden.

122 Durch Abschiebedebatten oder das ständige gegeneinander Ausspielen von Schwächeren
123 werden Probleme nicht gelöst, es werden aber neue geschaffen! Ein großes Problem, das
124 dabei entsteht, ist das Erstarken des Faschismus. Wer faschistische Parolen
125 wiedergibt und das gleiche Spiel der Faschist*innen spielt, hilft am Ende nicht sich
126 selbst, sondern bleibt das billige Imitat, denn: Hier wird immer das Original
127 gewählt!

128 Die von Konservativen oft bemühte Hufeisentheorie lehnen wir strikt ab.
129 Rechtsradikalismus darf nicht verharmlost werden!

130 Rechte und Konservative betreiben ebenso auf gleiche Weise Hetzre, welche
131 beispielsweise Bürgergeld Empfänger*innen als „faule Arbeitslose“ diffamieren und so
132 den Blickwinkel auf die Schwächsten der Gesellschaft lenken und nach unten treten. So
133 werden vermeintliche Verteilungskämpfe zwischen niedrigen Einkommen und Geflüchteten
134 aufgemacht, anstatt die Vermögen der obersten 10% in den Fokus von Verteilungskämpfen
135 zu nehmen.

136 Der für marginalisierte Gruppen erreichte gesellschaftliche Fortschritt wie die Ehe
137 für Alle oder der Kampf für das Selbstbestimmungsgesetz wird von rechts
138 instrumentalisiert, um den Menschen das Gefühl zu geben, dass nur die Anderen von
139 diesem Fortschritt profitieren würden. Es wird suggeriert, dass ihnen Veränderungen
140 ihrer Lebensweise aufgezwungen würde und dass marginalisierte Gruppen politische
141 Aufmerksamkeit von ihren berechtigten Anliegen wegnehmen. Diese manipulative
142 Darstellung des Themas als Gegensatz zu Verteilungspolitik schürt Hass und führt zum
143 Beispiel zu querefeindlichen Übergriffen.

144 Eine antifaschistische Gesellschaft ist auch auf die Mitwirkung konservativer Kräfte
145 angewiesen. Die Brandmauer gegen Rechts muss stehen, es darf keine Zusammenarbeit mit
146 der "AfD", auch nicht durch die Union, geben. Jegliche Kooperation mit der "AfD"
147 überschreitet eine rote Linie. Wir müssen deshalb die konservativen Kräfte in
148 Deutschland in die Verantwortung nehmen und dürfen Annäherungsversuche nicht
149 zulassen. Die Konservativen in Deutschland haben eine historische Verantwortung, den
150 Faschisten die Macht nicht nochmal zu übergeben. Konservative Parteien haben darüber
151 hinaus die Verantwortung, ihre Wähler*innenklientel an sich zu binden und sie nicht
152 an rechtsradikale Parteien zu verlieren.

153 Genauso wie wir es von unserer eigenen Partei erwarten, fordern wir von unseren
154 demokratischen Mitstreiter*innen:

- 155 • Verzichtet auf das Verbreiten von Fakenews und distanziert euch von Fakenews
156 anderer Politiker*innen
- 157 • Übernehmt keine rechte und populistische Rhetorik.

- 158 • Lasst rechte Märchen zu “Genderwahn”, “Wokeness” und “linker Cancelculture” in
159 der Schublade.
- 160 • Erkennt an, dass sich die “AfD” nicht rechts überholen lässt.
- 161 • Arbeitet in keinsten Weise mit der “AfD” zusammen. Das schließt ein, keine
162 Anträge einzubringen und zu stellen, die nur durch die Stimmen der “AfD” eine
163 Mehrheit erhalten.

164 **Auf die Straße, an die Stammtische und in die Bierzelte**

165 Als überzeugte Antifaschist*innen müssen wir vernetzt mit anderen Organisationen und
166 in breiten Bündnissen bei Gegenprotesten und Demonstrationen auf der Straße als Teil
167 der linken Bewegung präsent sein. Wir setzen uns ein für eine wehrhafte
168 Zivilgesellschaft, die Kundgebungen oder Aufmärsche rechtsradikaler Parteien und
169 Organisationen, wie “AfD”, III. Weg, Identitäre Bewegung oder rechte
170 Burschenschaften, keinen Raum mehr gibt und in der rechtsradikales Gedankengut wieder
171 unsagbar wird. Auch Flyer- oder Banneraktionen, thematische Veranstaltungen oder
172 andere aktivistische Aktionen müssen verstärkt durchgeführt werden.

173 Um einen wirksamen Aktivismus zu etablieren, bedarf es auch einer Zusammenarbeit mit
174 unseren Juso-Genoss*innen aus anderen Landesverbänden im Kampf gegen Rechts.
175 Insbesondere mit den ostdeutschen Landesverbänden, welche aktuell den schwersten
176 Kampf gegen Rechtsradikalismus führen, muss ein regelmäßiger Austausch und die
177 gegenseitige Unterstützung bei Demonstrationen und Gegenprotesten stattfinden.

178 Für uns ist auch klar, dass Antifaschismus überall im Alltag gelebt werden muss. In
179 den meisten Regionen Bayerns sind die Jusos mit den Gewerkschaftsjugenden die
180 einzigen linken Verbände. Es liegt also genau an uns, linken Positionen Raum zu
181 verschaffen und einen Gegendiskurs zu etablieren. Unser Antifaschismus baut darauf
182 auf, dass er sozialistisch ist. Wir müssen unsere Positionen wieder im Sportverein,
183 am Stammtisch und im Bierzelt vertreten. Dort sind die Menschen, für die wir Politik
184 machen. Nur dort können wir unsere Positionen wieder mehrheitsfähig machen und dafür
185 sorgen, dass sozialistische Politik populär wird.

186 Wir wollen selbst:

- 187 • Wieder aktiver Teil des antifaschistischen Aktivismus und einer breiten, linken
188 Bewegung sein.
- 189 • Wieder vermehrt an Orten vertreten sein, an denen Menschen unsere Positionen
190 noch nicht teilen.

191 **Nazi raus ruft es sich leichter da, wo es keine Nazis gibt – ländlichen 192 Raum unterstützen!**

193 Wahl- und Umfrageergebnisse rechter Parteien unterscheiden sich deutlich zwischen
194 urbanen und ländlichen Räumen. Die ländlichen Gebiete, welche den größten Teil der
195 Bevölkerung stellen und mehrheitlich konservativ bis rechts wählen, müssen eine
196 größere Aufmerksamkeit sowie die solidarische Unterstützung durch uns erhalten.

197 Mobilisierung für Proteste gegen rechts, das Werben um Zustimmung zu einer offenen,
 198 migrationsfreundlichen Gesellschaft oder das Verbreiten unserer sozialistischen Ideen
 199 stellen für uns in strukturschwachen und ländlichen Gebieten eine große
 200 Herausforderung dar. Wir wollen daher verstärkt mit unseren Genoss*innen in den
 201 ländlichen Gebieten zusammenarbeiten, sie bei Veranstaltungen oder Gegenprotesten
 202 unterstützen und so eine größere Organisation von linken Kräften auf dem Land
 203 erreichen.

204 Wir fordern:

- 205 • Der Kampf gegen rechts im ländlichen Raum soll strukturell unterstützt werden.
- 206 • Genoss*innen, die sich Rechten auf Podien entgegenstellen, sollen gezielte
 207 Schulungen dafür erhalten.
- 208 • Staatliche Schutzkonzepte und entschiedenes Vorgehen gegen Bedrohungen von
 209 politisch aktiven Menschen vor Ort.
- 210 • Finanzielle und strukturelle Förderung von Projekten gegen rechts im ländlichen
 211 Raum.

212 **Unser Umgang mit der rechtsradikalen "AfD"**

213 Die sich verändernden Kräfteverhältnissen in den Parlamenten und Stimmkreisen zwingen
 214 uns zu neuen Umgangsformen mit rechten Positionen. Insbesondere in ländlichen
 215 Stimmkreisen, in denen teilweise CSU, Freie Wähler und die "AfD" über 80% der Stimmen
 216 gewinnen konnten und rund 20 % rechtsradikal gewählt haben, ist eine Diskussion ohne
 217 konservative bis rechtsradikale Positionen kaum mehr möglich. Um die Menschen vor Ort
 218 nicht endgültig zu verlieren und mittelfristig wieder von unseren Ideen überzeugen zu
 219 können, ist es notwendig, auch mit unangenehmen Positionen umzugehen und durch aktive
 220 Diskussionen den Diskurs auf unsere Themen zu lenken. Wir streben an, dass alle
 221 Personen, die unter diesen Umständen auf einem gemeinsamen Podium mit der „AfD“
 222 diskutieren, insbesondere Kandidierende um politische Ämter und Mandate, eine
 223 Rhetorik-Schulung absolvieren, die radikal rechte und verschwörungstheoretische
 224 Gegenstrategien behandelt.

225 Auch der politische Umgang mit der rechtsradikalen "AfD" muss aufgrund des massiven
 226 Zugewinns an Wählerstimmen bei der Landtagswahl in Bayern - und der generell
 227 wachsenden Zustimmung - angepasst werden. Klar ist weiterhin, dass es keine
 228 Zusammenarbeit jeglicher Art auf keiner Ebene geben darf. Im inhaltlichen Diskurs
 229 lehnen wir eine Übernahme rechtsradikaler Forderungen weiter konsequent ab, nutzen
 230 unsere Reichweite für die Verbreitung eigener Positionen und nicht, um uns an der AfD
 231 abzarbeiten. Den Fokus einzig und allein darauf zu legen, dass es sich bei der "AfD"
 232 um eine rechtsradikale Partei handelt und die Hoffnung, dadurch Menschen vor einer
 233 Wahl dieser Partei abschrecken, ist gescheitert. Das Ziel muss daher eine
 234 lösungsorientierte Politik gepaart mit einer inhaltlichen Kritik an "AfD"-Forderungen
 235 sein.

236 Politische Veranstaltungen und Podiumsdiskussionen müssen wir gezielt für unsere

237 politischen Positionen nutzen und dürfen sie nicht den rechten Parteien überlassen.
 238 Lange war es unsere Strategie, mit der "AfD" nicht auf Podien zu gehen, um einer
 239 Normalisierung der "AfD" entgegenzuwirken. Heute müssen wir anerkennen, dass die
 240 "AfD" längst normalisiert ist. Wir wollen diese Normalisierung zurückdrängen und
 241 weiterhin wo immer es möglich ist darauf drängen, dass keine rechtsradikalen Parteien
 242 zu Podien eingeladen werden und keine prominente Aufmerksamkeit bekommen. Um jedoch
 243 nicht mit der rechtsradikalen "AfD" gemeinsam auf einem Podium zu sitzen, ist eine
 244 proaktive Organisation solcher Veranstaltungen mit allen Parteien notwendig, die sich
 245 auf einen demokratischen Grundkonsens verpflichten. Der Fokus der Diskussion muss
 246 gezielt auf politische Problemlösung und eigene inhaltliche Forderungen gelegt
 247 werden, um die Menschen zu überzeugen.

248 Sowohl auf diesen Veranstaltungen als auch an Infoständen rechtsradikaler Parteien
 249 müssen wir präsent sein und unsere Grundüberzeugungen- und werte entgegenhalten. Wir
 250 lassen es nicht zu, dass rechtsradikale Propaganda in Dörfern und Kleinstädten
 251 unwidersprochen bleibt. Ziviler Ungehorsam und kämpferische Aktionen müssen zu
 252 unseren Aktionsfeldern gehören. Antifa bleibt Handarbeit!

253 Eine Akzeptanz von rassistischen und faschistischen Parolen ist trotz des Erfolgs der
 254 "AfD" nicht verhandelbar und muss eine klare Distanzierung zur Folge haben. Wir
 255 müssen die Position stärken, dass es kein Recht auf rechte Propaganda gibt und dass
 256 wir uns rechte Parolen nicht anhören müssen, nur weil die "AfD" eine ins Parlament
 257 gewählte Partei ist.

258 Wir fordern:

- 259 • Es darf auf keiner Ebene eine Zusammenarbeit mit der "AfD" geben.
- 260 • Wir nutzen unsere Reichweiten auf allen Kanälen für die Verbreitung unserer
 261 Positionen und versuchen unserer Reichweite weiter auszubauen
- 262 • Wir verhindern politische Veranstaltungen von und mit der "AfD" möglichst im
 263 Vorfeld, setzen uns dafür ein, dass Gasthäuser und Hotels Rechtsradikalen keinen
 264 Raum mehr bieten und organisieren Gegendemos, falls dieses Vorgehen keine
 265 Wirkung zeigt.
- 266 • Wir ermöglichen demokratische Diskussionen, also Diskussionen ohne die "AfD"
- 266 • Wir distanzieren uns konstant von rassistischen und faschistischen Positionen.

267

268 **Linke Antworten sind die Lösung**

269 **Schwindendes Vertrauen in den Staat: Ökonomische Ungerechtigkeit und** 270 **Abstiegsangst**

271 In der aktuellen Situation multipler Krisen machen sich viele Menschen berechnete
 272 Sorgen um ihre Zukunft. Wirtschaftliche Instabilität, Inflation, Transformation,
 273 Pandemie, Krieg und vieles mehr haben in den letzten Jahren dazu geführt, dass am
 274 Ende des Monats immer weniger im Geldbeutel übrig bleibt.

275 Dazu kommt ein seit Jahren andauernder und politisch verordneter Sparzwang, der zu

276 einem großen Investitionsstau geführt hat und der Verfall von Infrastruktur. In einem
277 reichen Land wie Deutschland sitzen Kinder ohne warmes Mittagessen in maroden
278 Schulhäusern. Dies frustriert viele Menschen, die das Gefühl haben, sie und ihre
279 Bedürfnisse und Sorgen werden von der Politik nicht gesehen, während mit großen
280 Geldbeträgen die Gewinne der Wirtschaft und großer Konzerne weiter staatlich
281 subventioniert werden.

282 Der Frust und die Kritik gegenüber der aktuellen Regierung vieler Menschen sind
283 verständlich und richtig. Steigende Energie-, Wohnungs- und Lebensmittelkosten bei
284 kaum steigenden Löhnen sind reale Probleme vieler Menschen, die nur durch
285 verteilungspolitische Maßnahmen begegnet werden können. Doch von der bisherigen
286 Politik der Regierung profitiert die arbeitende Klasse - also Menschen mit normalen
287 und mittleren Einkommen - nicht.

288 Die neoliberale Politik der letzten Jahrzehnte, welche mit Privatisierungen,
289 Sozialabbau und wachsender sozialer Ungleichheit einherging, hat das Vertrauen der
290 Menschen in den Staat grundsätzlich geschwächt. Die Narrative eines extremen
291 Individualismus als Freiheitsverständnis, die Ökonomisierung aller Lebensbereiche und
292 ein ungebremseter Wettbewerb haben dazu geführt, dass demokratische Entscheidungen in
293 Teilen nicht mehr akzeptiert werden, wenn sie insbesondere individuelle Freiheiten,
294 wie beispielsweise das Konsumverhalten, betreffen.

295 Darüber hinaus errichteten Konservative und Rechte gemeinsam die falsche Erzählung,
296 linke Politik würde nur "den anderen" nutzen und den meisten Menschen würde es
297 dadurch schlechter gehen. Gleichzeitig ist es jedoch genau die Seite der
298 Konservativen und Rechten, die keinerlei Interesse an der wirtschaftlichen Situation
299 der Mehrheit im Land hat. Sie wollen, dass Reiche reich bleiben, während ihnen egal
300 ist, dass Arme noch ärmer werden.

301 **Sozialistische Politik für die Vielen im Land!**

302 Wir wollen positiv in die Zukunft blicken und trotz aller Krisen umso stärker für
303 unsere Überzeugungen kämpfen. Eine starke linke Bewegung, die die arbeitende Klasse
304 konsequent vertritt, fehlt aber derzeit. Unsere Forderungen müssen weiterentwickelt
305 und strategisch umgesetzt werden, damit sie bei den Menschen wahrgenommen werden. Mit
306 dem Fokus auf materielle Themen, Verteilungskämpfe und einer einfachen, klaren
307 Kommunikation wollen wir als sozialistischer Jugendverband in der politischen Debatte
308 präsent sein. Wir wollen das Vertrauen in den Staat als gesellschaftliches Konstrukt,
309 das sich um grundlegende Dinge und soziale Absicherung kümmert, wieder erwecken.

310 Dafür müssen wir den Diskurs wieder explizit nach links verschieben, in dem wir die
311 Themen skandalisieren, die wirklich gefährlich für unsere Gesellschaft sind: Armut,
312 Ausbeutung der arbeitenden Klasse, die Tatsache, dass Menschen Profite aus
313 Wohneigentum schlagen, während andere sich kaum ein Dach über dem Kopf leisten
314 können. Nur durch eine angemessene radikale Thematisierung dieser Probleme können wir
315 die überzogenen Debatten über "Migration" und "Gendern" wieder zurückdrängen und
316 Polarisierung in unserem Sinne erreichen. Dies erreichen wir vor allem mit einer
317 Erzählung eines besseren Lebens für alle, das die heutigen ungerechten Zustände

318 anprangert und im zweiten Schritt mit konkreten politischen Instrumenten hinterlegt
319 ist.

320 Unsere programmatische Arbeit muss sich wieder viel stärker verteilungspolitischen
321 Fragen widmen: Es ist nicht ausreichend, mit der Grundsicherung oder dem Mindestlohn
322 die untersten ökonomischen Gruppen zu adressieren. Wir müssen als Jusos und als SPD
323 wieder viel stärker politische Instrumente entwickeln und in den Vordergrund unserer
324 Kampagnen stellen, die das Potential haben, Umverteilung für die 90% zu erreichen und
325 deren Leben tatsächlich zu verbessern. Hierzu gehört beispielsweise ein Grunderbe für
326 junge Menschen oder das Thema Arbeitszeitverkürzung, von denen auch mittlere
327 Einkommenschichten profitieren.

328 Wir fordern eine Politik, die für unsere Leute spürbare Verbesserung des Lebens –
329 gesellschaftlich wie ökonomisch – mit sich bringt:

- 330 • Verteilungsfragen müssen klar beantwortet werden.
- 331 • Materielle Fragen müssen ins Zentrum unserer Kommunikation gestellt werden,
332 damit wir Polarisierung in unserem Sinne erreichen.
- 333 • Unsere Kommunikation muss klarer und einfacher werden.
- 334 • Wir müssen den Diskurs wieder nach links verschieben.
- 335 • Wir müssen endlich eine übergeordnete linke Erzählung entwickeln, in die
336 inhaltliche Instrumente eingebettet sind.

337 **Wehrhafte Demokratie - Der Staat muss klare Kante zeigen!**

338 **Rechtsradikale Organisationen aus unserer Gesellschaft verbannen!**

339 Immer mehr Teile der "AfD", zuletzt der Landesverband Sachsen-Anhalt, werden vom
340 Verfassungsschutz als gesichert rechtsextrem eingestuft oder als
341 rechtsextremistischer Verdachtsfall beobachtet. Dass selbst der sonst auf dem rechten
342 Auge strukturell erblindete Verfassungsschutz zu dieser Auffassung kommt,
343 unterstreicht die Notwendigkeit, auch von staatlicher Seite gegen die "AfD"
344 vorzugehen. Faschistische Positionen und Strukturen machen den Kern der AfD aus.

345 Es kann nicht sein, dass Organisationen, die den freiheitlich demokratischen
346 Grundwerten diametral gegenüberstehen, weiter bei Wahlen antreten dürfen und im Falle
347 der "AfD" sogar noch Geld vom Staat für ihre Arbeit bekommen und staatliche Vorteile
348 erhalten.

349 Daher fordern wir die Prüfung eines bundesweiten Verbots der "AfD" als Partei durch
350 das Bundesverfassungsgericht. Ein besonderer Fokus liegt auf den als gesichert
351 rechtsextrem eingestuften Landesverbänden in Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt.

352 Die "AfD"-nahe Desiderius-Erasmus-Stiftung darf auch unabhängig vom Verbot der Partei
353 bereits kurzfristig kein staatliches Geld zur Verbreitung rechter Propaganda
354 erhalten.

355 Auch gegen einzelne Personen, deren Aussagen und Handlungen nicht mit unserem

356 Grundgesetz vereinbar sind, muss von Seite des Staates eine Grundrechtsverwirkung
 357 (Art. 18 GG) festgestellt werden, um demokratiefeindliches Engagement effektiv zu
 358 stoppen.

359 Wir fordern:

- 360 • Die Prüfung eines bundesweiten Verbots der “AfD”
- 361 • Die Einstellung der finanziellen Förderung der Desiderius-Erasmus-Stiftung
- 362 • Die konsequente Prüfung der Grundrechtsverwirkung bei Faschisten

363 **Kräfte bündeln: Einheitliches Vorgehen mit Bund und Ländern**

364 Um den Rechtsruck effektiv in Deutschland zu bekämpfen, benötigt es gerade von
 365 staatlicher Seite eine konsequente, antifaschistische Politik der gesamten
 366 Bundesrepublik.

367 Seit der GroKo liegen regelmäßig Pläne für ein echtes Demokratiefördergesetz auf dem
 368 Tisch. Erst stellte sich die Union quer, zuletzt wurde es von der Ampel ausgewaschen
 369 und deutlich schwächer beschlossen, als von uns gefordert. Es braucht eine stärkere
 370 Unterstützung von demokratiestärkendem zivilgesellschaftlichem Engagement und
 371 Initiativen. Wir wollen, dass antifaschistisches und antirassistisches Engagement als
 372 “gemeinnützig” eingestuft und die ausreichende Finanzierung demokratiefördernder
 373 Projekte gesetzlich verankert wird. Dazu zählt für uns auch die Opferberatung, die
 374 bedarfsgerecht ausgestattet und unterstützt wird und damit auch gestärkt werden muss.
 375 Zudem müssen Aussteigerprogramme langfristig gefördert werden.

376 Wir fordern:

- 377 • Der Bund und die Länder sollen gemeinsam einen einheitlichen Aktionsplan sowie
 378 einen Maßnahmenkatalog erstellen, um Rechtsradikalismus aktiv zu bekämpfen. In
 379 diesem Aktionsplan sollen mindestens folgende Punkte geregelt sein:
 - 380 • Antifaschistisches und antirassistisches Engagement wird als gemeinnützig
 381 eingestuft.
 - 382 • Präventions- und Aussteigerprogramme werden ausgebaut.
 - 383 • Langfristige finanzielle Förderung solcher demokratiefördernder Projekte
- 384 • Konsequente Maßnahmen zur Verfolgung demokratiefeindlicher Handlungen
- 385 • Ernsthafte Entwaffnung von Rechtsradikalen durch die Innenministerien
- 386 • Der Aktionsplan wird durch eine Kampagne für Demokratie, Toleranz und
 387 Menschenrechte begleitet. Der Aktionsplan gibt Maßnahmen vor, die in örtlichen
 388 und überörtlichen Ebenen umgesetzt werden können.

389 Ein wehrhafter Staat braucht zuverlässige Institutionen, die das Grundgesetz wahren.
 390 Wir stehen hinter der Forderung, dass der Verfassungsschutz abgeschafft werden muss.
 391 Wir fordern die Einführung eines transparenten und unabhängig arbeitenden Demokratie
 392 Institut für demokratiewissenschaftliche Arbeit. Die Polizei und der polizeiliche
 393 Staatsschutz müssen der Aufgabe nachkommen, den Staat, seine Institutionen und

394 Menschen vor rechter Gewalt zu schützen.

395 Deshalb braucht es gerade in Berufen der Staatsgewalt, in denen immer wieder rechte
 396 Netzwerke entdeckt werden, gründliche Aufarbeitung, angemessene Konsequenzen und
 397 wirksame Prävention. Wer in Deutschland z.B. bei der Polizei oder den Gerichten
 398 arbeitet, muss uneingeschränkt hinter unseren freiheitlich demokratischen Werten
 399 stehen! Ermittlungen bei Zwischenfällen innerhalb der Behörden können nicht objektiv
 400 in den Strukturen der jeweiligen Behörde selbst geführt werden. Es muss eine
 401 unabhängige Stelle zur Ermittlung eingerichtet werden.

402 Wir fordern:

- 403 • Die Abschaffung des Verfassungsschutzes
- 404 • Die Einrichtung eines unabhängigen, transparenten, wissenschaftlichen
 405 Demokratieinstituts
- 406 • Die konsequente Bekämpfung und Verfolgung von Rassismus und Rechtsradikalismus
 407 innerhalb der Polizei. Hierzu muss jeweils ein unabhängiges Kontrollgremium
 408 eingeführt werden, welches Fälle dokumentiert, analysiert und die Befugnis über
 409 Konsequenzen innehat.
- 410 • Die Einrichtung unabhängiger Ermittlungsstellen für Fehlverhalten und rechte
 411 Tendenzen auch für weitere staatliche Institutionen, vor allem im Bereich der
 412 Judikative.

413 **Nazis raus aus ihren Löchern**

414 Uns ist bewusst, dass viele rechtsradikale und auch nationalsozialistische
 415 Gruppierungen wie der ehemalige NSU, das verbotene Freie Netz Süd oder auch der
 416 Dritte Weg einen großen Teil ihrer Arbeit im Untergrund und kleinen Gemeinden vor Ort
 417 ausüben. Unbemerkt und versteckt organisieren sich hier rechte Strukturen in vielen
 418 verschiedenen Ortschaften im gesamten Bundesgebiet. Sie nisten sich in Gemeinden ein,
 419 kaufen günstige Grundstücke und Gebäude und schaffen so Wohnraum,
 Gastronomieangebote
 420 bis hin zu völkischen Siedlungen.

421 Das Ziel dabei ist, sich in der Gemeinde und der Gesellschaft zu etablieren und durch
 422 niedrigschwellige Angebote ihre ideologischen Gedanken an andere Menschen
 423 weiterzugeben. Dies blockiert zivilgesellschaftliche und strukturelle Entwicklungen
 424 der Kommunen.

425 Wir fordern:

- 426 • Ein Verbot und verschärfte Kontrollen des Ankaufs von Grundstücken durch Vereine
 427 und Organisationen mit rechter Ideologie.
- 428 • Schulungsmöglichkeiten durch Förderprogramme des Bundes und der Länder gezielt
 429 für kommunale Mandatsträger*innen.
- 430 • Die Einführung der Partnerschaften für Demokratie ("Demokratie leben!") des
 431 Bundesfamilienministeriums in allen Landkreisen und kreisfreien Städten.

- 432 • Die Förderung von Bündnissen gegen Faschismus, Rassismus und Diskriminierung
433 aller Art.
- 434 • Die Prüfung und Schaffung von Netzwerkstellen für Demokratie und Partizipation.
- 435 • Ein konsequentes und entschiedenes Vorgehen gegen rechtsradikale Symbolik und
436 Organisationen mit radikal rechter Gesinnung sowie hoher Gewaltbereitschaft.

437 **Antifaschismus von der Schule an gelernt**

438 Die politische Bildung an Schulen und Ausbildungsstätten muss ausgeweitet und
439 angepasst werden. Es muss ein Fokus darauf liegen, welche Gefahr der
440 Rechtsradikalismus bedeutet, welche Methoden rechtsextreme Gruppierungen nutzen und
441 wie Schüler*innen sich davor schützen können.

442 Wir leben in einer wehrhaften Demokratie. Die Mittel, die zu ihrem Schutz zur
443 Verfügung stehen, müssen erklärt werden. Teil der politischen Bildung an Schulen und
444 Ausbildungsstätten muss die Einordnung aktueller undemokratischer Ereignisse,
445 Debatten und Aussagen sein. Dazu gehört insbesondere die Benennung von Personen und
446 Gruppierungen durch Lehrkräfte und sonstige verantwortliche Fachkräfte.

447 Die politische Bildung muss einen starken Fokus auf das Thema
448 Rechtsradikalismusprävention legen. Insbesondere folgende Inhalte sind zu vermitteln:

- 449 • Darstellung der Gefahr des Rechtsradikalismus für die Demokratie und
450 marginalisierte Gruppen
- 451 • Warnung vor Methoden rechtsradikaler Organisationen und Parteien zur Anwerbung
452 junger Menschen
- 453 • Darlegung des historischen Hintergrunds und Vergleich zur "Neuen Rechten" und
454 deren Forderungen
- 455 • Darlegung der Unterschiede zwischen Demokratie und Autoritarismus unter
456 Darlegung der Vorzüge der Demokratie für die Gesellschaft und das Individuum
- 457 • Einflussmöglichkeiten des Individuums in der Demokratie und Stärkung des Gefühls
458 der Selbstwirksamkeit im demokratischen Prozess mit besonderem Hinblick auf
459 kollektive Organisation

460 Der Fokus auf Darlegung der Gefahren des Rechtsradikalismus und die Prävention von
461 Rechtsradikalismus darf nicht allein im Rahmen politischer Bildung erfolgen, sondern
462 muss fächerübergreifend im Kontext des jeweiligen Unterrichtsfaches stattfinden, zum
463 Beispiel im Geschichts-, Deutsch oder Religions (sofern noch nicht abgeschafft)-
464 /Ethikunterricht. Dafür ist die "Verfassungsviertelstunde" nicht ausreichend.

465 Das Allgemeinziel "politische Bildung" greift den Themenkomplex „Gefahren des
466 Rechtsradikalismus und Prävention vor Rechtsradikalismus“ nicht auf. Dieses
467 allgemeine Ziel, das aktuell in dem am 16.08.2017 beschlossenen „Gesamtkonzepts für
468 politische Bildung“ vorgeschrieben ist, muss konkretisiert werden. Dafür müssen
469 folgende Punkte aufgenommen werden:

- 470 • Rechtsradikalismus muss als die größte Gefahr für die Demokratie und unsere
471 Gesellschaft benannt werden
- 472 • Rechtsradikalismusprävention muss als Ziel für die politische Bildung
473 fächerübergreifend ausgegeben werden.
- 474 Zur Erfüllung dieser Aufgaben setzen wir folgende Maßnahmen um:
- 475 Der Freistaat Bayern erarbeitet ein Konzept zur Prävention von Rechtsradikalismus,
476 das an allen allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen in Bayern für
477 Schüler*innen verpflichtend jährlich durchgeführt wird.
- 478 Der Freistaat Bayern wird verpflichtet, das vorhandene Angebot der BIGE zur
479 Extremismusprävention an allen allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen in
480 Bayern für alle Schüler*innen jeder Jahrgangsstufe verpflichtend jährlich
481 durchzuführen, bis ein oben genanntes Konzept ausgearbeitet ist. Ein zum Programm der
482 BIGE vergleichbares Konzept kann ebenso verwendet werden, zum Beispiel von EXIT.
483 Hierbei muss sichergestellt werden, dass jede*r Schüler*in an der
484 Rechtsextremismusprävention teilnimmt.
- 485 Das oben genannte Konzept muss unter anderem folgende Aspekte berücksichtigen:
- 486 Das Ziel dieser Maßnahme muss sein, dass Schüler*innen über die Methoden und
487 Praktiken der Rekrutierung und Meinungsgewinnung des modernen Rechtsradikalismus
488 aufgeklärt werden. Sie sollen die Kompetenz erwerben, populistische Forderungen zu
489 hinterfragen und rechtsextremen Lügen skeptisch gegenüber treten zu können.
- 490 Das Konzept, das den Maßnahmen zugrunde liegt, muss auf alle Schultypen,
491 Altersstufen, die Entwicklung und Förderbedarfe der Schüler*innen und das schulische
492 und soziale Umfeld angepasst sein, sodass die Durchführung an die jeweilige
493 Zielgruppe angepasst werden kann.
- 494 Um Rechtsradikalismus, mit dem Schüler*innen in ihrem Umfeld konfrontiert werden,
495 früh begegnen zu können, soll ein besonderer Fokus auch bei Grundschulen liegen.
- 496 Das Konzept enthält die Pflicht für alle Schüler*innen, einmal während der
497 weiterführenden eine KZ-Gedenkstätte schulisch begleitet zu besuchen. Dabei ist Wert
498 auf eine Vor- und Nachbereitung des Gedenkstättenbesuchs zu legen, damit die
499 Schüler*innen die Bedeutung des Besuchs verstehen und dies nicht als üblichen
500 Schulausflug wahrnehmen; der historische Kontext ist hierbei insbesondere
501 darzustellen.
- 502 Das Konzept muss ausreichend Zeit für die Durchführung vorsehen und nach Möglichkeit
503 interaktiv ausgestaltet sein. Ein bloßer Vortrag oder das bloße Anschauen eines Films
504 genügt hierfür nicht. Für die Durchführung muss mindestens ein Schultag pro Jahr zur
505 Verfügung stehen, wobei dieser Schultag den Besuch einer KZ-Gedenkstätte nicht
506 beinhaltet.
- 507 Die Entwicklung und Durchführung des Konzepts erfolgt nach Möglichkeit durch eine
508 nichtstaatliche, aber staatlich finanzierte Stelle und ausgebildete externe
509 Fachkräfte.
- 510 Die Maßnahmen werden jährlich in jeder Jahrgangsstufe verpflichtend durchgeführt.

Antrag M01: Gesundheitskarte für Geflüchtete in allen Bundesländern

Antragsteller/in:	Jusos Oberbayern
Status:	angenommen
Sachgebiet:	M - Migration und Integration

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Adressat*innen: Landeskonzferenz der Jusos Bayern, SPD-Bundesparteitag, SPD-
- 2 Bundestagsfraktion, BayernSPD-Landtagsfraktion, BayernSPD-Landesparteitag, Parteitag
- 3 SPD Oberbayern
- 4 Der Migrationsdiskurs der letzten Zeit ist vor allem von einem Überbietungswettbewerb
- 5 an Zugangs- und Zulassungshürden bestimmt. Das klassische Argument ist Auslastung und
- 6 Überforderung der Kommunen.
- 7 Zielführend in der Debatte wäre, wie Kommunen die Prozesse erleichtert werden können,
- 8 damit kein unnötiger behördlicher und finanzieller Aufwand entsteht und so durch
- 9 Entlastung sowie neue Kapazitäten geschaffen werden können.
- 10 Einer dieser potentiellen Prozesse wäre die flächendeckende Einführung der
- 11 eGesundheitskarte eGk. Seit Oktober 2015 existiert die Möglichkeit §§ 4 und 6 des
- 12 Asylbewerberleistungsgesetzes, dass die Bundesländer eine Gesundheitskarte für die
- 13 Geflüchtete (in den ersten 18 Monaten) ausstellen. In Bayern ist es aktuell erst nach
- 14 Ablauf einer 15 monatigen Wartefrist für Geflüchtete möglich, eine Gesundheitskarte
- 15 zu erhalten.
- 16 In den Kommunen und Bundesländern, in denen keine Gesundheitskarte zugelassen ist,
- 17 müssen die Geflüchteten im Krankheitsfall immer einen Kostenübernahmeschein bei
- 18 Bedarf vom Sozialamt holen. In diesem Fall müssen die Sozialbehörden prüfen und
- 19 entscheiden, ob die Geflüchtete behandelt werden sollten oder nicht Dies führt nicht
- 20 nur dazu, dass die Sozialämter oft an die eigenen Grenzen kommen, sondern dass auch
- 21 die Geflüchtete keine notwendige Behandlung bzw. ärztliche Beratung zeitnah erhalten.
- 22 Die Abrechnung für Leistungsträger wird durch die Kostenübernahmescheine erschwert
- 23 und unnötige Ressourcen gebunden.
- 24 Durch eine eGK erhalten Asylsuchende einen verbesserten Zugang zu den
- 25 Gesundheitsleistungen, dadurch müssen sie vorher nicht krank zum Sozialamt gehen, um
- 26 einen Kostenübernahmeschein zu bekommen dies ist auch diskriminierungsärmer, da die
- 27 eGK sie mit den gesetzlich Versicherten in der Praxis gleichstellt.
- 28 Aus diesen Gründen fordern wir Jusos:
- 29 Den Abschluss der Rahmenverträge zwischen den Krankenkassen und aller Bundesländern
- 30 sowie verbleibende Teile dieser, zur Einführung der eGK für Asylsuchende zum
- 31 Zeitpunkt der Registrierung

Antrag M03: Leben im rechtsfreien Raum

Antragsteller/in:	Jusos Niederbayern
Status:	angenommen
Sachgebiet:	M - Migration und Integration

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Adressatin: BayernSPD-Landesgruppe im Bundestag
- 2 Anfang diesen Jahres, im Januar 2024, hat der Bundestag eine Änderung des
- 3 Staatsangehörigkeitsrechts beschlossen. Angekündigt wurde ein "modernes
- 4 Staatsangehörigkeitsrecht", Einbürgerungen sollen in Zukunft schneller möglich sein,
- 5 "besondere Integrationsleistungen" sollen durch noch schnellere Einbürgerung belohnt
- 6 werden und Kinder ausländischer Eltern sollen künftig die deutsche
- 7 Staatsangehörigkeit erlangen, wenn ein Elternteil mindestens fünf Jahre rechtmäßig in
- 8 Deutschland gelebt hat.
- 9 Eine besonders vulnerable Gruppe bleibt aber bei den vielen überfälligen Neuerungen
- 10 weiter unbeachtet und unerwähnt. So leben in Deutschland aktuell fast 30.000
- 11 offiziell anerkannte Staatenlose Menschen. Das UN-Flüchtlingskommissariat UNHCR
- 12 Deutschland definiert Menschen als "staatenlos", wenn sie unter nationalen Gesetzen
- 13 keine Staatsbürgerschaft eines Landes besitzen. Weltweit sind etwa 4,2 Millionen
- 14 Menschen offiziell als staatenlos anerkannt von den Vereinten Nationen. Realistisch
- 15 liegt die Zahl aber sehr viel höher, bei etwa 10 Millionen weltweit oder sogar noch
- 16 mehr. Denn nicht bei allen Betroffenen kann die Staatenlosigkeit eindeutig geprüft
- 17 werden. Unter diese zweite Gruppe (ohne geklärte Staatsangehörigkeit) fallen in
- 18 Deutschland 2023 circa 97.000 Menschen. Die Zahl der offiziell anerkannten
- 19 Staatenlosen ist in den letzten Jahren stark gestiegen, hat sich innerhalb von 10
- 20 Jahren fast verdoppelt, ein Drittel von ihnen ist Minderjährig.
- 21 (De facto) Staatenlos sind beispielsweise Menschen, denen die Staatsangehörigkeit von
- 22 dem Staat in dem sie leben verweigert wird, wie den Rohingya in Bangladesch und
- 23 Myanmar oder zahlreichen Bewohner*innen der Elfenbeinküste. Daneben haben viele
- 24 Menschen, die in "failed States" also gescheiterten Staaten wie beispielsweise
- 25 Afghanistan, Somalia, Libyen, Syrien geboren wurden, keine Dokumente, die ihre
- 26 Identität beweisen können und haben auch keine Möglichkeit, sich um einen neuen
- 27 Nachweis zu bemühen. Auch Herkunftsstaaten, die heute nicht mehr existieren wie die
- 28 ehemalige UdSSR und Jugoslawien stellen Einwohner*innen vor Probleme, wenn die
- 29 Dokumente fehlen, um die Staatsangehörigkeit der Nachfolgestaaten zu erhalten.
- 30 Daneben existieren zahlreiche weitere Gründe für Staatenlosigkeit, manchmal werden
- 31 Geburten nicht registriert, in einigen Ländern können Mütter nur in wenigen Fällen
- 32 ihre Staatsangehörigkeit an ihre Kinder vererben. Auch können Dokumente auf der
- 33 Flucht verloren gehen, oder ihre Dokumente werden in anderen Ländern nicht anerkannt
- 34 und die Personen werden (de jure) staatenlos, weil sie Schwierigkeiten beim Nachweis

35 ihrer Staatsangehörigkeit haben. Daneben treten auch immer wieder Fälle auf, bei
36 denen Menschen (de jure) staatenlos werden aufgrund unterschiedlicher Zeitrechnung
37 zwischen zwei Ländern, mangelnder Kooperation der Herkunftsländer oder durch Fehler
38 von Behörden in Europa (Zuordnungen zu falschen Bevölkerungsgruppen, fälschlicher
39 Entzug der Staatsangehörigkeit, Falsche Daten in ausgegebenen Dokumenten und andere
40 Probleme während der Bearbeitung von Asylgesuchen).

41 In Deutschland kommt noch eine Gruppe von Staatenlosen hinzu, die die
42 Staatenlosigkeit von ihren Eltern geerbt haben. Da in Deutschland das
43 Staatsangehörigkeitsrecht dem Abstammungsprinzip folgt, bekommen Kinder von
44 Staatenlosen die in Deutschland geboren werden nicht bei Geburt die deutsche
45 Staatsbürger*innenschaft. Sie zählen selbst auch zu den Staatenlosen. Von den oben
46 genannten 30.000 offiziell Staatenlosen in Deutschland wurden etwa 5.000 auch im Land
47 geboren, genauso wie weitere 8.300 Kinder ohne geklärte Staatsangehörigkeit.

48 Die Aufenthaltssituation der Staatenlosen in Deutschland ist in den meisten Fällen
49 prekär. 2022 hatten 54% (49.610) der Menschen mit "ungeklärter Staatsangehörigkeit"
50 nur einen zeitlich befristeten Aufenthaltstitel in Deutschland (z.B. mit subsidiärem
51 Schutz). Weitere 28,6% (26.190) besaßen gar keinen Aufenthaltstitel, sondern nur eine
52 Duldung, eine Aufenthaltsgestattung oder keins von beidem. Besonders verwundern kann,
53 dass auch unter den 30.000 offiziell anerkannten Staatenlosen, bei denen qua
54 Anerkennung deutlich sein müsste, dass sie kein Herkunftsland haben, dass sie
55 zurücknehmen würde, im Jahr 2023 knapp ein Drittel (7.500) geduldet waren und 16.000
56 über "kein Aufenthaltsrecht" (16.000) verfügten.

57 Bei Personen mit "ungeklärter" Identität werden häufig kurzfristige Duldungen
58 vergeben, um Druck aufzubauen, damit sie sich um eine Klärung der Identität und
59 Staatsangehörigkeit bemühen. Diese Menschen und ihre Kinder leben in der Folge oft
60 jahrelang in Unsicherheit und wissen ihren Aufenthalt immer nur für ein paar Monate
61 in Sicherheit. Das Verfahren, durch das die Duldungen immer und immer wieder
62 verlängert und mit großem Zeitaufwand verlängert werden müssen, grenzt an Schikane.
63 Stufen die Behörden das Mitwirken zur Identitätsklärung durch die Betroffenen als
64 unzureichend ein, kann es zu weiteren Einschränkungen kommen, wie zum Entzug der
65 Beschäftigungserlaubnis.

66 Staatenlosigkeit rückt die Betroffenen in Deutschland an den Rand der Gesellschaft.
67 Die Bewerbung um Wohnungen ist schwierig, das Erlangen eines Kita-, Studien- oder
68 Arbeitsplatzes ist teilweise unmöglich. Staatenlose, die einen Studienplatz haben,
69 müssen diesen teilweise wieder aufgeben, weil sie keine Geburtsurkunde haben, mit der
70 sie sich zu bestimmten Prüfungen anmelden können. Sie sind von der Verbeamtung
71 ausgeschlossen und dürfen nicht wählen. Das Eröffnen eines Kontos ist oft unmöglich.
72 Kurz, sie sind gesellschaftlich außen vor. Für Staatenlose gestaltet sich auch ein
73 etwaiger Ehe- und Familiennachzug als extrem langwierig und problematisch, wenn
74 dieser überhaupt ermöglicht wird. Auch eine Heirat in Deutschland ist für Staatenlose
75 nahezu unmöglich, denn dazu sind Dokumente nötig, die sie nicht haben und die ihnen
76 auch in Deutschland im Nachhinein nicht ausgestellt werden. Behörden wollen so
77 sicherstellen, dass im Ausland nicht bereits eine Heirat besteht. Zwar ist es
78 anerkannt Staatenlosen möglich einen Ersatzreiseausweis zu bekommen, in der Realität

79 erkennen aber nicht alle Länder dieses Dokument an, Reisen ist also nur eingeschränkt
80 möglich und der Erhalt eines regulären Ausweises ebenfalls schwierig. Neben vielen
81 weiteren Problemen, die das alltägliche Leben von Staatenlosen einschränken, nicht
82 nur im Umgang mit Behörden, kommt auch die Vererbung der Staatenlosigkeit an Kinder
83 hinzu. So bekommen die meisten Eltern lediglich einen Auszug aus dem
84 Geburtenregister, keine Geburtsurkunde, da sie hierfür die eigene Abstammung und den
85 Familienstand nachweisen müssten.

86 Der einzige Ausweg für die meisten dieser Probleme wäre die Einbürgerung. Doch ohne
87 Überarbeitung des Staatsangehörigkeitsrechts auf diesen Aspekt hin, bleibt auch das
88 undurchsichtig und herausfordernd. Von 2015 bis 2020 erhielten insgesamt 4.782
89 staatenlose Personen und 3.197 Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit die
90 deutsche Staatsangehörigkeit. Die Zahlen der Staatenlosen sind in diesem Zeitraum
91 trotzdem weiter deutlich gestiegen. Zwar gibt es in Deutschland ein Gesetz zur
92 Verminderung von Staatenlosigkeit mit der Pflicht zu Gleichstellung von staatenlosen
93 und ausländischen Personen, basierend auf dem gleichnamigen völkerrechtlichen
94 Übereinkommen von 1961 und dem Übereinkommen zur Verringerung der Fälle von
95 Staatenlosigkeit von 1973, an der Umsetzung mangelt es aber an einigen Stellen, denn
96 es gibt bis heute kein festgelegtes Verfahren zur Feststellung der Staatenlosigkeit.
97 Spätestens an diesem Punkt wird der rechtsfreie Raum erreicht. Die Anerkennung von
98 Staatenlosigkeit ist an die abschließende Identitätsklärung geknüpft, die eine
99 Kontaktierung der Auslandsvertretung der jeweiligen möglichen Herkunftsländer
100 voraussetzt. Dort wird dann eine Bestätigung der Staatsangehörigkeit angefragt. Wenn
101 diese nicht bestätigt wird, kann zumindest theoretisch von Staatenlosigkeit
102 ausgegangen werden. Das bedeutet aber, dass Menschen unter Umständen ein Regime, das
103 sie verfolgt hat und vor dem sie auf der Flucht sind um eine Bestätigung der
104 Staatsangehörigkeit bitten müssen, oder der Staat nicht mehr existiert und in jedem
105 infrage kommenden Nachfolgestaat solche Anfragen gestellt werden müssen. Gerade
106 Ersteres ist kaum zumutbar. Aber selbst wenn die angefragten Auslandsvertretungen
107 keine Staatsangehörigkeit bestätigen, führt das nicht automatisch zur Anerkennung der
108 Staatenlosigkeit. Wird sie aber doch festgestellt, kann bei rechtmäßigem Aufenthalt
109 in Deutschland eine Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen erteilt werden.

110 Doch damit ist der Weg zur Einbürgerung noch lange nicht abgeschlossen. Aktuell ist
111 eine Einbürgerung nur möglich, wenn die Person einen mindestens sechsjährigen
112 Aufenthalt in Deutschland nachweisen kann und ihre Identität abschließend geklärt
113 ist. Ohne Anerkennung als Staatenlose*r geht nichts und selbst dann werden die
114 eingereichten Identitätsnachweise nicht immer als ausreichend angesehen und die
115 Einbürgerung scheitert. Problematisch ist auch, dass es keine geregelten Verfahren
116 zur Einbürgerung gibt, sie sind nicht durch nationale Gesetze festgeschrieben und
117 geschützt. In der Folge hängt der Erfolg der Einbürgerung häufig an einzelnen
118 Richter*innen und Behördenmitarbeiter*innen. Es kommt vor, dass Behörden in
119 unterschiedlichen Bundesländern in identisch gelagerten Fällen zu verschiedenen
120 Ergebnissen kommen. Das ist aber nicht unbedingt auf den Unwillen der Behörden
121 zurückzuführen, sondern vielmehr auf Unwissenheit, der Wissensstand der Zuständigen
122 hat entscheidenden Einfluss auf den Erfolg von Einbürgerungen. Viele

- 123 Mitarbeiter*innen in Behörden sind nicht geschult im Umgang mit Staatenlosen und
 124 können nicht weiterhelfen. Für die Staatenlosen gibt es also trotz
 125 Völkerrechtsübereinkommen keine Rechtssicherheit.
- 126 Da auch bei in Deutschland geborenen Kindern das Abstammungsprinzip eine sofortige
 127 Verleihung der Staatsangehörigkeit verhindert, müssen auch sie sich gegebenenfalls um
 128 die Einbürgerung bemühen. Kinder von Staatenlosen müssen seit mindestens fünf Jahren
 129 rechtmäßig in Deutschland leben und den Antrag stellen, bevor sie 21 Jahre alt sind.
 130 Ausgeschlossen von der Einbürgerung sind sie, wenn sie zu einer Freiheits- oder
 131 Jugendstrafe von mindestens fünf Jahren verurteilt worden sind.
- 132 Es wird also deutlich, dass vielen Staatenlosen, vor allem denen ohne abschließend
 133 geklärte Identität, der Weg zur Einbürgerung verschlossen bleibt und sie ihre
 134 Staatenlosigkeit an ihre Kinder weitervererben werden. Gleichzeitig kann es aber doch
 135 nicht im Interesse der Bundesrepublik sein, eine steigende Anzahl von Menschen zu
 136 haben, die von großen Teilen des Alltagslebens und so grundsätzlichen Behördengängen
 137 wie bei Geburten oder Heirat ausgeschlossen sind. Es ist Zeit, endlich diesen
 138 rechtsfreien Raum zu schließen und den Betroffenen einen geregelten Ausweg aus dem
 139 undurchsichtigen Schwebestadium der Staatenlosigkeit zu geben. Sie müssen endlich
 140 auch Teil der demokratischen Gesellschaft werden können, das wäre ein modernes
 141 Staatsangehörigkeitsrecht!
- 142 Deshalb fordern wir:
- 143 • Bundeseinheitlich geregelte Verfahren zur Anerkennung von Staatenlosen
 - 144 • Bundeseinheitliche Verfahren zur Einbürgerung von Staatenlosen und die
 145 gesetzliche Verankerung
 - 146 • Schulungen für Behördenmitarbeiter*innen zum kompetenten Umgang mit (de jure und
 147 de facto) Staatenlosen
 - 148 • dass Staatenlosigkeit nicht länger vererbt wird in Deutschland! Kinder von
 149 anerkannt (de facto) Staatenlosen bei Geburt die deutsche Staatsangehörigkeit
 150 erhalten
 - 151 • auch Kinder von (de jure) Staatenlosen ohne abschließend geklärte Identität muss
 152 bei Geburt sofort die Staatenlosigkeit anerkannt werden und damit gleichzeitig
 153 das Anrecht auf die Deutsche Staatsangehörigkeit
 - 154 • Staatenlose bereits nach drei Jahren eingebürgert werden können
 - 155 • dass die Nachweishürden und die Ausgabe von Dokumenten (wie Geburtsurkunden) für
 156 in Deutschland geborene Staatenlose vereinfacht werden, auch wenn die Identität
 157 der Eltern zu dem Zeitpunkt noch ungeklärt ist
 - 158 • eine Prüfung, welcher Grad an Aufwand und an Mitarbeit zur
 159 Identitätsfeststellung an (potentiell) Staatenlose zumutbar ist
 - 160 • einen Identitätsnachweis, der auch Staatenlosen ohne abschließend geklärte
 161 Identität die Teilnahme am öffentlichen Leben ermöglicht (Arbeitssuche,
 162 Ausbildung, Wohnungssuche, Kitaplatz, usw.)
 - 163 • dass sich die Bundesregierung durch Maßnahmen und Gesetzesänderungen zur

162 Reduzierung der Zahlen der anerkannt und nicht-anerkannt Staatenlosen einsetzt

- 163 • das Aufweichen des Kriteriums der Sicherung des eigenen Lebensunterhalts über
164 die gesamte Zeitspanne des Aufenthalts bei Staatenlosen bei ihrer Einbürgerung,
165 da vielen die Sicherung des eigenen Lebensstandards durch ihre Staatenlosigkeit
166 extrem erschwert wird.

166

167

168

Antrag 001: Auch Landeskonferenzen sind Strukturarbeit!

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	angenommen
Sachgebiet:	O - Organisationspolitik

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Adressat*innen: Juso Landeskonferenz
- 2 Ab sofort sollen die zweitägigen Landeskonferenzen nicht mehr ausschließlich in
- 3 München oder Nürnberg stattfinden. Wir sind überzeugt: Auch Landeskonferenzen sind
- 4 Teil unserer Strukturarbeit und es ist wichtig, diese auch wieder in der Fläche
- 5 Bayerns zu veranstalten. Wir fordern daher wechselnde Austragungsorte in der Fläche
- 6 Bayerns für die zweitägigen Landeskonferenzen.
- 7
- 8 Für eintägige Landeskonferenzen halten wir weiterhin die Austragung in München oder
- 9 Nürnberg aufgrund der guten Erreichbarkeit für am besten.

Antrag P02: „Antifaschismus kennt keine Grenzen – Solidarität mit dem Osten für die Landtagswahlen 2024!“

Antragsteller/in:	Jusos Oberfranken
Status:	angenommen
Sachgebiet:	P - Partei

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 In ganz Deutschland gewinnt die AfD eine immer stärker werdende Unterstützung.
- 2 Menschen ist es egal, dass die Partei, die sie wählen, rechtsradikal ist.
- 3 Mittlerweile sind bereits zwei Landesverbände der AfD als gesichert
- 4 rechtsextremistisch eingestuft worden, die Junge Alternative zählt dahingehend
- 5 bereits bundesweit als gesichert rechtsextrem.
- 6 Diese Entwicklung erfüllt uns mit Sorge. Rechte Gewalt häuft sich und rechter
- 7 Faschismus wird in Teilen normalisiert. Gerade die konservativen Parteien „der Mitte“
- 8 haben auf verschiedenen Ebenen gezeigt, dass ihnen eine Zusammenarbeit mit der AfD in
- 9 Gunstfällen zusagt. Rote Linien oder die sogenannte „Brandmauer“ sind dabei mehr
- 10 Schein als Sein.
- 11 Die Hemmschwelle nach Rechts ist für viele Menschen in Deutschland, aber auch in
- 12 Europa und darüber hinaus, gefallen. Populismus beherrscht die Narrative der
- 13 politischen Diskurse und wird von vielen Parteien für Wahlzwecke genutzt. Es werden
- 14 marginalisierte Gruppen gegeneinander ausgespielt, aber auch als Sündenböcke für
- 15 politisches Versagen hergenommen.
- 16 Und gerade die AfD zeigt jeden Tag aufs neue, welches ihr wahres Gesicht ist: Hass,
- 17 Hetze und Diskriminierung. Immer wieder stellen sie sich als „Partei für die
- 18 einfachen Leute“ hin, zeigen aber in ihren Abstimmungen in den Parlamenten, ihren
- 19 Reden und ihren Programmen für wen sie wirklich Politik machen: für die oberen 10%.
- 20 Und dabei ist es ihnen wichtig, dass privilegierte Menschen in dieser Gesellschaft
- 21 weiterhin ihre Privilegien behalten und marginalisierte Gruppen dabei weiterhin
- 22 „unten“ in der Gesellschaft stehen.
- 23 Umso beängstigender ist es doch, dass in fast allen ostdeutschen Bundesländern die
- 24 AfD auf Umfragewerte über 30% kommt. Dabei sieht man an realpolitischen Beispielen
- 25 die politische Unfähigkeit der AfD:
- 26 Der in der Gemeinde Raguhn-Jeßnitz (Sachsen-Anhalt) gewählte AfD Bürgermeister Hannes
- 27 Loth hatte mit kostenfreier Kita, Steuererleichterungen und vielem mehr geworben. Nur
- 28 wenige Wochen im Amt, schon hebte er u.a. die Kita-Gebühren an, um seinen finanziell
- 29 schwachen Haushalt auszugleichen. Und auch der AfD-Landrat Sesselmann musste in
- 30 Sonneberg feststellen, dass seine politischen Zuständigkeiten Grenzen haben. Die
- 31 Tatsache jedoch, dass er versuchte das Demokratieprojekt „Demokratie leben!“ in
- 32 seinem Landkreis zu streichen, spricht schon viele Bände.

33 Gerade Sonneberg ist für uns Oberfranken sehr nah und spürbar. Doch die allgemeine
34 Entwicklung, die wir beobachten können, ist kein ostdeutsches Phänomen. Auch wir
35 Bayern als Westdeutsche müssen uns aktiver mit dem Kampf gegen den immer stärker
36 werdenden Rechtsruck auseinandersetzen.

37 Doch vor allen Dingen möchten wir unsere Genoss*innen und alle Kämpfer*innen der
38 Demokratie in Ostdeutschland unterstützen. Wir solidarisieren uns mit unseren
39 ostdeutschen Nachbar*innen und stehen ihnen in ihrem Kampf zur Seite. Wir halten
40 nicht an irgendwelchen Grenzen. Unseren antifaschistischen Kampf kämpfen wir überall
41 – ob auf nationaler oder internationaler Ebene! Der Bezirksvorstand der Jusos
42 Oberfranken wird Ressourcen bereitstellen, damit der Wahlkampf in Thüringen, Sachsen
43 & Brandenburg so gut es geht unterstützt wird.

44 Der Ausgang der Landtagswahlen im Osten 2024 wird viel entscheiden: Werden die
45 demokratischen Parteien weiterhin die Mehrheit auf sich vereinen oder rutschen wir in
46 politischen Stillstand durch eine AfD-geführte Landesregierung?

47 Was wir wollen steht fest! Was wir aber verlangen: Dass sich alle demokratischen
48 Parteien – auch die Union – von einer AfD-Zusammenarbeit fernhalten!

49 Wir stehen dafür ein, dass „Nie wieder!“ auch wirklich ernst genommen wird! Kein
50 Fußbreit dem Faschismus und keinen Millimeter mehr nach Rechts!

51 Siamo tutti antifascisti!

52 Freund*innenschaft!

Antrag S01: Sozialpädagogisches Einführungsjahr vergüten, Einstieg gerechter machen!

Antragsteller/in:	Jusos Oberfranken
Status:	angenommen
Sachgebiet:	S - Soziales

Die Versammlung möge beschließen:

1 Unser Kampf für eine bessere Ausbildung und einen gute Vergütung hat Tradition. Auch,
 2 weil wir dieses Ziel noch lange nicht erreicht haben. Im Gegenteil, der derzeitige
 3 sogenannte Fachkräftemangel pflichtet uns bei. Denn viele junge Menschen erkennen die
 4 schlechten Umstände an und entscheiden sich gegen eine Ausbildung. Teil dieser
 5 Umstände sind oftmals die schlechte Vergütung in der Ausbildung oder auch in
 6 Vorbereitungsmaßnahmen.

7

8 Ausgerechnet im Bereich der Sozialarbeit- und Pädagogik fehlen die meisten
 9 Fachkräfte. Deshalb wurde im Studienjahr 2021/22 das bestehende System zum
 10 Ausbildungsweg des*der Erzieher*in (oder Kinderpfleger*in) verändert. So gibt es seit
 11 Jahren schon die Möglichkeit, diese Ausbildung ohne Abitur aufzunehmen. Lange Zeit
 12 jedoch mit einer zweijährigen Verzögerung durch das Sozialpädagogische Seminar (SPS).
 13 Dieses wurde um ein Jahr verkürzt und in das Sozialpädagogische Einführungsjahr (SEJ)
 14 umgewandelt. Schüler*innen mit dem Mittleren Schulabschluss erhalten damit die
 15 Möglichkeit schneller ihre Ausbildung zum*zur Erzieher*in oder Kinderpfleger*in zu
 16 beginnen. Denn nach Absolvierung des SEJ können diese eine vollwertige Ausbildung an
 17 ihren Berufsweg anschließen.

18

19 Das Sozialpädagogische Einführungsjahr gilt offiziell als Vorbildungsweg für die
 20 Ausbildung, bei der die Teilnehmer*innen testen können und getestet werden, ob die
 21 kommende Ausbildung zur Kinderpfleger*in oder Erzieher*in das passende ist. Sie sind
 22 dafür wöchentlich einige Tage in der theoretischen Ausbildung (Fachakademien) und der
 23 praktischen Ausbildung (sozialpädagogische Betriebe).

24 Menschen mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung oder dem Abitur können hingegen
 25 ganz auf das SEJ verzichten und direkt die Ausbildung zum*zur Erzieher*in beginnen.

26

27 Ein solches Einführungsjahr kann sinnvoll sein, muss dann jedoch auch entsprechend
 28 honoriert werden. Es reichen keine gesellschaftlichen oder politischen Anerkennungen,
 29 sondern es braucht eine ganz klare und ausreichende Vergütung!

30 Das Problem jedoch ist, dass Teilnehmer*innen am SEJ lediglich den Status von
 31 Praktikant*innen innehaben und daher keinen Anspruch auf Vergütung besitzen.

32 Trotz eines Systems, das mit einer Ausbildung zu vergleichen ist und auch einen
33 klaren praktischen Einsatz in einem Betrieb vorsieht.

34

35 Fakt ist, dass es bisher lediglich eine Empfehlung von 500€ gibt welche an die
36 Betriebe gerichtet ist, die die Praktikumsverträge mit den Bewerber*innen unter
37 Genehmigung der Fachakademien unterschreiben. Entgegen der Empfehlung erhalten
38 zahlreiche SEJ-Praktikant*innen jedoch gar keine Vergütung, wohingegen andere eine
39 nach tariflichen Standards bekommen.

40

41 Wir fordern daher, dass alle Menschen im Sozialpädagogischen Einführungsjahr
42 mittelfristig eine Vergütung nach der Mindestausbildungsvergütung und langfristig
43 nach tariflichen Standards erhalten. Ebenso soll überprüft und dann erreicht werden,
44 inwieweit Teilnehmer*innen am SEJ den Status von und entsprechende Vorteile als
45 Azubis erhalten können.

Antrag SAT01: FLINTA-Kongress

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	angenommen
Sachgebiet:	SAT - Richtlinienändernde Anträge

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Ersetze unter III. Organe der Jusos auf Landesverbandsebene Nr. 3.a. (1) das Wort
- 2 "Frauenkongress" durch "FLINTA-Kongress"

Antrag SAT02: Arbeitskongress

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	angenommen
Sachgebiet:	SAT - Richtlinienändernde Anträge

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Ersetze unter III. Organe der Jusos auf Landesverbandsebene Nr. 3.a. (1) das Wort
- 2 "arbeitsmarktpolitischer Kongress" durch "Arbeitskongress"

Antrag SAT03: Änderung des Vorstandsmodells

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	angenommen
Sachgebiet:	SAT - Richtlinienändernde Anträge

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Ersetze unter III. Organe der Jusos auf Landesverbandsebene Nr. 4.b. (1) den
- 2 Stichpunkt "Den 12 Sprecher*innen für Fachgebiete" durch "mindestens 6, maximal 8
- 3 Beisitzende. Über die Anzahl entscheidet die Landeskongress."

Antrag SAT04: Zuständigkeiten

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	angenommen
Sachgebiet:	SAT - Richtlinienändernde Anträge

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Streiche unter III. Organe der Jusos auf Landesverbandsebene Nr. 4.b. (2) ersatzlos

Antrag Z00: Umgang mit den Anträgen vergangener Landeskonferenzen

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	angenommen
Sachgebiet:	Z - Anträge vergangener Landeskonferenzen

Die Versammlung möge beschließen:

1 Um die vielen Anträge, die auf vergangenen Konferenzen nicht behandelt wurden
 2 abzarbeiten, schlägt der Landesvorstand der Landeskonferenz vor, nicht alle Anträge
 3 einzeln abzustimmen, sondern einige Anträge im Block abzustimmen. Dafür wurde im
 4 Vorfeld mit den Bezirksvorsitzenden und den Unterbezirksvorsitzenden ein
 5 Beteiligungsformat im Umlaufverfahren durchlaufen, um möglichst viele Perspektiven
 6 mit einzubeziehen.

7 Mit der Zustimmung zu diesem Antrag Z00 werden folgende Voten für die Anträge im
 8 Antragsbereich Z beschlossen:

9 Den folgenden Anträgen wird **ZUGESTIMMT**:

- 10 • Z01 Die Mindestlohnkommission – ist das eine Kommission oder kann die weg
- 11 • Z02 Digitalisierung an Bayerns Schulen ernst nehmen: Mebis ausbauen
- 12 • Z03 Verbot von Wettanbieter- und Casinowerbung
- 13 • Z05 Clearingstellen für Menschen ohne Krankenversicherung
- 14 • Z06 Solidarität für Betroffene von Long COVID und ME / CFS
- 15 • Z09 Wasserversorgung sicherstellen
- 16 • Z10 Trainees for the future
- 17 • Z11 Keine Dresscodes an Schulen!
- 18 • Z12 Sexualkunde reformieren, "Tag des Lebens abschaffen"
- 19 • Z15 Wasserzugang im öffentlichen Raum
- 20 • Z16 Natur für alle – Schwammerlparagraph ausweiten!
- 21 • Z18 Bildungsabzocke beenden: KfWStudienkredite zinsfrei gestalten

22 Der Antrag *Z7 Freiheit braucht Solidarität - Zum zukünftigen Umgang mit Corona* wird
 23 an die Antragsteller*innen **ZURÜCKÜBERWIESEN**.

24 Die folgenden Anträge sind durch die Antragstellenden in die reguläre
 25 Antragsreihenfolge **REGULÄR EINZUBRINGEN UND AUFZURUFEN**:

- 26 • Z04 Drogenpolitik neu denken

- 27 • Z08 Freie Fahrt für helfende Bürger*innen
- 28 • Z13 – Betroffene polizeilicher Maßnahmen schützen – Body-Cam Einsatz nicht in
- 29 Ermessen der Polizei legen
- 30 • Z14 Verfassungsschutz abschaffen – und dann?
- 30 • Z19 Verpflichtender Bau von Betriebswohnungen
- 31 • Z21 Umbenennung von München zu München (bei Augsburg)
- 32

Antrag Z01: Die Mindestlohnkommission – ist das eine Kommission oder kann die weg

Antragsteller/in:	Jusos Oberbayern
Status:	angenommen
Sachgebiet:	Z - Anträge vergangener Landeskonferenzen

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Adressat*innen: Landeskonferenz Jusos Bayern, Bundeskongress Jusos, SPD Bayern
- 2 Landesparteitag, SPD Bundesparteitag
- 3 Die Mindestlohnkommission muss dringend reformiert werden. Die kürzlich getroffene
- 4 Entscheidung, den Mindestlohn nur um 41 Cent zu erhöhen ist ein Schlag ins Gesicht
- 5 der Arbeitnehmer*innen und zeigt den dringenden Reformbedarf dieser Kommission.
- 6 Konkret fordern wir:
- 7 • Die Festlegung des Mindestlohns muss sich auf den zuvor geltenden Betrag
- 8 beziehen. Auch politisch beschlossene Erhöhungen müssen dabei selbstverständlich
- 9 berücksichtigt werden.
- 10 • Eine Entscheidung gegen die geschlossene Abstimmung der Arbeitnehmer*innen-Seite
- 11 darf zukünftig nicht möglich sein.
- 12 • Die Bundesregierung muss die Möglichkeit bekommen, die Höhe des Vorschlags der
- 13 Mindestlohnkommission nach oben korrigieren können, wenn es die politische
- 14 Situation erfordert oder muss Vorschläge zur Korrektur an die
- 15 Mindestlohnkommission zurückweisen können
- 16 • Die Bundesregierung soll schnellstmöglich die EU-Mindestlohnrichtlinie umsetzen.
- 17 Diese beinhaltet einen Mindestlohn bei 60% des Medianeinkommens. Für Deutschland
- 18 liegt der Betrag damit aktuell bei 14€.

Antrag Z02: Digitalisierung an Bayerns Schulen ernst nehmen: Mebis ausbauen

Antragsteller/in:	Jusos Oberbayern
Status:	angenommen
Sachgebiet:	Z - Anträge vergangener Landeskongresse

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Adressat*innen: SPD Landesparteitag, SPD Landtagsfraktion
- 2 Die Corona-Pandemie hat uns gezeigt, dass wir im Bereich des digitalen Lernens einen
- 3 großen Nachholbedarf haben. So sind mangelnde Digitalkompetenzen der Lehrenden sowie
- 4 Internetprobleme und fehlende Unterstützung der Schule die Hauptprobleme der
- 5 Schüler*innen gewesen. Deswegen wollen wir die digitalen Kompetenzen der Lehrenden
- 6 stärken und Ihnen Möglichkeiten bieten, sich stärker mit dem Thema
- 7 auseinanderzusetzen. Zudem gilt es, vorhandene Digitalstrukturen in der bayerischen
- 8 Bildungslandschaft zu stärken und auszubauen, um gute digitale Bildung in ganz Bayern
- 9 verfügbar zu machen.
- 10 Das bayerische Kultusministerium setzt hier die hauseigene Plattform Mebis ein. Die
- 11 Plattform gibt es seit 2014 an staatlichen Schulen und wurde meist erst durch Corona
- 12 aktiv benutzt. Problem dabei war, dass durch die plötzliche massive Nutzung in ganz
- 13 Bayern die Plattform aufgrund von Serverproblemen oft nicht erreichbar war und
- 14 Unterrichtsinhalte dementsprechend nicht in vollem Umfang bearbeitet werden konnten.
- 15 Seit dem Schuljahr 2021/22 wurde Mebis in die Bayerncloud Schule integriert. Die
- 16 Bayerncloud soll ein Web- Portal sein, das neben Mebis auch ein Videokonferenztool,
- 17 einen Cloud-Speicher, Web Officee-Anwendungen, einen Messengerdienst, Dienst E-Mails
- 18 für Lehrkräfte sowie weitere Medienangebote wie MebisTube und teachshare-Inhalte
- 19 integriert. Sinn dieser Einbettung mehrerer Dienste in die Bayerncloud war die
- 20 Erleichterung der Nutzung für die Anwender*innen.
- 21 Grundsätzlich begrüßen wir die Idee einer Plattform, die verschiedene Dienste unter
- 22 einem Account vereint, Lehrkräften Rechtssicherheit bietet und einen Digitaldschungel
- 23 vermeiden kann. Ebenso positiv erachten wir die Möglichkeit, dass die Bayerncloud
- 24 Schule mit mebis als Tool von allen Schulen und daher auch von allen Schüler*innen
- 25 kostenfrei genutzt werden kann und auch Datenschutzstandards entspricht. An dieser
- 26 Stelle sprechen wir uns daher auch klar gegen von einigen Parteien geforderte
- 27 schulspezifische Lösungen, die von einzelnen US-Unternehmen wie Microsoft getragen
- 28 werden, aus. Nicht nur erfüllen diese die hohen europäischen Datenschutzvorgaben
- 29 nicht, zudem unterwerfen sie Bildung dem Marktgedanken oder der Abhängigkeit eines
- 30 einzelnen Unternehmens und machen die Qualität digitaler Bildung von der Finanzierung
- 31 der einzelnen Schule seitens des Sachaufwandsträgers abhängig. Auch wenn eine einzige
- 32 Plattform nicht für jede*n Schüler*in und jede Schule die beste Lösung ist, sehen wir
- 33 die kostenlose Bereitstellung einer qualitativ hochwertigen digitalen Lernplattform

34 als zentrale Erfüllung des staatlichen Bildungsauftrags.

35 Durch die Integration von Mebis in die Plattform sind jedoch zahlreiche Probleme
36 nicht gelöst worden, weshalb die Bayerncloud Schule diese Anforderungen derzeit nicht
37 erfüllt.

38

39 So ist die Plattform auch nicht benutzer*innenfreundlich gestaltet: Sie ist trotz
40 Verbesserungen unübersichtlich und gerade für jüngere Lernende unverständlich, die
41 Einarbeitung in das System und das Einstellen von Unterrichtsmaterial oder die
42 Erstellung digitaler Lernangebote für Lehrkräfte häufig zeitraubend und komplex.

43 Wir fordern deshalb:

- 44 • Die Verbesserung der Benutzer*innenfreundlichkeit der vom bayerischen
45 Kultusministerium bereitgestellten Online-Plattform Bayerncloud Schule sowie der
46 dort integrierten Lernplattform Mebis für Lehrkräfte und Schüler*innen
- 47 • Weiterer Ausbau der Barrierefreiheit der gesamten Bayerncloud Schule mit allen
48 Angeboten
- 49 • Verbesserung und Stabilisierung der Videokonferenzplattform Visavid
- 50 • Mehr verpflichtende Schulungsangebote für Lehrende über Mebis und digitale Lehre
51 allgemein, z.B. als Angebote der Regionalen Lehrerfortbildung vor Ort in der
52 Schule oder über das Multiplikatorennetzwerk in Form eines digitalen
53 Fortbildungsnachmittags
- 54 • Serverkapazität stärken, damit auch alle bayerischen Schulen Mebis problemlos
55 benutzen können
- 56 • Personelle Vergrößerung und Ausbau der IT-Kompetenz des Kultusministeriums und
57 des Landesamt für Digitalisierung
- 58 • Ausbau von Vollzeitstellen für professionelle Systemadministrator*innen an jeder
59 Schule, um Lehrkräfte in ihrer Unterrichtsverpflichtung nicht noch zusätzlich zu
60 belasten
- 61 • Mebis als App für alle gängigen mobilen Plattformen bereitstellen
- 62 • Mehr Technologieoffenheit beim Einsatz von Software im Unterricht
- 63 • Der bayerische Staat soll eine zentrale staatliche Implementierungsstelle
64 errichten, um einheitliche Strukturen zu schaffen

63

64

Antrag Z03: Verbot von Wettanbieter- und Casinowerbungen

Antragsteller/in:	Jusos Oberbayern
Status:	angenommen
Sachgebiet:	Z - Anträge vergangener Landeskonferenzen

Die Versammlung möge beschließen:

1 Adressat*innen: Landeskonferenz der Jusos Bayern, SPD Landesparteitag
 2 Sei es die Tipico-Filiale in der eigenen Stadt, der Spielautomat im Imbiss, oder aber
 3 das Casino am Stadtrand, so haben alle etwas gemeinsam: Es sind Rückzugs- und
 4 Gefahrenorte für Menschen, die an einer Spielsucht erkrankt sind, und junge Menschen,
 5 die dadurch Zugang zu Glücksspielen finden. Laut einer Studie der Bundeszentrale für
 6 gesundheitliche Aufklärung gab es 2021 ca. 430.000 Menschen mit problematischen
 7 Glücksspielverhalten, überwiegend junge männliche Erwachsene unter 25. Die Spielsucht
 8 betrifft jeden, unabhängig von Geschlecht, Familienstatus, oder Einkommen, sie
 9 zerstört ganze Existenzen und reißt diese in den Abgrund.

10

11 Dem gilt es entgegenzuwirken, weshalb wir ein generelles Verbot von Casino- und
 12 Wettanbieterwerbungen online wie offline fordern. Dieses Verbot soll deutschlandweit,
 13 verbindlich, zu jeder Uhrzeit und unabhängig von der Art des Mediums (Fernsehen,
 14 Social Media, Videospiele) gelten, gleichermaßen für legale, in Deutschland
 15 lizenzierte und illegale Anbieter.

16

17 Besonders bei illegalen Anbietern von Online-Casinos muss die Kontrolle des Verbots
 18 stärker forciert werden, da diese ohne gültige Lizenz in Deutschland nach aktueller
 19 Regelung keinerlei Werbung schalten dürfen, jedoch in Deutschland 90 % der Werbung
 20 von diesen illegalen Online-Casinos stammen.

21

22 Darüber hinaus fordern wir strengere Auflagen für Spielhallen oder Wettanbieter, die
 23 strikte Alterskontrollen und Sperrgebiete beinhalten. Konkret sollen solche Lokale in
 24 Innenstädten, in unmittelbarer Nähe von Schulen und Kindergärten (min. 1 km
 25 Luftlinie) sowie Universitäten/Hochschulen (min. 1 km Luftlinie) nicht betrieben
 26 werden dürfen. Des Weiteren sollen große Billboards oder Schilder, insbesondere mit
 27 Beleuchtung, vor den Lokalen nicht gestattet werden.

28

29 Außerdem fordern wir die Umsetzung folgender Punkte:

30

- 31 • Der Zugang zu Online-Angeboten darf ausschließlich durch Vorlage der BUND-ID
32 gewährleistet werden, um die Identität der Spieler zu verifizieren und den
33 Zugang für Minderjährige zu verhindern.
- 34 • Casinos sind verpflichtet, ihren Kunden einen Selbstausschluss anzubieten,
35 sollten sie problematisches Spielverhalten zeigen. Bei Online-Angeboten soll zur
36 Erkennung von problematischem Glücksspielverhalten Software eingesetzt werden.
37 Bei physischen Casinos sind die Mitarbeiter dazu verpflichtet, Schulungen in
38 Bezug darauf zu durchlaufen und Kunden auf potenziell problematisches Verhalten
39 anzusprechen.
- 40 • Spieler sollen zu jeder Zeit einen Selbstausschluss beantragen können, der
41 sofort wirksam wird und in einem zentralen Register vermerkt wird. Dieser
42 Selbstausschluss kann sowohl temporär als auch auf Lebenszeit beantragt werden.
43 Ein Widerruf ist möglich und wird innerhalb von 4 Wochen wirksam. Es ist ein
44 festes Einzahlungslimit festzusetzen, um exzessives Glücksspiel und finanzielle
45 Risiken zu begrenzen.
- 46 • Es sind nur 2 Einzahlungen pro Casino-Besuch möglich, um die Kontrolle über
47 finanzielle Ausgaben zu erleichtern und die Gefahr von unkontrolliertem Spielen
48 zu reduzieren.
- 49 • Alle Formen des von sogenannten „Lootboxen“ sind als Glücksspiele einzustufen,
50 hiermit sollen vor allem Jugendliche vor Glücksspiel geschützt werden. Verstöße
51 gegen das Glücksspielrecht führen zum sofortigen Lizenzverlust.
- 52 • Bund und Länder sind verpflichtet, regelmäßig Kontrollen durchzuführen. Diese
53 finden unangekündigt und unter Zuhilfenahme von „Testspielen“ statt.

Antrag Z05: Clearingstellen für Menschen ohne Krankenversicherung

Antragsteller/in:	Jusos Oberbayern
Status:	angenommen
Sachgebiet:	Z - Anträge vergangener Landeskongresse

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Adressat*innen: Juso Bundeskongress, SPD Landesparteitag, SPD Bundesparteitag
- 2 Wir fordern die Einführung staatlicher Förderprogramme, um Anlaufstellen in Städten
- 3 und Gemeinden zu schaffen, deren Ziel es ist, Menschen ohne Krankenversicherung und
- 4 Menschen, deren Versicherungsstatus unklar ist, über ihre Ansprüche für medizinische
- 5 Grundversorgung aufzuklären und potentiell Wege in die gesetzliche
- 6 Krankenversicherung zu finden.
- 7 Zudem fordern wir die Aufhebung des AufenthG §87 Abs. 2 Nr. 1, welcher Sozialbehörden
- 8 verpflichtet, Menschen ohne Aufenthaltstitel bei der Ausländerbehörde zu melden,
- 9 sollten diese einen Krankenschein beantragen, um die Ihnen zustehende medizinische
- 10 Grundversorgung wahrnehmen zu können. Diese Praxis führt dazu, dass Menschen ihre
- 11 Abschiebung riskieren, um medizinisch versorgt werden zu können.

Antrag Z06: Solidarität für Betroffene von Long COVID und ME / CFS

Antragsteller/in:	Jusos Oberbayern
Status:	angenommen
Sachgebiet:	Z - Anträge vergangener Landeskongressen

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Adressat*innen: Landeskongress der Jusos Bayern, Landesparteitag der Bayern SPD, SPD
- 2 Landesvorstand, Jusos Bundeskongress, SPD Bundesparteitag SPD-Landtagsfraktion, SPD-
- 3 Bundestagsfraktion

4 **Forschung**

- 5 Die SPD wird aufgefordert, im Bundestag einen Antrag auf Etablierung eines
- 6 ausfinanzierten biomedizinischen Long Covid und Myalgische Enzephalomyelitis/Chronic
- 7 Fatigue-Syndrom (ME/CFS) Therapieerforschungsfonds auf Bundesebene über mehrere Jahre
- 8 hinweg zu forcieren. Dessen Mittel sollten für alle Schritte des Prozesses, von der
- 9 Erforschung der Pathomechanismen bis zur Finanzierung von Zulassungsstudien von
- 10 Medikamenten wie z.B. BC007, zur Verfügung gestellt werden. Über die Vergabe der
- 11 Mittel sollte das BMG unter Einbeziehung von z.B. dem Fatigue Zentrum Charité und
- 12 Patient*innenorganisationen entscheiden.

13 **Anerkennung**

- 14 Obwohl viele Menschen nach einer Coronainfektion mit massiven Beschwerden zu kämpfen
- 15 haben, werden diese Beschwerden regelmäßig geleugnet und gar keine oder überraschend
- 16 niedrige Grade der Behinderung gewährt. Dies geschieht meistens trotz erfolgter
- 17 Diagnose. Daher fordern wir alle relevanten Stellen auf, sicherzustellen, dass diese
- 18 Schwierigkeiten für Betroffene aufhören.

19 **Lebensunterhalt first statt Reha vor Rente**

- 20 Obwohl für die Krankheit ME/CFS lange bekannt ist, dass in vielen Fällen körperliche
- 21 wie geistige Überlastung zu einer dauerhaften Verschlechterung führen kann und für
- 22 LongCovid ähnliches beobachtet wurde, werden immer wieder Betroffene zu aktivierenden
- 23 Rehas gedrängt. Betroffene berichten regelmäßig von erheblichen
- 24 Zustandsverschlechterungen nach Rehas. Das Prinzip "Reha vor Rente" der Deutschen
- 25 Rentenversicherung ist grundsätzlich richtig, für eine Krankheit, die so wenig
- 26 erforscht ist, und bei der in vielen Fällen die Reha eher schadet als hilft, sollte
- 27 es allerdings nicht stur zur Anwendung kommen. Die Sicherung des Lebensunterhalts der
- 28 Betroffenen muss an erster Stelle stehen und die Betroffenen müssen die Möglichkeit
- 29 bekommen, selbstbestimmt mit den Ärzt*innen ihres Vertrauens zu arbeiten.

30 **Teilhabe**

31 Einige Betroffene sind bei individueller Rücksichtnahme auf Ihre Symptome in der Lage
32 eingeschränkt am Leben teilzuhaben. Leider ist es so, dass Schulen, Berufsschulen,
33 Universitäten und Arbeitgeber*innen oft solche Maßnahmen verweigern. Das schließt
34 Millionen Menschen unnötigerweise aus dem Erwerbs- und Sozialleben aus. Es braucht
35 Nachteilsausgleiche. Die Möglichkeit soll geschaffen werden, auch Online an Bildung
36 teilzuhaben. Arbeitgeber*innen sollten Betroffenen durch u.a. flexible Arbeitszeiten,
37 Home-Office, Zuteilung von einfacheren Aufgaben oder Teilzeit den Verbleib im
38 Erwerbsleben ermöglichen.

Antrag Z09: Wasserversorgung sicherstellen

Antragsteller/in:	Jusos Oberbayern
Status:	angenommen
Sachgebiet:	Z - Anträge vergangener Landeskongresse

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Adressat*innen: Juso-Landeskongress, SPD Landesparteitag
- 2 Wasser ist ein knappes, wertvolles und lebensnotwendiges Gut. Durch die Verschärfung
- 3 und das Voranschreiten der Klimakrise stehen wir in naher Zukunft sowohl
- 4 international als auch in unserer Nachbar*innenschaft Auseinandersetzungen um Wasser
- 5 bevor. Deshalb ist es für uns wichtig, politische Antworten zu finden und frühzeitig
- 6 die Weichen zu stellen, dass Wasser auch langfristig in guter Qualität für die
- 7 jeweilige notwendigen Zwecke zur Verfügung steht.

- 8 **Trinkwasser als lebensnotwendiges Gut in hoher Qualität sichern**
- 9 Die Bereitstellung von Trinkwasser ist ein essenzieller Teil der staatlichen
- 10 Daseinsvorsorge. Dieses oberste Gebot der öffentlichen Trinkwasserversorgung darf
- 11 nicht in Frage gestellt werden. Privatisierung und Entstaatlichung stellen wir uns
- 12 immer klar entgegen. Besonders im Fall von Trinkwasser, denn wir wollen eine
- 13 krisenfreie Wasserversorgung zukünftiger Generationen sicherstellen.

- 14 **Schutz von Wasservorkommen und lokale Wasserversorgung**
- 15 Für uns ist klar, dass Trinkwasser in Bayern dort angeboten werden muss, wo es auch
- 16 herkommt. Regionalität ist dazu die vorderste Prämisse. Das Wasserhaushaltsgesetz in
- 17 Kombination mit der Bayerischen Gemeindeordnung setzen diese ortsnahe
- 18 Trinkwasserversorgung durch die Kommunen bereits um.
- 19 Wir wollen, dass auch weiterhin Trinkwasser bevorzugt aus besonders geschütztem
- 20 Grundwasser in der Region der Verbraucher*innen gewonnen und möglichst naturbelassen
- 21 zu niedrigen und immer bezahlbaren Preisen geliefert wird. Dieser Vision folgend,
- 22 muss auch unter den künftigen Herausforderungen Trinkwasser in ausreichender Menge
- 23 und einwandfreier Beschaffenheit durch eine naturnahe Wassergewinnung bereitgestellt
- 24 werden.
- 25 Zum Schutz vor Einträgen müssen mehr adäquate Wasserschutzgebiete in Bayern
- 26 ausgewiesen oder an lokale Bedingungen angepasst werden. Darüber hinaus müssen
- 27 Wasserschutzgebiete dauerhaft erhalten werden. Nur so kann eine ortsnahe
- 28 Trinkwasserversorgung sichergestellt werden. Dazu braucht es aber nicht nur die
- 29 Ausweisung von Schutzgebieten sondern auch entsprechende Kontrollsysteme mit
- 30 entsprechender Personalausstattung, die wir für die Kommunen einfordern. Die
- 31 Festsetzungsverfahren von Wasserschutzgebieten muss durch neue administrative und
- 32 rechtliche Strukturen deutlich beschleunigt werden. Hier ist auch der Schutz vor

33 Nitratverseuchung zu berücksichtigen, dafür braucht es strikte Düngeverordnungen.
34 Darüber hinaus setzen wir uns für die Senkung der zulässigen Nitratkonzentration und
35 PFOA-Konzentration im Trinkwasser ein.

36 Um die Wasserentnahme zukunftssicher zu gestalten, müssen bestehende Bewilligungen
37 zur Wasserentnahme angesichts der Klimafolgen entsprechend angepasst und aktualisiert
38 werden.

39 Bei der Frage der Wassergewinnung fordern wir, dass das Ziel, gleichwertige
40 Lebensverhältnisse in Stadt und Land zu erreichen, nicht aus den Augen verloren wird.
41 Nicht einzelne ländliche Landkreise und Kommunen sollen durch ihre Wasservorkommen
42 nur mehr belastet werden und ihre Möglichkeiten und die Lebensqualität der
43 Bürger*innen eingeschränkt werden, während Städte und Metropolregionen profitieren.
44 Es braucht deshalb Mitsprache für Landkreise und Kommunen bei der Ausweisung von
45 Wasserschutz-zonen. Für die Entnahme von Wasser müssen die betreffenden
46 Gebietskörperschaften angemessen entschädigt werden, sodass Nachteile ausgeglichen
47 und Mehrkosten aufgefangen werden können. Die Wassergewinnung einer Metropolregion
48 muss zudem diversifiziert und auf mehrere Schultern verteilt werden.

49 Das Konzept einer naturnahen Wassergewinnung via Uferfiltrat sehen wir kritisch,
50 solange es keine deutliche Reduktion von Einträgen chemischer Stoffe aus Einleitungen
51 wie kommunalen Kläranlagen oder Quellen wie Agrarchemikalien, Luftimmissionen und
52 Altlasten in die Oberflächengewässer gibt. Der Eintrag von Stoffen muss konsequenter
53 abgewendet werden. Landwirtschaftliche Einträge, insbesondere Stickstoff, verseuchen
54 jetzt schon vielerorts das Trinkwasser aufgrund zu hoher Nitratkonzentrationen. Auch
55 der Eintrag von Stoffen wie PFOA durch die chemische Industrie ins Trinkwasser ist in
56 Bayern Realität. Dem muss entschlossen entgegengewirkt werden. Dort, wo Stoffe wie
57 PFOA im Trinkwasser nachgewiesen werden können, muss die Aktivkohlefilterung
58 sichergestellt werden.

59 Wo immer Einträge entstehen oder entstanden sind, sind die Kosten der Aufbereitung
60 des Wassers entsprechend dem Verursacher*innenprinzip zu organisieren. So sollen
61 beispielsweise Industrieunternehmen, die für Stoffe im Wasser verantwortlich sind,
62 für die Kosten aufkommen.

63 **Wasserverteilung regeln, zusätzliche Wasserquellen erschließen**

64 Wir wollen das Wasser trotz der klimatischen Veränderungen als Grundversorgung für
65 alle Menschen zur Verfügung steht. Jedoch ist uns auch bewusst, dass angesichts einer
66 zunehmenden Verknappung von Wasser in vielen Regionen es auch rigorosere
67 Wassersparmaßnahmen braucht. Diese Maßnahmen müssen zuerst in der Landwirtschaft und
68 Industrie umgesetzt werden, da sie den größten Hebel darstellen.

69 Um Nutzungskonflikten von Trink- und Brauchwasser vorzubeugen, wollen wir die
70 Möglichkeiten der Substitution von Teilmengen durch Regenwasser oder recyceltes
71 Wasser verstärken. Wir wollen den Bau von Regenwasserzisternen für urbane
72 Bewässerungszwecke vorantreiben. Bei Neubaumaßnahmen muss der örtliche
73 in Gebieten mit Wasserknappheit Regenwasserzisternen enthalten. Wo möglich sollen im

74 bestehenden urbanen Raum Regenwasserzisternen nachgerüstet werden.

75 Bayern braucht einen Paradigmenwechsel in der Wasserwirtschaft. In Zukunft braucht es
76 eine regionale Wasserbewirtschaftungsplanung. Diese muss auch zwischen verschiedenen
77 Sektoren vermitteln, insbesondere Gewerbe, Industrie, Schifffahrt, Stromerzeugung und
78 Landwirtschaft müssen neu gedacht werden, um die Trinkwasserversorgung in keinem Fall
79 zu gefährden. Auch deshalb erteilen wir der kommerziellen Vermarktung von Wasser,
80 insbesondere von Tiefenwasser und Wasser aus schwer erneuerbaren Vorkommen eine klare
81 Absage.

82 Die Wassersicherheit basiert immer auf den natürlichen erneuerbaren Wasservorkommen,
83 welche durch unabhängige und redundante Standbeine in der Versorgung abgesichert
84 sind. Neben regionalen Versorgungsstrukturen wollen wir als Rückfallebene auch
85 überregionale Verbünde, wie Fernwasserversorgungen, um lokale Engpässe auszugleichen.
86 Deshalb setzen wir uns in Bayern für die Etablierung kommunaler
87 Wasserversorgungsverbände ein und stärken die interkommunale Zusammenarbeit.
Außerdem
88 wollen wir über die Bundesländergrenze hinaus Notüberleitungen etablieren, um in
89 Härtefällen Kapazitäten besser zu verteilen.

90 Um die überregionale Zusammenarbeit zu verbessern und um die über 2000 einzelnen
91 Unternehmen, die an der Wasserversorgung beteiligt sind zusammenzubringen, braucht es
92 zusätzlich zu den lokalen Wasserbewirtschaftungsplanungen auch einen
93 Landeswasserversorgungsplan.

94 Die Wasser-Infrastruktur der einzelnen Gemeinden ist größtenteils mehrere Jahrzehnte
95 alt. Der Freistaat muss hier ein Wasserinfrastrukturmodernisierungs-Förderprogramm
96 aufbauen, um Investitionsstau zu vermeiden und sicherzustellen, dass die
97 Wasserversorgung in den Kommunen zukunftssicher ist.

98 **Schwammstadt und Schwammdorf – Wasserversorgung in der** 99 **Stadtentwicklung und Bauplanung mitdenken**

100 Wir setzen uns für die sogenannte Schwammstadt und das Schwammdorf ein. Die
101 Schwammstadt verbessert gleichzeitig das Stadtklima, die Biodiversität sowie die
102 Möglichkeit, sich in der Stadt zu erholen und Natur zu erleben. Sie trägt dadurch zu
103 Gesundheit und Wohlbefinden der Menschen. In der „Schwammstadt“ bzw. dem
104 „Schwammdorf“ werden Niederschläge – soweit möglich – direkt dort wo sie anfallen, in
105 Grünflächen gespeichert, gereinigt, versickert, verdunstet oder wiederverwendet, etwa
106 zur Bewässerung. Dazu muss das bestehende Kanalnetz angepasst werden. Entscheidend
107 für die Umsetzung der Schwammstadt ist eine verbesserte und frühzeitigere Integration
108 der Wasserwirtschaft in die Stadtentwicklungsplanung mit ihren Bezügen zur
109 Bauleitplanung, Landschaftsplanung und Raumordnung.

110 Die Umgestaltung zur Schwammstadt betrifft alle Siedlungsbereiche. Vordringlich
111 müssen aber hochversiegelte Bereiche, wie Innenstädte, Gewerbe- und Industriegebiete
112 behandelt werden. Für die Umsetzung der Schwammstadt sind grüne Freiräume als eine
113 unverzichtbare grüne Infrastruktur zu entwickeln. Die grüne Infrastruktur bezieht
114 alle öffentlichen und privaten Freiflächen ein.

115 Dem Schutz und der Entwicklung der städtischen Baumbestände muss dabei, wegen ihrer
116 hohen klimatischen Leistungen, ganz besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Wir
117 wollen, dass grüne Infrastruktur zur kommunalen Pflichtaufgabe wird und im
118 Landesentwicklungsprogramm verankert ist. Der Freistaat soll auf eine Anpassung der
119 Bau – und Wasserhaushaltsgesetzgebung des Bundes hinwirken. Vor allem sollten in
120 Bayern gesetzliche Vorgaben geschaffen werden, um die Umsetzung des
121 Schwammstadtkonzepts zu beschleunigen und Hindernisse abzubauen. Die Einführung eines
122 wasserwirtschaftlichen Begleitplans soll dazu als Maßgabe vom Freistaat etabliert
123 werden, um eine wasserbewusste Bauleitplanung zu gewährleisten.

124 Einträge von umweltschädlichen Stoffen in den Wasserkreislauf, wie z. B. durch
125 Zigaretten oder gewerblicher Abfallprodukte sollen gegen Null verringert werden. Dazu
126 müssen Maßnahmen zur Nullemission bei den Verursacher*innen – sowohl
127 Direkteinleiter*innen als auch Indirekteinleiter*innen – etabliert werden. Das gilt
128 ebenso für eine weitergehende Abwasserbehandlung. Durch diese Maßnahmen kann
129 qualitativ hochwertiges Nutzwasser als eine unabhängige alternative Wasserressource
130 für Bewässerung und andere Brauchwassernutzungen/Grauwassernutzung zur Verfügung
131 gestellt werden.

132 Die Prinzipien der Kreislaufwirtschaft müssen auch im Bereich der Wasserwirtschaft
133 konsequent befolgt werden. Sachgerechte Wiederverwendung oder Nutzung von Regenwasser

134 bieten alternative Ressourcen für die Bewässerung landwirtschaftlicher und urbaner
135 Flächen. Eine weitere Zunahme der Flächenversiegelung muss stark eingeschränkt
136 werden. Die Festsetzung von „Grünkennwerten“, die für die unterschiedlichen
137 Siedlungsgebiete angibt, wie hoch der verpflichtende Anteil von Grünflächen mit
138 quantifizierbaren ökologischen Leistungen sein muss, um sinnvoll wirksam zu sein,
139 muss für Kommunen verbindlich werden. In Gebieten mit Wasserknappheit sollte bei
140 städtischen, gewerblichen und privaten Neuplanungen ein innerhäusliches
141 Brauchwassersystem und der Ausbau einer dezentralen Regenwasserspeicherung
142 verpflichtend vorgeschrieben werden.

Antrag Z10: Trainees for the future

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	angenommen
Sachgebiet:	Z - Anträge vergangener Landeskonferenzen

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Adressat*innen: Landeskonferenz der Jusos Bayern
- 2 In Bayern sind 231.117 Menschen in einem Ausbildungsverhältnis. Die aktuellen
- 3 Vorschriften zur betrieblichen Ausbildung müssen im Rahmen der Optimierung von
- 4 Bildungseinrichtungen und angeboten abgeändert bzw. verbessert werden.
- 5 Die Arbeitswelt hat sich in den letzten Jahren konstant geändert und die zunehmende
- 6 Digitalisierung bringt neue Herausforderungen mit sich. Infolgedessen muss eine
- 7 Anpassung der Ausbildungsinhalte in allen Ausbildungsberufen auf aktuelle,
- 8 neueingeführte und modernisierte Methoden, Arbeitsweisen und Facherkennnisse in der
- 9 berufsspezifischen Branche erfolgen.
- 10 Die betriebliche Ausbildung wird während der gesamten Ausbildungsdauer im dualen
- 11 System absolviert. Auch in der Berufsschule fordern wir die Abschaffung von Noten und
- 12 die Einführung von konstruktiven und persönlichen Feedbacks. Wichtig ist, dass alle
- 13 Schüler*innen sich zu jeder Zeit ein fachliches Feedback einholen können, um ihren
- 14 Lernprozess evaluieren zu können. Die Abschlussprüfungen in ihrer jetzigen Form
- 15 lehnen wir ab. Wir fordern eine abschließende Leistungsbewertung, die nicht den
- 16 Großteil der Bewertung einer ganzen Ausbildung ausmachen. Das Aufgabenformat soll
- 17 offener und interessenorientierter gestaltet werden.
- 18 Die Globalisierung betrifft heute fast alle Branchen auf dem Arbeitsmarkt und
- 19 interkulturelle Kompetenzen sind erforderlich, um den steigenden Anforderungen der
- 20 Arbeitswelt gerecht zu werden. Die angehenden Fachkräfte müssen die Möglichkeit haben
- 21 ihre Fähigkeiten auszuweiten und deswegen ist ein Anrecht der Auszubildenden auf eine
- 22 Teilnahme an interkulturellen Projekten zu garantieren. Des Weiteren soll für die
- 23 Teilnahme von Auszubildenden an internationalen Austauschprogrammen und Projekten bis
- 24 zu 12 Monaten Dauer ein Rechtsanspruch geschaffen werden, ohne die Zustimmung des
- 25 Ausbildungsbetriebes einholen zu müssen. Darunter fallen u.a. Programme des Erasmus-
- 26 Plus-Projektes. Die Ausbildungsbetriebe werden verpflichtet ihre Auszubildenden für
- 27 internationale Austausche ohne Nachteile freizustellen.
- 28 Darüber hinaus fordern wir eine bessere Vereinbarkeit und ausführliche Bereitstellung
- 29 von Information für interkulturelle Projekte.
- 30 Aktuell ist das Angebot an interkulturellen Projekten nicht in allen
- 31 Ausbildungsrichtungen genug ausgebaut. Es ist eine neue Konzeption der globalen
- 32 Projekte in der betrieblichen Ausbildung notwendig, um für alle Auszubildenden die
- 33 Möglichkeit zu schaffen, transkulturelle und sprachliche Kompetenzen zu erwerben.

Antrag Z11: Keine Dresscodes an Schulen!

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	angenommen
Sachgebiet:	Z - Anträge vergangener Landeskongressen

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Adressat*innen: Juso-Landeskongress, BayernSPD-Landtagsfraktion, BayernSPD-
- 2 Landesparteitag
- 3 Die Diskussion um Dresscodes, um erlaubte oder angemessene Kleidung ist keine neue an
- 4 bayerischen Schulen. Gerade in dieser Frage beobachten wir die Ausnutzung von
- 5 Machtunterschieden und die Verstärkung diskriminierender Strukturen. Kleiderordnungen
- 6 und Verbote einzelner Kleidungsstücke sollen an vielen Schulen darauf abzielen eine
- 7 angeblich freizügige Kleiderwahl – gerade von FLINTA*s (Frauen, Lesben,
- 8 Intersexuelle, Nicht-Binäre, Transsexuelle und Agender* Personen) – zu
- 9 verhindern. Begründet wird das oftmals mit sehr fragwürdigen Thesen, die auf einer
- 10 sehr heteronormativen, patriarchalen und männlich dominierten Sichtweise basieren:
- 11 Argumentationsmuster, wie beispielsweise einer „Ablenkung von männlichen Schülern und
- 12 Lehrern“ hin zum Vorwurf einer „Provokation von sexistischen Äußerungen und
- 13 Handlungen des männlichen Geschlechts“, wird FLINTA*s darüber hinaus „unangepasste
- 14 Selbstdarstellung und Wichtigtuerei“ vorgeworfen. Dies sind übliche Rechtfertigungen
- 15 von Kleidungsvorschriften seitens der Schulleitungen. Mit derartigen Begründungen
- 16 wird das Ausmaß des Problems doch sehr deutlich: Schuld an sexistischen Vorfällen
- 17 wären demzufolge diejenigen, die es eben durch ihre „Freizügigkeit“ provoziert und
- 18 somit verursacht hätten. Das ist eine klassische Schuldumkehr im Sinne des Victim-
- 19 Blamings, der Täter-Opfer-Umkehr, Slut-Shamings und der Rape-Culture
- 20 (Vergewaltigungen und andere Formen sexualisierter Gewalt als gesellschaftlich
- 21 toleriertes und geduldetes Verhalten). Die Freiheit anzuziehen, worauf auch immer
- 22 mensch Lust hat, sollte niemals durch Lehrer*innen, Ministerien oder die ominöse
- 23 Schulgemeinschaft beschränkt werden, denn darin offenbart sich lediglich die
- 24 Beschränktheit des Denkens derjenigen, die meinen, zu wenig Stoff sei ein Problem.
- 25 Die Körperlichkeit eines Menschen ist ein Faktum und keine Aufforderung. Das Problem
- 26 ist nicht die Kleidung, das Problem ist und bleibt eine sexistische Einstellung der
- 27 Gesellschaft, die vor allem den weiblichen Körper primär als Sexualobjekt sieht.
- 28 Diese Sichtweise ist von Grund auf falsch und muss deshalb beendet werden. Hierbei
- 29 ist ein Zwang zu bestimmter Kleidung der falsche Weg, da dadurch nicht das
- 30 eigentliche Problem angegangen wird, sondern nur Symptombekämpfung stattfindet.
- 31 Das Problem hierbei ist demnach nicht die Kleidung einer Person, das Problem ist ganz
- 32 klar Sexismus! Sexistische Vorfälle müssen durch die Eindämmung sexistischen,
- 33 chauvinistischen, patriarchalen und heteronormativen Gedankenguts bekämpft werden,
- 34 nicht durch eine Drangsalierung, Herabwürdigung und Diskriminierung der Opfer.

35 Ein weiteres großes Problem von Kleidervorschriften können vergeschlechtlichte
36 Vorgaben bei Schulkleidung oder Schuluniformen sein, die besonders für TIN* Personen
37 (Trans, Inter, NonBinary) einen Leidensdruck hervorrufen können, da ihnen
38 vorgeschrieben wird, welche Art von Kleidungsstücken sie zu tragen haben und diese
39 nicht zur eigenen Geschlechtsidentität passen.

40 Abgesehen davon sind derartige Kleidervorschriften eine Einschränkung der
41 grundgesetzlich verankerten Garantie der freien Entfaltung der Persönlichkeit. Das
42 Recht auf Entfaltung ist aber kein Recht auf Hass. Gruppenbezogene
43 Menschenfeindlichkeit zählt nicht hinein, und deswegen soll Kleidung, die explizit
44 Botschaften transportiert, die die Würde des Menschen angreift oder
45 verfassungsfeindliche Symbole zeigt, verboten werden können. Innerhalb dieses Rahmens
46 gilt deshalb: Jeder Mensch soll so leben dürfen, wie er*sie es möchte. Jeder Mensch
47 hat das Recht auf freie Entfaltung. Jeder Mensch soll sich so definieren können, wie
48 er*sie eben möchte. Wir fordern deshalb, dass Kleiderordnungen, die vor allem darauf
49 abzielen, Kleidungsstücke die primär von FLINTA*s getragen werden, zu verbieten, im
50 Bayerischen Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen nicht weiter zugelassen
51 und ein entsprechendes Verbot festgeschrieben wird.

Antrag Z12: Sexualekunde reformieren, "Tag des Lebens" abschaffen

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	angenommen
Sachgebiet:	Z - Anträge vergangener Landeskonferenzen

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Adressat*innen: Juso-Landeskonferenz, BayernSPD-Landtagsfraktion, BayernSPD-
- 2 Landesparteitag
- 3 Die neue Rechte hat es sich zur Aufgabe gemacht, den fortschreitenden Kampf für
- 4 Gleichberechtigung der LGBTIQ+-Community zum Ziel ihres Hasses und ihrer Hetze zu
- 5 machen. Jegliche Form der sexuellen Aufklärung wird tabuisiert und als Gefahr für das
- 6 Kindeswohl gebrandmarkt. Dies ist nicht nur queerfeindlich, sexistisch und homophob –
- 7 sondern auch eine Gefahr für die körperliche und psychische Gesundheit vieler
- 8 Menschen. Eine frühe Aufklärung und Sensibilisierung ist für Schüler*innen von
- 9 zentraler Bedeutung, dafür muss diesem wichtigen Thema auch ausreichend Raum in der
- 10 Lehrer*innenausbildung gegeben werden.
- 11 Auch in den Schulen und dem Sexualekundeunterricht spiegelt sich dieser Stellenwert
- 12 gegenwärtig kaum wider. Es braucht eine Abkehr von Sexualität als Tabu-Thema und ein
- 13 reflektiertes Auseinandersetzen mit und Aufbrechen von Sexualisierung in unserer
- 14 gegenwärtigen patriarchalen Gesellschaft.
- 15 Die bayerische Staatsregierung hat mit der Einführung des „Tag des Lebens“ ein Format
- 16 ins Leben gerufen, das religiöser und sexistischer Propaganda gegen das Recht auf
- 17 Schwangerschaftsabbrüche eine Bühne in den Klassenzimmern des Landes bietet.
- 18 Sprecher*innen mit religiösem Hintergrund, in den allermeisten Fällen Gegner*innen
- 19 des Rechts auf Schwangerschaftsabbrüche, wird eine Bühne geboten, anstatt dass die
- 20 Schulen ihrem ausgewogenen Informations- und Aufklärungsauftrag nachgehen. Weltweit
- 21 zeigt sich, wie fragil die Rechte von FLINTA*s und LGBTQIA* Menschen sind – und
- 22 Bayern steht ebenfalls seit jeher in der ersten Reihe, diese Rechte klein zu halten.
- 23 Für uns ist klar: Der „Tag des Lebens“ muss unverzüglich abgeschafft werden!
- 24
- 25 Statt religiösem Fundamentalismus und einseitiger Einflussnahme auf Kinder und
- 26 Jugendliche fordern wir eine radikale Veränderung in der Sexualekunde in Bayern. Die
- 27 Schule hat einen Bildungs- und Erziehungsauftrag und ist daher dazu verpflichtet,
- 28 Aufklärungsarbeit zu leisten – unabhängig vom Standpunkt der Eltern zum Thema. Wir
- 29 fordern einen Sexualekundeunterricht aus einer feministischen Perspektive, der
- 30 folgende Themen umfasst:
- 31 Enttabuisierung von Sex, Sexualität, Gender, Geschlecht und Menstruation,
- 32 Gleichwertigkeit aller LGBTQIA* Menschen, Menschen aller Geschlechter und

33 verschiedenen non-konformen Äußerungen von Sexualität und Geschlecht, Kritisches
34 Hinterfragen des patriarchalen Familienbildes, Heteronormativität und binärer
35 Geschlechtsvorstellungen, Sensibilisierung für erlernte Geschlechterrollenbilder in
36 einer patriarchalen Gesellschaft, insbesondere die Rolle und Verantwortung von
37 Männern in dieser und Aufklärung über toxische Maskulinität

38 Lernen über den menschlichen Körper, biologische Aspekte der Menstruation, sowie
39 biologische Reproduktionssysteme, deren spezifische Krankheitsbilder und
40 Gesunderhaltung, Prävention von sexualisierter Gewalt, Die Unabdingbarkeit und
41 Etablierung von Consent („Ja heißt Ja“) bei zwischenmenschlichen Handlungen.

42 Es müssen pädagogische Konzepte ernst genommen und weiterentwickelt werden, die
43 frühzeitig altersgerechte Sexualpädagogik in verschiedenen Schulfächern
44 implementieren. Eine Thematisierung im Religionsunterricht oder durch Vertreter*innen
45 religiöser Gruppen lehnen wir entschieden ab. Es muss klar sein, dass die persönliche
46 Entscheidung über einen Schwangerschaftsabbruch nur betroffenen Personen obliegt und
47 keine Diskussionsgrundlage für andere darstellt.

48 Im Zuge der Enttabuisierung von Sexualität fordern wir, dass öffentliche
49 Einrichtungen, insbesondere Bildungsinstitutionen menstruierende Personen unterstützen
50 indem sie sowohl eine erleichterte Krankschreibung ermöglichen als auch kostenlose
51 Menstruationshilfsmittel wie Wärmflaschen, Menstruationsprodukte, Wärmekissen,
52 Wärmepads und Tapes, zur Verfügung stellen.

53 Schulen sollen zudem Präventionsarbeit gegen sexualisierte Gewalt leisten und
54 Betroffenen mit Anlaufstellen zur Seite stehen können. Dafür soll an allen Schulen
55 geschaffen werden: Safer Spaces für Frauen, Lesben, Inter, nicht binäre und trans
56 (FLINTA*) Personen sowie für queere Schüler*innen,

57 Eine Anlaufstelle für betroffene Schüler*innen, die sexualisierte Gewalt, Mobbing,
58 Exklusion und sexistischer Sprüche in oder außerhalb der Schule durch
59 Mitschüler*innen, Eltern oder Lehrkräfte erleben mussten,

60 Eine Integration der bewussten Auseinandersetzung mit geschlechterspezifischen
61 Rollenbildern, insbesondere die kritische Reflexion von Männlichkeitsbildern und -
62 dynamiken fächerübergreifend in den Unterricht.

63 Darüber hinaus fordern wir die Aufsetzung eines „Wehrhafte FLINTA*s“ Programms. Den
64 FLINTA*-Schüler*innen soll ermöglicht werden zu lernen, wie man sich in verschiedenen
65 Bereichen wie Kampfsport, Rhetorik, etc. selbst verteidigen kann. Dabei soll auch
66 dafür sensibilisiert und herausgearbeitet werden, wie wichtig Solidarität
67 untereinander für FLINTA*s ist.

Antrag Z13: Betroffene polizeilicher Maßnahmen schützen – Body-Cam Einsatz nicht in Ermessen der Polizei legen!

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	angenommen
Sachgebiet:	Z - Anträge vergangener Landeskongressen

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Adressat*innen: Juso Landeskongress, BayernSPD, SPD Landtagsfraktion im bayerischen
- 2 Landtag
- 3 Wir wollen die aktuelle Regelung zu körpernah getragenen Kameras (sog. Body-Cams)
- 4 ändern, um Willkür zu verhindern und sie als ein effektives Mittel zum Schutz der
- 5 Bürger*innenrechte zu verwenden und nicht nur einseitig zum Schutz von
- 6 Polizist*innen.
- 7 Die aktuellen Regelungen dazu finden sich im Polizeiaufgabengesetz wieder. Die nun
- 8 vorgeschlagenen Änderungen rütteln nicht an der Tatsache, dass das
- 9 Polizeiaufgabengesetz verfassungswidrig ist und sofort zurückgenommen werden muss.
- 10 Wir setzen uns weiterhin für ein Bayerisches Polizeigesetz nach demokratischen
- 11 Prinzipien ein!
- 12 Wir weisen zudem explizit darauf hin, dass das Filmen polizeilicher Maßnahmen durch
- 13 Privatpersonen rechtens ist. Die Forderungen sind dennoch notwendig, da nicht immer
- 14 Dritte anwesend sind, die die Möglichkeit zur Dokumentation haben.
- 15 Durch das Aufzeichnen von Bild und Ton greift die Polizei in das Grundrecht auf
- 16 informationelle Selbstbestimmung ein. Dieser Eingriff benötigt einen berechtigten
- 17 Grund. Bisher dient das Aufnehmen dazu, die Polizeibeamt*innen sowie Dritte zu
- 18 schützen, da die Aufnahme deeskalierend sei. Hierzu gibt es verschiedene
- 19 Erfahrungsberichte.
- 20 Wir sehen in der Body-Cam die bisher nicht niedergeschriebene Möglichkeit, vor allem
- 21 auch die von der polizeilichen Maßnahme betroffene Person zu schützen. Durch eine
- 22 Aufnahme überlegen sich Polizist*innen zweimal, welche Worte sie nutzen und welche
- 23 Maßnahme sie ergreifen, da per Video dokumentiert ist, ob die im Nachhinein
- 24 vorgebrachte Schilderung der Tat wirklich so geschehen ist.
- 25 Wir sehen durch eine entsprechend strikte Regelung zum Vorteil betroffener Personen
- 26 die Möglichkeit, sowohl Racial Profiling als auch rechtswidrige Polizeigewalt
- 27 einzudämmen.
- 28 Uns ist bewusst, dass dies nicht zum Erreichen dieser Ziele reicht, sondern nur eine
- 29 kleine Maßnahme viel größerer, längst notwendiger Reformen sein kann.
- 30 **Wann soll gefilmt werden?**
- 31 Wir lehnen ausdrücklich eine permanente Videoüberwachung im öffentlichen Raum ab. Der

32 Einsatz der Body-Cam kann daher nicht permanent sein.
33 Für den Einsatz wägen wir ab, in welchen Situationen der Eingriff in das Grundrecht
34 auf informationelle Selbstbestimmung aus unserer Sicht hinnehmbar ist, da die
35 Aufzeichnung vor Missbrauch schützt oder Missbrauch dokumentiert, um im Nachgang
36 gegen ihn vorzugehen. Der Einsatz muss in jedem Fall erkennbar sein. Wenn er nicht
37 offensichtlich ist, muss durch die Beamt*innen darauf hingewiesen werden.

38 **Rechtswidrige Polizeigewalt**

39 Wir möchten rechtswidrige Polizeigewalt im "Streifen-Alltag" eindämmen:
40 Wir fordern, dass Polizeibeamt*innen in bei der Durchführung einer polizeilichen
41 Maßnahme verpflichtend selbige aufnehmen müssen, sobald unmittelbarer Zwang (also
42 beginnend bei körperlichen Griffen) angewandt wird. So soll die Maßnahme dokumentiert
43 werden, um ihre Rechtmäßigkeit im Nachgang immer auch anhand objektiver Beweismittel
44 (statt nur anhand von Aussagen), überprüfen zu können.

45 **"Pre-Rec"-Funktion**

46 Die sog. "Pre-Rec"-Funktion (= Pre-Recording) sorgt aktuell dafür, dass ab Drücken
47 des Knopfs zur Aufnahme die vorherigen 30 Sekunden ebenfalls abgespeichert werden, um
48 den Grund der Aufnahme zu dokumentieren. Das setzt voraus, dass die
49 Polizeibeamt*innen unmittelbar den Knopf drücken, sobald die Eingriffsschwelle
50 erreicht ist. Das halten wir in der Praxis, gerade bei sehr dynamischen und auch
51 gefährlichen Situationen, nicht für zumutbar. Wir wollen die "Pre-Rec"-Länge daher
52 unter Wahrung des Datenschutzes ausweiten. Hierfür muss geprüft werden, inwieweit
53 eine Länge von zwei bis fünf Minuten vertretbar wäre. Diese Zeit halten wir für
54 sinnvoll, um den Grund des Eingreifens in jedem Fall zu dokumentieren.

55 **Aufnahme auf Verlangen**

56 Wir fordern, dass von polizeilichen Maßnahmen betroffene Personen das Recht haben,
57 die Aufzeichnung der Maßnahme selbst zu verlangen. So entscheiden sie über ihr Recht
58 auf individuelle Selbstbestimmung und können die Maßnahme dokumentieren lassen, wenn
59 sie sich unwohl fühlen oder die Rechtmäßigkeit anzweifeln. Einen Grund müssen sie den
60 Beamt*innen jedoch nicht nennen.

61 Um dieses Recht zu garantieren, soll eine Spracherkennungsfunktion geprüft werden,
62 wodurch die betroffene Person die Aufzeichnung auslösen kann und nicht auf ein
63 aktives Handeln der Beamt*innen angewiesen ist.

64 **Ermessensspielraum bei gewaltlosen Situationen**

65 Wir wollen der Polizei in gewaltlosen Situationen weiterhin die Möglichkeit geben,
66 eine Maßnahme aufzuzeichnen, wenn dies eine schützende Wirkung hat. Die Erfahrungen
67 zeigen, dass sich einige Personen in einer solchen Situation zurückhaltender
68 benehmen, wenn sie gefilmt werden.

69 **Flächenausstattung**

70 Um den angestrebten Schutz flächendeckend zu erreichen, fordern wir, dass jede
71 uniformierte Polizeistreife zu jedem Zeitpunkt mit mindestens einer funktionierenden
72 Body-Cam ausgestattet sein muss. Sie muss darin beschult sein und beim Tragen der
73 Body-Cam eindeutig als Träger*in gekennzeichnet sein. Zuwiderhandlungen gegen diese
74 und andere Regelungen zu den Kameras werden dienstrechtlich verfolgt.

75 **Verarbeitung der Aufnahmen**

76 Wir bleiben bei der Forderung nach einer unabhängigen Beschwerde- und
77 Ermittlungsstelle für die Polizei. Diese soll auch die Aufzeichnungen verwalten, um
78 eine Manipulation durch Polizist*innen zu verhindern.

79 **Zugriffe**

80 Ist die Aufzeichnung ein Beweismittel für ein Straf- oder
81 Ordnungswidrigkeitsverfahren gegen eine Zivilperson, erhalten die zuständigen
82 polizeilichen Sachbearbeiter*innen eine Kopie. Die Daten unterliegen dann den bereits
83 vorhandenen Richtlinien und Löschfristen für Beweismittel.

84 Ist die Aufzeichnung zur Kontrolle unmittelbaren Zwangs oder auf Verlangen der
85 betroffenen Person erfolgt, so wird die Aufzeichnung mindestens zwei Monate
86 gespeichert. Die betroffene Person kann in dieser Zeit rechtliche Schritte gegen die
87 zugrunde liegende Maßnahme einleiten und die Aufzeichnung als Dokumentation anführen.
88 Weiter kann sie eine Verlängerung der Speicherzeit ohne Angabe von Gründen verlangen,
89 beispielsweise, weil sie mehr Bedenkzeit benötigt. In diesem Fall soll die
90 Aufzeichnung sechs Monate gespeichert bleiben. Der betroffenen Person wird zudem das
91 Recht eingeräumt, die Aufzeichnung einzusehen. Hierfür fordern wir geeignete, nicht
92 bei der Polizei angesiedelte Stellen, die in einer angemessenen Entfernung liegen und
93 bürger*innenfreundlich betrieben werden. Die von den Maßnahmen betroffenen Personen
94 müssen von den handelnden Polizist*innen über diese Möglichkeit und die Kontaktwege
95 informiert werden.

96 Erfolgt eine Anzeige der handelnden Beamt*innen – durch die betroffene Person, durch
97 Dritte oder durch andere Polizeibeamt*innen – gelten die Regelungen von
98 Strafverfahren. Hierbei ermittelt dann jedoch die unabhängige Beschwerde- und
99 Ermittlungsstelle.

100 Ergeht nach zwei Monaten kein Anhaltspunkt für eine weitere Verwendung, werden die
101 Aufzeichnung ohne weiteres, also auch ohne Ansicht gelöscht.

102 **Technische Anforderungen**

103 Zur Aufzeichnung werden weitere Daten gespeichert, wie Datum, Uhrzeit,
104 aufzeichnende*r Beamt*in und GPS-Daten. Zusätzlich wird eine technische Möglichkeit
105 geschaffen, wodurch der*die Beamtin im Nachgang den Grund der Aufnahme angibt, also
106 ob durch eigenes Ermessen, auf Verlangen oder zur Dokumentation unmittelbaren Zwangs.
107 Bei der Bildaufzeichnung muss auf einen möglichst großen Erfassungsbereich geachtet

108 werden. Hier sollen Weitwinkelaufnahmen geprüft werden.

109 **Datensicherheit**

110 Die hochsensiblen Daten, die durch staatliches Handeln erzeugt werden, dürfen nicht
111 auf privatwirtschaftlichen Servern gespeichert werden. Es müssen staatseigene Server
112 geschaffen werden. Diese dürfen jedoch nicht vom Innenministerium, dem die Polizei
113 unterstellt ist, verwaltet werden. Der Staat muss die Datensicherheit garantieren.

114 **Aufgezeichnete Dritte**

115 Die Aufzeichnungen dürfen nur dann gegen Dritte verwendet werden, wenn diese ein
116 Kapitalverbrechen begehen.

117 **Begleitmaßnahmen**

118 Unsere weiteren Beschlusslagen zum Thema Sicherheitspolitik, Polizei und
119 Polizeiaufgabengesetz bleiben von diesem Antrag unberührt und sind weiterhin mehr als
120 notwendige Maßnahmen!

121 **Kennzeichnungspflicht**

122 Wir betonen unsere Beschlusslage, dass alle Polizist*innen eine Kennzeichnung
123 mitführen, wodurch sie für Dritte zu identifizieren sind. Das ist auch für
124 Aufzeichnungen der Bodycam wichtig.

125 **Informationskampagne**

126 Die breite Zivilgesellschaft muss durch gezielte Kampagnen darauf hingewiesen werden,
127 welche Rechte sie in Situationen mit der Polizei haben, dass sie das Recht haben, die
128 Maßnahme aufzeichnen zu lassen und welche Schritte ihnen im Anschluss vorbehalten
129 bleiben.

Antrag Z14: Verfassungsschutz abschaffen- und dann?

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	angenommen
Sachgebiet:	Z - Anträge vergangener Landeskonferenzen

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Adressat*innen: Landeskonferenz der Jusos Bayern, Landesparteitag der Bayern SPD,
- 2 Bundeskongress der Jusos
- 3 Der Verfassungsschutz muss abgeschafft werden. Zahlreiche Anschläge von rechts werden
- 4 nicht nur nicht verhindert, wie etwa in Halle oder Hanau, im Gegenteil, sie werden
- 5 wohl gerade gefördert. So zeigt der NSU Komplex beispielhaft auf, dass eingeschleust
- 6 oder angeworben V- Personen den NSU mit aufgebaut haben – mit Mitteln des
- 7 Verfassungsschutzes. Gesammelte Informationen dieser V-Personen wurden nur ungenügend
- 8 ausgewertet. Auch die NPD konnte letztendlich nicht verboten werden, weil V-Personen
- 9 im Führungskader waren.
- 10 Doch das ist nur ein kleiner Ausschnitt aus dem behördlichen Totalversagen. Auch das
- 11 ideologische Festhalten an der Hufeisentheorie und der übermäßige Fokus auf
- 12 vermeintlichen "Linksextremismus" zählt hier dazu. Zudem sind zahlreiche
- 13 Mitarbeitende gesichert rechtsradikal, gerade in der Anfangszeit wurde der
- 14 Verfassungsschutz von Alt-Nazis besetzt.
- 15 Die Methoden des Verfassungsschutzes sind undurchsichtig, Betroffene von
- 16 Abhörmaßnahmen erfahren meist nie etwas davon. Außerdem gibt es kaum Kontrolle, weder
- 17 von der G10 Kommission noch von Richter*innen, weil diese den Maßnahmen nicht
- 18 zustimmen müssen.
- 19 Der Verfassungsschutz ist nicht reformierbar. Er muss als solcher abgeschafft
- 20 werden.

21

1. Verfassungsschutz abschaffen

- 22 Wir sehen es als Notwendigkeit, das Bundesamt und die Landesämter für
- 23 Verfassungsschutz abzuschaffen und den Demokratieschutz in die Hände öffentlich
- 24 besser kontrollierbarer und transparenterer Institutionen zu legen, in ein
- 25 Demokratieinstitut.
- 26 Zudem bedarf es einer institutionellen Trennung zwischen einem Demokratieinstitut und
- 27 dem polizeilichen Staatsschutz, welcher dann gerade nicht als Verfassungsschutz 2.0
- 28 fungieren soll. Beide sind in ihrer Arbeit voneinander unabhängig und die Arbeit der
- 29 einen wird nicht von der Arbeit der anderen Stelle übernommen (Neues
- 30 Trennungsprinzip).
- 31 Zu demokratiefeindlichen Bestrebungen zählen für uns insbesondere solche, die die
- 32 Mitbestimmung aller Menschen in unserer Gesellschaft und somit auch die Gleichheit

33 aller Menschen in Frage stellen. Dazu zählen für uns einzelne Einstellungen,
 34 Personen, aber auch Gruppen und Organisationen sowie gesamte gesellschaftliche
 35 Phänomene.
 36 Darüber hinaus gefährdet der Kapitalismus als System unsere Demokratie.
 37 Freiheit, Würde und Gleichheit sind unverrückbare Prinzipien einer solidarischen und
 38 demokratischen Gesellschaft.

39

2. Demokratieinstitut

40 Um den Schutz der Demokratie und die Bekämpfung antidemokratischer Strukturen
 41 weiterhin gewährleisten zu können, fordern wir die Schaffung eines
 42 Demokratieinstituts, sowie die Auslagerung übrig gebliebener Kompetenzen an den
 43 polizeilichen Staatsschutz.

44 Beim Demokratieinstitut handelt es sich um ein wissenschaftliches Forschungsinstitut,
 45 das durch die Sammlung und Auswertung öffentlicher Quellen Erkenntnisse
 46 zusammenträgt. Diese sollen analysiert werden, um sie auf eine mögliche Gefahr für
 47 die freiheitlich demokratische Grundordnung, beispielsweise durch gruppenbezogene
 48 Menschenfeindlichkeit, zu überprüfen.

49 Es ist ganz klar getrennt vom polizeilichen Staatsschutz. Das Demokratieinstitut,
 50 welches keinerlei Handlungskompetenzen hat, ist für die Sammlung, Auswertung und
 51 Systematisierung von Informationen zuständig. Der polizeiliche Staatsschutz handelt
 52 ausschließlich auf Grundlage der ihm vorliegenden Informationen und darf selbst keine
 53 derartigen analytischen Kompetenzen wahrnehmen.

54 Hauptaufgabe des Instituts ist das Sammeln und Auswerten von öffentlich zugänglichen
 55 Informationen. Darunter fallen sozialwissenschaftliche, politikwissenschaftliche,
 56 historische und psychologische Forschungen. Das Institut arbeitet also eng zusammen
 57 mit Universitäten und wissenschaftlichen Forschungsstellen.

58 Auf Grundlage der gesammelten Informationen werden anschließend wissenschaftliche
 59 Analysen erstellt. Diese können einen „Ist-Zustand“ zusammengefasst beschreiben, sie
 60 können Probleme und Gefahren erkennen und sie können konkrete Handlungsempfehlungen
 61 geben. Insgesamt dienen die Analysen als Grundlage für konkrete Maßnahmen seitens der
 62 Politik und der Zivilgesellschaft, um gegen antidemokratische und menschenfeindliche
 63 Tendenzen vorzugehen. Hierbei sollen sowohl gesamtgesellschaftliche Entwicklungen als
 64 auch konkrete Organisationen und Einzelpersonen betrachtet werden.

65 Hierbei ist wichtig, dass die gesammelten Informationen öffentlich zugänglich sind,
 66 auch muss über die Beschaffungswege Transparenz gewahrt werden. Nur so kann
 67 gewährleistet werden, dass Betroffene gegen Publikationen juristisch vorgehen können.

68 Um wissenschaftliche, qualitative Standards zu bewahren, soll das Institut ein Budget
 69 erhalten, durch welches Forschung sowie geplante Projekte finanziert werden können.

70 Das Demokratieinstitut soll zusätzlich einen Beirat bekommen, in welchem
 71 antifaschistische und zivilgesellschaftliche Bündnisse und Organisationen vertreten
 72 sind. Dieser hat die Aufgabe, das Institut zu beraten und zu kontrollieren.

73 Essentiell ist, dass das Demokratieinstitut unabhängig von der Exekutive ist. Weder

74 Politiker*innen, noch die Polizei haben zu bestimmen, was menschen- oder
75 demokratiefeindlich ist. Dies obliegt in diesem Sinne dem Demokratieinstitut und auf
76 anderer Ebene der Judikative.

77 Zudem hat das Demokratieinstitut eine Kontaktstelle, an die sich Bürger*innen, sowie
78 NGOs und weitere demokratische Verbände und Organisationen wenden können, um dem
79 Institut nähere Informationen zu beschaffen. Diese Informant*innen werden nicht wie
80 im V-Personen System des Verfassungsschutz bezahlt. Wir wollen, dass Demokrat*innen
81 aufgrund ihrer demokratischen Überzeugung die Verfassung schützen und nicht, dass
82 Extremist*innen wenig Informationen für viel Geld verkaufen. Extremist*innen, die aus
83 einer Szene aussteigen wollen, können sich ebenfalls an diese Kontaktstelle wenden.
84 Sie sollen dann durch das Institut an ein entsprechendes Aussteigerprogramm o.ä.
85 vermittelt werden und so zusätzlich bei der Reintegration in die Demokratische
86 Gesellschaft unterstützt werden.

87

3. polizeilicher Staatsschutz

88 Der polizeiliche Staatsschutz befasst sich mit gegen den Staat gerichteten
89 Bestrebungen, sobald diese polizeilich relevant werden. Dabei wird er in der Regel
90 durch eigene Abteilungen in den Polizeibehörden organisiert. Für ihn gibt es daher
91 keine gesonderten Rechtsgrundlagen. Es gelten die jeweiligen allgemeinen Vorschriften
92 für die Polizei. Er soll entsprechend präventive wie repressive Aufgaben wahrnehmen.
93 Dazu zählen das Befassen mit „politisch motivierter Kriminalität“, terroristischen
94 Straftaten sowie mit Spionageabwehr.

95 Jene Kompetenzen der aktuell noch bestehenden Verfassungsschutzbehörden, die wir für
96 sinnvoll halten und Aufgaben, die weiterhin wahrgenommen werden müssen, sollen
97 ausgelagert und an eben jenen polizeilichen Staatsschutz eingelagert werden. Beim
98 polizeilichen Staatsschutz handelt es sich um eine Abteilung der Polizeibehörden, die
99 sich mit bereits geschehenen, aber auch kurz vor der Verwirklichung stehenden
100 Straftaten gegen den demokratischen Staat, der sogenannten „politisch motivierter
101 Kriminalität“, beschäftigt.

102 Die Arbeit des Staatsschutzes unterliegt dabei bestimmten Eingriffsschwellen, die
103 sich an der Konkretheit und der Schwere einer möglichen Gefahr orientieren. Die
104 jeweiligen Eingriffsschwellen erlauben damit dem Staatsschutz, schon vor der Begehung
105 einer Straftat einzugreifen.

106 Wir sind uns der strukturellen Probleme der Polizeibehörden – von Rassismus- und
107 Antisemitismus-Skandalen über Reichsbürgerstrukturen bis zur Rolle in den NSU-Morden
108 – bewusst. Der Polizei die Verantwortung für den Schutz der Demokratie zu übertragen,
109 birgt Gefahren und linke Bewegungen lagen mit ihre Warnungen in diesem Bezug in der
110 Vergangenheit richtig.

111 Gleichzeitig ist es, zumindest für die Zwischenzeit, notwendig, mithilfe staatlicher
112 Behörden rechte und faschistische Gefahren abzuwehren, weil sie die notwendigen
113 Mittel besitzen. Auch wenn der Staat in seiner aktuellen Form nicht unserem Ideal
114 entspricht, ist er doch die derzeit beste Grundlage dafür, diese Ideale umzusetzen.
115 Ein Staat, wie ihn sich unsere politischen Gegner*innen erträumen, versperrt uns

116 diesen Weg im besten Fall.

117 Aus diesem Zwiespalt heraus ist es auch notwendig, die Maßnahmen und Wege zu
 118 betrachten, mit denen diese Gefahren abgewehrt werden sollen. Wir müssen die Polizei
 119 daher endlich grundlegend reformieren und so demokratisch und menschenfreundlich
 120 gestalten. Dafür halten wir an den bisherigen Beschlusslagen zur Polizei fest.
 121 Insbesondere unabhängige Beschwerde- und Ermittlungsstellen müssen dringend
 122 eingeführt werden, um die gesamte Polizei und so auch den hier beschrieben
 123 polizeilichen Staatsschutz zu kontrollieren.

124 Aus diesem Grund betonen wir die Notwendigkeit der Trennung des Demokratieinstituts
 125 und des Staatsschutzes. Erkenntnisse zu demokratiefeindlichen Bestrebungen sammelt
 126 und wertet das Demokratieinstitut aus öffentlichen Quellen und in der Zusammenarbeit
 127 mit wissenschaftlichen Forschungsstellen aus. Dabei nutzt es keine polizeilichen
 128 Mittel.

129 Der Staatsschutz nimmt keine demokratiewissenschaftliche Auswertung wie das
 130 Demokratieinstitut vor. Die Basis seiner Arbeitsweise muss wissenschaftlich sein,
 131 statt durch das Innenministerium gesteuert. Daher wird auch die Kategorie “politisch
 132 motivierte Kriminalität” abgeschafft. Der Fokus liegt auf Gefahren und Straftaten,
 133 welche die Demokratie gefährden oder auf gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit
 134 basieren.

135 Er ist darauf beschränkt, konkrete Gefahren abzuwehren und Straftaten zu verfolgen,
 136 gerade auf der Grundlage der gesammelten Infos.

137

4. Eingriffsschwellen

138 Die Maßnahmen der Polizei in der Strafverfolgung und der Prävention von Straftaten
 139 sind umfangreich. Jede Maßnahme greift dabei in die Grundrechte von Personen ein,
 140 z.B. durch eine Festnahme in das Grundrecht auf Freiheit. Deshalb müssen für jeden
 141 Eingriff eigens festgelegte Voraussetzungen erfüllt sein. In der Strafverfolgung sind
 142 diese durch die StPO bundesweit einheitlich geregelt.

143 Im präventiven Bereich, also zur Gefahrenabwehr, ergeben sich die Maßnahmen und ihre
 144 Eingriffsschwellen aus den jeweiligen Gesetzen für Landes- und Bundespolizei. Hierbei
 145 ist festzustellen, dass sich die möglichen Maßnahmen selbst und auch die jeweiligen
 146 Eingriffsschwellen bundesweit unterscheiden. Länder, die von einer konsequenten Law-
 147 and-Order-Praxis schwärmen, geben ihrer Polizei dabei deutlich mehr Befugnisse und
 148 niedrigere Eingriffsschwellen, bspw. durch das Weglassen einer gerichtlichen
 149 Anordnung. So wird Missbrauch einfacher und Kontrolle schwieriger. Das gilt für die
 150 Polizeigesetze allgemein, aber auch für den polizeilichen Staatsschutz, der nach
 151 denselben Gesetzen handelt.

152 Weiter ist festzustellen, dass ähnlich schwere Grundrechtseingriffe im präventiven
 153 Bereich deutlich geringere Schwellen haben, als im strafprozessualen Bereich. Häufig
 154 wird mit rechtlich schwammigen Begriffen wie “drohende Gefahr” oder der “öffentlichen
 155 Ordnung” gearbeitet. Zudem können Personen in einigen Bundesländern für die Abwehr
 156 einer Straftat, deren eigener Strafraum selten zu einer Haftstrafe führen würde,

157 Tage- bis Wochen in Präventivhaft genommen werden.

158 Wir fordern daher ein Musterpolizeigesetz unter Wahrung der Menschenrechte, um
159 bundeseinheitliche Eingriffsschwellen festzulegen und hoch anzusiedeln. Wichtig ist
160 uns hierbei, gerichtliche Anordnungen nur bei triftigen Gründen wegzulassen.

161

5. Rechtsschutz

162 Die Maßnahmen des polizeilichen Staatsschutzes dienen häufig der weiteren
163 Informationsgewinnung, um konkrete Straftaten rechtzeitig abwehren oder nach
164 Vollendung umfänglich aufklären zu können. Um die Maßnahmen selbst nicht zu
165 gefährden, wird dabei häufig verdeckt vorgegangen, also ohne dass die betroffene
166 Person zu diesem Zeitpunkt weiß, dass sie einer polizeilichen Maßnahme unterzogen
167 wird. Das halten wir unter Beachtung der rechtlichen Hürden und der
168 Verhältnismäßigkeit auch weiterhin für sinnvoll, um menschenverachtende Straftaten
169 effektiv zu verhindern oder aufzuklären.

170 Um Grundrechte und die Verhältnismäßigkeit strikt zu schützen und sicherzustellen,
171 fordern wir gerichtliche Anordnungen bei allen verdeckten Maßnahmen. Die Entscheidung
172 sollen dann spezialisierte Richter*innen treffen, die sich bestens mit den möglichen
173 Maßnahmen und den besonderen Anforderungen an die Verhältnismäßigkeit auskennen.
174 Umfassende und regelmäßige Fortbildungen in Bezug auf diese Maßnahmen müssen
175 vorgeschrieben sein. Diese Kurse sollen auch den Austausch mit Initiativen umfassen,
176 die sich zivilgesellschaftlich für den Schutz vor Überwachung und der Privatsphäre
177 einsetzen. Die Richter*innen sollen in Kammern bei den Oberlandesgerichten arbeiten,
178 Rechtsmittel müssen umfassend ermöglicht werden.

179 Weiterhin ist es in diesen Fällen nicht möglich, dass sich die betroffene Person
180 selbst gegen diese Maßnahme verteidigt. Um ihre Rechte dennoch in der
181 Entscheidungsfindung zu vertreten, fordern wir die Einrichtung eines
182 Verteidigungssystem. Pflichtverteidiger*innen sollen die Betroffenen auch ohne deren
183 Wissen nach zufälliger Zuordnung vertreten.

184

6. Kontrollmöglichkeiten

185 Der polizeiliche Staatsschutz dringt durch seine Maßnahmen häufig in den engsten
186 privaten Lebensbereich ein. Daher bedarf es für ihn neben einem ohnehin geforderten
187 Beschwerde- und Ermittlungsstellen für die Polizei weitere gesonderte
188 Kontrollmöglichkeiten.

189 Der polizeiliche Staatsschutz soll daher von einem parlamentarischen Kontrollgremium
190 kontrolliert werden. Zudem soll es eine*n eigene*n Staatsschutzbeauftragte*n geben,
191 der*die durch den Bundestag bestimmt wird.

192 Für die Erhaltung der Demokratie ist es wichtig, wie effektiv der polizeiliche
193 Staatsschutz agiert. Die Arbeit des polizeilichen Staatsschutz muss daher ständig
194 wissenschaftlich begleitet und analysiert werden. Durch wissenschaftliche Erhebungen
195 kann kontrolliert werden, ob die Maßnahmen effektiv und die damit einhergehenden
196 Grundrechtseingriffe noch verhältnismäßig sind. Die Verantwortung für diese Kontrolle

197 trägt das parlamentarische Kontrollgremium.

198 Damit eine Straftat in die Kategorie der demokratiefeindlichen Kriminalität fällt,
199 muss sie als solche erkannt werden. Hierfür werden Polizist*innen in Kooperation mit
200 dem Demokratieinstitut gesondert geschult, um rassistische und demokratiefeindliche
201 Phänomene gezielt zu erkennen. Zudem wird durch verpflichtende Fortbildungen
202 gewährleistet, dass die Polizist*innen selbst weiterhin auf dem Boden der
203 freiheitlich demokratischen Grundordnung stehen.

204

7. Schnittstellen

205 Ein regelmäßiger Austausch soll gewahrt werden. Dabei muss die Kompetenzverteilung
206 allerdings zwingend gewahrt werden.

207 Das Demokratieinstitut und der polizeiliche Staatsschutz sind in gewissem Maße
208 voneinander abhängig und brauchen daher einen festgelegten Weg der Kooperation.
209 Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit führt regelmäßig zur Gefährdung der Demokratie
210 und zu konkreten Straftaten, teils kostet sie sogar Menschenleben. Um dies im Vorfeld
211 durch den polizeilichen Staatsschutz abzuwehren, ist er auf die Datensammlungen und
212 Analysen des Demokratieinstituts angewiesen.

213 Umgekehrt ist es für die Analysen des Demokratieinstituts unerlässlich, über
214 geschehene demokratie Kriminalität informiert zu sein, um Tatmotive, Anstiftung,
215 vorherige Radikalisierungsprozesse sowie Qualität und Quantität in umfassende
216 wissenschaftliche Lagebilder mit einzubeziehen. Gleiches gilt jedoch für die Fälle,
217 in denen das Demokratieinstitut auf bestimmte Personen oder Gruppen aufmerksam machte
218 und so Straftaten verhindert werden konnten.

219 Um diesen entstehenden Aufgaben nachzukommen, bedarf es Schnittstellen zwischen
220 Demokratieinstitut und politischem Staatsschutz auf verschiedenen Ebenen.

221 In konkreten Fällen und durch das DI analysierten Gefahren ist ein direkter Kontakt
222 zwischen Sacharbeiter*innen beider Institutionen hinnehmbar und zudem nötig, da sie
223 die jeweiligen Experten in ihrem Bereich sind. Es muss die Möglichkeit geben, die
224 jeweiligen wissenschaftlichen und rechtlichen Bewertungen rückzumelden, um
225 auszutarieren, ob es sich um einen Fall für den polizeilichen Staatsschutz handelt,
226 oder (noch) nicht. Hierbei gilt aber weiterhin, dass der polizeiliche Staatsschutz
227 nicht selbst Daten sammeln darf, jedoch darüber hinaus auch nicht als Auftraggeber
228 für das Demokratieinstitut auftritt. Es besteht keinerlei Machtbeziehung oder
229 Anordnungsbefugnis.

230 Um dem Ziel der Bekämpfung antidemokratischer Bestrebungen zielgerichtet nachkommen
231 zu können, soll der polizeiliche Staatsschutz einer besonderen Auskunftspflicht
232 gegenüber dem Demokratieinstitut unterliegen.

233 Eine Zusammenarbeit ist unerlässlich, die getrennten Aufgabenbereiche müssen jedoch
234 gewahrt werden.

Antrag Z15: Wasserzugang im öffentlichen Raum

Antragsteller/in:	Jusos Oberpfalz
Status:	angenommen
Sachgebiet:	Z - Anträge vergangener Landeskongresse

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Adressat*innen: Landeskongress, SPD Landesvorstand, SPD Landtagsfraktion
- 2 In Deutschland, gerade in Bayern, haben wir high quality Leitungswasser. Doch ist das
- 3 Wasser nicht für alle und überall zugänglich, obwohl die EU bereits 2020 eine neue
- 4 Richtlinie verabschiedet hat, die eben genau das für alle EU-Bürger*innen
- 5 garantieren soll. Mit der UN-Resolution 64/292 wurde bereits 2010 der Zugang zu
- 6 sauberem Wasser als Menschenrecht verankert. Leider trifft das auch in Deutschland
- 7 nicht zu. Gerade im öffentlichen Raum gibt es oft keine Möglichkeit an sauberes
- 8 Trinkwasser zu kommen. Diese Herausforderung, gerade für wohnungslose Menschen,
- 9 können wir nicht weiter akzeptieren.
- 10 Wir fordern daher: Es muss kostenlose Wasserspender im öffentlichen Raum geben! Vor
- 11 allem in städtischen Parkanlagen, oder auf innerstädtischen Flächen auf denen
- 12 Leute verweilen muss der Zugang zu kostenlosem, hochwertigem Wasser garantiert
- 13 werden. Außerdem muss Leitungswasser in Restaurants und Cafés kostenlos angeboten
- 14 werden.
- 15 Zudem fordern wir: Das Recht auf sauberes (Trink-) Wasser muss in Deutschland endlich
- 16 im Grundgesetz verankert werden, um Bestrebungen nach einer Wasserprivatisierung ein
- 17 für alle Mal zu stoppen. Wasserqualität sowie Zugang müssen weiterhin in
- 18 öffentlicher Hand bleiben.

Antrag Z16: Natur für alle- Schwammerlparagraph ausweiten!

Antragsteller/in:	Jusos Oberpfalz
Status:	angenommen
Sachgebiet:	Z - Anträge vergangener Landeskonferenzen

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Adressat*innen: Bundesparteitag, Bundestagsfraktion, Landeskonferenz,
- 2 Landesparteitag, Landtagsfraktion, Bundeskongress
- 3 In Deutschland soll das sog. "Jedermannsrecht" nach skandinavischem Vorbild
- 4 eingeführt werden. Dies ermöglicht der Allgemeinheit die Erfahrbarkeit der Natur
- 5 unabhängig der Besitzverhältnisse des Bodens, sofern kein oder nur geringer
- 6 Einfluss ausgeübt wird.
- 7 Zum Schutz von Natur und Wildtieren sollen neben Naturschutzgebieten auch bestimmte
- 8 Ruhezonen definiert werden, deren Betreten oder Befahren ganzjährig oder zumindest zu
- 9 bestimmten Zeiten am Tag oder im Jahr reglementiert werden kann.
- 10 Das Jedermannsrecht soll für alle gelten, die sich in Deutschland aufhalten. Zur
- 11 Nutzung ist kein Geld oder Erlaubnis notwendig und es kann nicht ohne guten Grund
- 12 verwehrt werden. Das Recht darf nur ausgewirkt werden, wenn es keinen oder minimalen
- 13 Schaden auf die Umwelt auswirkt und keine Störungen erzeugt. Die
- 14 Grundbesitzverhältnisse haben keinen Einfluss auf die Ausübung des Rechts.
- 15 Ausgenommen sind Privatgärten, kultivierte Felder, Gärten unter spezieller
- 16 Nutzung (u.a. Übungsgärten) sowie
- 17 Naturschutzgebiete.
- 18 Das Jedermannsrecht erlaubt es, die Natur für Freizeitaktivitäten wie etwa Ski- und
- 19 Radfahren, Spaziergehen, Gassigehen mit Hunden und Pferdereiten zu überqueren.
- 20 Wird der Einfluss auf die Natur geringgehalten (z.B. Müll wieder eingesammelt)
- 21 erlaubt das Jedermannsrecht Kämpfen und Picknicken auf jeder Fläche in der Natur
- 22 für eine begrenzte Zeit. Sofern es sich nicht um geschützte Arten handelt, haben
- 23 alle das Recht in geringen Mengen wilde Beeren, Blumen und Pilze zu pflücken oder
- 24 etwa Tannenzapfen zu sammeln. Angeln ist in Einklang mit allen bestehenden
- 25 Schutzregeln, Vorgaben sowie Angelschein in allen natürlichen Gewässern zu
- 26 erlauben. Die Jagd ist davon ausdrücklich ausgenommen.

Antrag Z17: Bildungsabzocke beenden: KfW-Studienkredite zinsfrei gestalten

Antragsteller/in:	Jusos Schwaben
Status:	angenommen
Sachgebiet:	Z - Anträge vergangener Landeskonferenzen

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Durch die staatliche Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) vergebene Studienkredite
- 2 sollen künftig – analog zur aktuellen Regelung des BAföG – zinsfrei gestaltet werden.
- 3 Diese Änderung soll weiterhin rückwirkend für die in den letzten zehn Jahren
- 4 vergebenen Studienkredite gelten. Bereits gezahlte Zinsen für noch laufende Kredite
- 5 werden zurückgezahlt. Die entstehenden Lücken im Haushalt der Bank werden aus dem
- 6 Bundeshaushalt finanziert.